3,00 €
Januar/
Februar

1|14

GroKo: Personen + Inhalte

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:
Marie-Theres Albert
Hilmar Hoffmann
Stephan J. Kramer
Clemens Schkoda
Eva Maria Seng
und viele andere

Verödung?
Demografischer Wandel, knappe Kassen, bröckelnde kulturelle Infrastruktur: Görlitzer Gegenstrategien.
Seiten 6 und 7

Europa
Blicke nach Europa: Sachstandsberichte in Sachen Offene Koordinierung, Evaluation, Zivilgesellschaft und Creative Europe Report. Seiten 8 und 9

Luther und die Juden
Wer Juden die Heilsfähigkeit abspricht, spricht dem Judentum letztendlich ebenfalls die Daseinsberechtigung ab.
Seite 11

Im Netz
Ein Thema, zwei Meinungen: Pro und Contra zur Zwangslizenz bei Filmen. Digitale Plünderung oder Notwendigkeit? Seite 26

Nützlich

Der Bologna-Prozess an den deutschen Universitäten ist gescheitert, weil die Ziele der Reform, eine europaweite Harmonisierung von Studiengängen und eine sich daraus ergebende größere Mobilität der Studierenden, nicht erreicht wurde.

Ganz im Gegenteil, durch eine extreme Individualisierung gehen gerade viele deutsche Hochschulen unter dem Deckmäntelchen des Bologna-Prozesses eigene Wege, die einen Wechsel der Studierenden an andere Hochschulen oftmals unmöglich machen. Ein Beispiel für diese extreme Individualisierung sind die vielfach angebotenen Kulturmanagement-Studiengänge in Deutschland. Jeder kocht sein eigenes »akademisches« Süppchen.

Letztlich haben sich große Teile des universitären Betriebs einer engen Logik, der unmittelbaren Verwertbarkeit einer akademischen Ausbildung im Berufsleben, ergeben. Doch, eine universitäre Ausbildung bildet eben nicht für das praktische Leben aus, sondern legt die Grundlage, um in ganz unterschiedlichen inhaltlich anspruchsvollen Bereichen Fuß fassen zu können.

Jemand, der die Universität mit einem Master oder der Promotion verlässt, hat seine Ausbildung nicht abgeschlossen, sondern die Grundlagen für eine praktische Ausbildung gelegt. Aber er ist eben nicht auf ein enges Berufsfeld festgelegt, sondern kann mit seinem universalen Grundwissen in der gesamten Breite der Tätigkeitsfelder auf die Suche nach seiner Traumbeschäftigung gehen.

Je enger das Ausbildungsziel definiert wird, je unsinniger ist es, dass es an Universitäten angeboten wird. Für enge, berufsspezifische Ausbildungen haben sich die Fachhochschulen und das duale Ausbildungssystem in Deutschland bestens bewährt.

Es ist ein Irrweg, dass wir immer mehr Gymnasiasten geradezu in die Universitäten zwingen, auch wenn sie keinen wissenschaftlichen Erkenntniswunsch haben. Der Besuch einer Hochschule wird von vielen als die Voraussetzung für einen erfolgreichen Berufseinstieg gesehen, obwohl, wenn wir ehrlich sind, viele Berufe, auch im Kulturbereich, eine universitäre, also wissenschaftliche, Ausbildung nicht benötigen. Brauchen zum Beispiel Kulturmanager eine wissenschaftliche Ausbildung, um im Kulturmarketing, Fundraising, Rechnungswesen, Projektmanagement und in der Öffentlichkeitsarbeit fit zu sein? Eine Ausbildung an einer Fachhochschule, in einem Ausbildungsbetrieb oder durch ein Volontariat ist zielorientierter.

Durch die Vermischung der wissenschaftlichen und der berufspraktischen Ausbildung schaden wir beiden Bereichen und machen nur einige Professoren glücklich.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur

FOTO: ROKIT_DE / PHOTOCASE.COM

Nicht alles ist Hochkultur

Zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

LUTZ MARMOR

Mit der Realität ist das so eine Sache – jeder nimmt sie anders wahr. Das gilt auch für die Realität des Rundfunkbeitrags, der nun seit rund einem Jahr die Rundfunkgebühr abgelöst hat. Seitdem gilt ein Beitrag pro Wohnung, ob ohne Fernseher, nur mit einem Radio oder mit fünf Fernsehern und zehn Familienmitgliedern. Mehr als früher noch müssen wir uns rechtfertigen – warum soll der öffentlich-rechtliche Rundfunk solidarisch von allen finanziert werden? Ist das gerecht?

Durch den Schleier des morgendlichen Pressespiegels wahrgenommen, fällt die Bilanz an manchen Tagen schlecht aus: Vom »verhassten« Rundfunkbeitrag wird da auf einer Medienseite geschrieben, von Bürgern, die »Sturm laufen« in einer anderen Zeitung und von Sendern, »die sich die Kassen vollmachen«. Und dann gibt es Tage, an denen ich morgens auf der Straße angesprochen werde: »Sind Sie Herr Marmor von der ARD? Ich wollte Ihnen sagen, wie gerne ich Ihre Programme schaue, dafür zahle ich gerne meinen Beitrag, vielen Dank!«. Dass die Dame nicht ausgedacht und nicht ganz alleine mit ihrer Meinung ist, das belegen unsere Umfragen. Danach stimmen 67 Prozent der Menschen der Aussage zu, dass der NDR sein Geld wert ist. Die anderen Dritten

Die Rückmeldung der Zuschauer ist ein entscheidender Faktor

erzielen ähnliche Zustimmungswerte. Darauf können wir uns nicht ausruhen. Am Ende soll im Idealfall jeder etwas bei uns finden, das für ihn wertvoll ist. Für die Beurteilung unserer Arbeit ist die Rückmeldung unserer Zuschauerinnen und Zuschauer nicht allein maßgeblich, aber sie ist ein ganz entscheidender Faktor. Sie sind es schließlich, die 17,98 Euro im Monat zahlen. Deshalb ist auch die viel gescholtene Quote ein wichtiges Instrument. Dass die dritten Programme 2013 zusammengenommen Quotensieger waren, freut uns sehr – heißt es doch, dass wir nicht an unserem Publikum vorbei senden. Mit noch so tollen Inhalten, die niemanden erreichen, können wir unseren Auftrag schlecht bis gar nicht erfüllen.

Wir, wie auch die Politiker und Wissenschaftler, die die Reform auf den Weg gebracht haben, haben vor einem Jahr erwartet, dass unsere Einnahmen nach der Reform in etwa stabil bleiben. Ende des Jahres zeichnete sich nun ab, dass doch mit deutlichen Mehreinnahmen zu rechnen ist. Das ist in erster Linie nicht für uns, sondern für den Beitragszahler eine gute Nachricht. Wer glaubt, die Rundfunkanstalten, würden sich die »Kassen voll machen«, den bitte ich, einmal auf die Faktenlage zu schauen: ARD, ZDF und Deutschlandradio können nicht einfach ausgeben, was an Beiträgen zusammenkommt. Sie melden einen Bedarf an, den die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) prüft und dann einen Bedarf genehmigt – in der Regel mit deutlichen Abstrichen. Aus der genehmigten Summe wird dann der Beitrag errechnet.

Die prognostizierten Mehreinnahmen werden aber bereits verteilt, bevor überhaupt feststeht, was tatsächlich reinkommt. Die mediale Aufmerksamkeitsmaschine interessiert sich nicht so sehr für die Details. Der Anreiz ist groß: Wer als Erster – und wenn auch nur per Schlagzeile – Beiträge senkt, kann auf Aufmerksamkeit und vielleicht auch Wählerstimmen hoffen. Wer sich an die vermeintlichen Spielregeln und vereinbarte Vertraulichkeit hält, steht am Ende da wie der Depp.

Meine Kollegin Dagmar Reim, Intendantin des RBB, hat treffenderweise gesagt, sie wolle den Kuchen nicht verteilen, bevor er aus dem Ofen gekommen sei. In der Tat: Es gibt noch viele Ungewissheiten. Zum einen werden die zuständigen Medienpolitiker der Länder den neuen Beitrag noch mal hinsichtlich eventueller Ungerechtigkeiten überprüfen und etwa Mehrbelastungen von Kommunen oder Unternehmen mit vielen Filialen mindern.

Andere Rundfunkpolitiker fordern bereits eine stärkere oder gänzliche Werbefreiheit des öffentlich-rechtlichen Systems. Dabei gilt beim Rundfunkbeitrag wie auch sonst im Leben: Das Geld kann nur einmal ausgegeben werden. Zumal in der Berichterstattung gerne mal vergessen wird, dass die Beträge, über die gesprochen wird, sich in der Regel auf eine Beitragsperiode, also vier Jahre beziehen. Auch wenn eine Milliarde Euro so viel griffiger klingt als 250 Millionen Euro pro Jahr. Ob am Ende mehr Geld für eine Senkung übrig bleibt, kann keiner seriös vorhersagen – das ist das Wesen von Prognosen. Wir würden uns zuallererst darüber freuen, wenn es so kommt, das habe ich vor einem Jahr in Interviews gesagt, und das gilt weiterhin. Eine solidarische Finanzierung, bei der alle etwas weniger zahlen – und einige erst jetzt etwas zahlen–, ist in unserem ureigenen Sinn.

Wer als Erster die Beiträge senkt, kann auf Wählerstimmen hoffen

Wenn manchmal so getan wird, als gäben die öffentlich-rechtlichen Sender seit Jahren mit vollen Händen aus, als würden sie ständig expandieren, so entspricht das schlicht nicht den Zahlen. Seit 2009 liegt der monatliche Beitrag bei 17,98 Euro, er wird bis 2016 sicher nicht steigen, sondern eher sinken. Während die Menschen inflationsbedingt für fast alles mehr Geld zahlen müssen und auch Unternehmen wie zum Beispiel die Post oder die Deutsche Bahn ihre Preise stetig erhöht haben, blieb der Rundfunkbeitrag unverändert. Im Verhältnis zahlen die Menschen heute also weniger für ihren öffentlich-rechtlichen Rundfunk als noch vor vier Jahren. Von 2009 bis 2012 sind die Gebührenerträge um knapp 112 Millionen Euro gesunken, eine Kürzung von rund 1,5 Prozent. Zum Vergleich: Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern sind im gleichen Zeitraum um 14,5 Prozent gestiegen.

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 1/2014
ISSN 1619-4217
B 58 662

EDITORIAL

Nützlich
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Nicht alles ist Hochkultur
Lutz Marmor 01

AKTUELLES

Haus der Kulturverbände
Stefanie Ernst 02

Wer macht Kulturpolitik in der GroKo?
Olaf Zimmermann & Gabriele Schulz 03

INLAND

Koalitionsvertrag: Positiv für die Kultur
Olaf Zimmermann & Gabriele Schulz 04

Mommert meint 03

Neue Impulse geben
Michael Körner 05

Dialog Zirkus
Verena Schmidt und Tim Schneider 05

Demografie und das urbane Moment von Kunst
Matthias Theodor Vogt 06

Weiter so wie bisher?
Olaf Zimmermann 07

Der Verödung entgegenwirken
Regine Möbius 07

EUROPA

Man diskutiert sich ins Nirwana
Andreas Kämpf 08

Lokale Entwicklungswege stärken
Cornelia Dümcke 08

Kreatives Europa am Start
Barbara Gessler 09

WEITE WELT

Exotik mitten in Hanoi
Le Quang 09

KULTURELLE BILDUNG

Exile vernetzen
Sylvia Asmus und Jesko Bender 10

Nicht nur ein Ort der Begegnung
Linnea Keilonat 10

KULTURELLES LEBEN

Auf Herz und Nieren
10 Fragen an Barbara Ettinger-Brinckmann und Martin Maria Krüger 11

Und willst Du nicht mein Bruder sein....
Stephan J. Kramer 11

Im Mittelpunkt des Interesses muss immer der Mensch stehen
Hilmar Hoffmann 12

Die Rote Liste
Bedrohte Kulturinstitutionen 13

Verdunstungsprotokolle, Nachtdepeschen und Palmen in Öl – der Maler Peter Sauernheimer
Andreas Kolb 14

301 Jahre »Nachhaltigkeit«
Georg Ruppelt 14

Kulturmensch
Monika Grütters 14

IM FOKUS

Aus Fehlern lernen?
Eva-Maria Seng 15

Mehr als nur schöne alte Bräuche
Stephan Dorgerloh 17

Tradition als Identitätsstrategie
Clemens Schkoda 17

Bei manch erzkonservativer Tradition hoffe ich insgeheim, dass sie sich rasch überleben sollte
Marie-Theres Albert im Gespräch mit Stefanie Ernst 18

Anträge zur Aufnahme in die Liste des immateriellen Kulturerbes
Welttanzprogramm: Heidi Schumacher 19

Orchesterlandschaft: Katja Sandschneider 19

Chorkultur: Ekkehard Klemm & Ralf Schöne 19

Drucktechniken: Annemarie Helmer-Heichele & Priska Streit 19

Theaterlandschaft: Kathrin Vogel 22

Mundarttheater: Stephan Schnell 22

Moderner Tanz: Claudia Fleischle-Braun 22

Kultur als Konfliktlösung?
David Stehl 20

Kulturerbe muss nicht in Stein gemeißelt sein
Ulf Vierke 21

Sehnsucht nach dem Gestern
Eike Wenzel 21

Der Klang der Glocken als Kulturerbe
Jakob Johannes Koch 23

INTERVIEW

Harmonie statt schräger Töne
Angelika Kutz im Gespräch mit Stefanie Ernst 24

MEDIEN / NETZKULTUR

Schutz der Privatheit ist Grundlage der Demokratie 24

Regulierung für alle Medien?
Helmut Hartung 25

Konsultationen statt Reformen?
Christine Gerlach 25

Urheber fordern zu Recht ihre Rechte
Bruno Kramm, Johannes Thon und Elle Nerdinger 26

Im Zeitalter der großen digitalen Plünderung
Martin Moszkowicz 26

WISSENSWERTES

Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates 27

DAS LETZTE

Kurz-Schluss
Theo Geißler 28

Kurznachrichten 28

Impressum 28

Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates wieder.

Fortsetzung von Seite 1

Rundfunkbeiträge und Steuereinnahmen unterscheiden sich in einem ganz wesentlichen Punkt voneinander: Der Rundfunkbeitrag ist ein fester Betrag. Bei Mehrwertsteuer und Einkommensteuer wird ein bestimmter Prozentsatz auf eine Bemessungsgröße angewendet. Die erhöht sich langfristig wegen Preissteigerungen und der sogenannten kalten Progression. Steigen Preise, Löhne und Gehälter, steigen auch die Steuern. Der Rundfunkbeitrag nicht.

Die öffentlich-rechtlichen Sender blähen sich also keinesfalls auf und wachsen in den Himmel. Im Gegenteil: Wir bauen seit Jahren Personal ab und reduzieren Ausgaben. Ein gleichbleibender monatlicher Rundfunkbeitrag bedeutet für uns keinesfalls Stabilität – sondern eine Kürzung.

Wir jammern nicht. Es ist ein großes Privileg, über eine – trotz allem – verlässliche Einnahmequelle zu verfügen. Wir sind uns der Verantwortung und der Verpflichtung, die daraus resultiert, sehr bewusst. Ich kann verstehen, dass gerade Vertreter privater Verlage, die mit sinkenden Auflagen und Anzeigenerlösen zu kämpfen haben, nicht immer mit Wohlwollen auf unsere Finanzlage blicken.

Ich freue mich aber, dass wir in vielerlei Hinsicht stärker zueinander gefunden haben. Unsere investigative Kooperation mit der Süddeutschen Zeitung ist erfolgreich und die Tagesschau in 100 Sekunden ist mittlerweile etwa bei FAZ.net zu finden. Je länger es das Medium Internet gibt und es sich immer mehr zur Plattform für alle Medien entwickelt, verschwimmen die alten Grenzen. Die Überzeugung, dass die Produzenten von qualitativ hochwertigen Inhalten in der Medienbranche gemeinsam mehr erreichen, setzt sich durch. Dass die öffentlich-rechtlichen Sender das Internet nicht wie einen exotischen Garten betrachten dürfen, sondern es existenziell wichtig ist, dass auch unsere Inhalte im Netz zu finden sind, ist mittlerweile common sense – sonst könnten wir einen Teil junger Zuschauer und Zuhörer gleich aufgeben. Einen Jugendkanal nicht als klassischen Fernsehkanal anzulegen, sondern gleich als crossmediales Angebot zu denken, ist da nur logisch.

Das Internet lässt alte Grenzen verschwimmen

Auch in diesem Fall werden wir es nicht jedem recht machen können, aber wir werden uns bemühen, ein Angebot zu schaffen, das eine sinnvolle Ergänzung zum kommerziellen privaten Programm für Jüngere bietet.

FOTO: NDR

Lutz Marmor

Das ist nun mal der Spagat, der unsere tägliche Arbeit charakterisiert; zwischen anspruchsvollem, hochwertigem Programm und populären, unterhaltenden Sendungen. Wir brauchen beides: politische Features, selbst wenn sie nur eine Minderheit ansprechen, und massentaugliche Unterhaltungsendungen. Wir brauchen populäre Moderatoren und unbekannte Newcomer, die sich bei uns ausprobieren und weiterentwickeln können. Wir brauchen das Abseitige, Schräge genauso wie das Bewährte, Beliebte. In der immer unübersichtlicher werdenden Medienwelt wollen wir darüber hinaus »Lagerfeuer« schaffen, die möglichst viele Menschen vereinen. Das sind nicht nur unsere Tatorte, sondern auch die Tagesschau.

In der Meinungsmacht ist die ARD ein starker publizistischer Spieler. Erst vor kurzem wurde sie bei einer Studie zur größten Meinungsmacherin unter den Medien ernannt. Wie der Medienvielfaltsmonitor der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien ermittelt hat, sind unsere Angebote zu 22,6 Prozent die Grundlage der Meinungsbildung in Deutschland – wie auch immer man das aufs Komma genau messen will.

Wäre die ARD nicht die ARD, könnte man Sorge haben, dass hier ein Medienunternehmen zu mächtig wird. Tatsächlich aber liegt auch unsere publizistische Stärke vor allem in unserer Vielfalt. Wir sind kein monolithischer Block: Der NDR und der BR lassen sich sehr gut voneinander unterscheiden. Ebenso wie der MDR und HR.

Manchmal macht das unsere Arbeit anstrengend, zugegeben. Dafür können wir eine mögliche Gleichschaltung ausschließen. Das ist ein hohes Gut, dessen wir uns vielleicht gerade in schwierigen Momenten bewusst sein sollten.

In der Oktober-Ausgabe von Politik & Kultur hat die Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht an dieser Stelle unter dem Titel »Warum ich keine Theater schließe« geschrieben. In Anlehnung daran möchte ich Ihnen sagen, warum der NDR trotz Sparzwang kein Orchester schließt. Weil wir es nie wieder bekommen würden. Weil die Orchester ein wichtiger Beitrag des öffentlich-rechtlichen Systems zur kulturellen Vielfalt in Deutschland sind. Weil sie sich nicht auf dem Markt refinanzieren lassen, aber ein bewahrenswerter Teil unserer kulturellen Identität sind, den wir hegen und pflegen sollten.

Spagat zwischen Anspruch und Unterhaltung

Nicht alles an unserem Programm ist Hochkultur. Das darf es auch nicht sein. Aber wir sollten nicht so arrogant sein, Unterhaltung und leichtere Kost vom bildungsbürgerlichen Thron aus abzuwerten. Auch unsere Sendungen wie die »Landpartie« im NDR Fernsehen setzen sich mit Kultur im besten Sinne auseinander. Dazu gehören Landschaften, Bräuche oder auch mal ein besonderes Apfelkuchenrezept. Der Rundfunkbeitrag ist in vielfältiger Hinsicht eben genau das – ein Beitrag zur Kultur des Landes.

Lutz Marmor ist ARD-Vorsitzender und Intendant des Norddeutschen Rundfunks

Haus der Kulturverbände

Ein Modell mit Zukunft

STEFANIE ERNST

Mittlerweile sind acht Kulturverbände und -institutionen im Haus der Kulturverbände in der Berliner Mohrenstraße 63 vertreten. Nachdem im Januar 2013 der Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler den Anfang machte und mit seiner Bundesgeschäftsstelle in die einstige Gründungszentrale der Allianz-Versicherung und das spätere Haus der »Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft« zog, folgten die Internationale Gesellschaft der Bildenden Künste (igbk), die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kunstvereine (ADKV), der Landesverband Berliner Galerien (lvbg), der Deutsche Museumsbund mit einem Projektbüro, der Bundesverband Tanz in Schulen mit dem Projektbüro »ChanceTanz« und der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände.

Damit ist der Grundstein für das Haus der Kulturverbände gelegt. Der Zuzug weiterer kultureller Einrichtungen ist ausdrücklich erwünscht, denn das Haus der Kulturverbände soll zu einer wichtigen kulturpolitischen Anlaufstelle in Deutschland werden. Das nahmen wir am 26. November zum Anlass, um mit Kulturpolitikern, Verbändevertretern, Künstlern und vielen anderen anzustoßen.

Stefanie Ernst ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Kulturrat

FOTOS: DAISY LOEWL

DER AUSBLICK 2|14

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. März 2014. Im Fokus der nächsten Ausgabe steht die Kulturpolitik der neuen Bundesregierung.

Wer macht Kulturpolitik in der GroKo?

Die Kulturpolitiker der neuen Bundesregierung – eine erste Einschätzung

OLAF ZIMMERMANN UND GABRIELE SCHULZ

In der Großen Koalition sind verschiedene Ressorts für die Kulturpolitik zuständig, weil den Koalitionspartnern der Mut gefehlt hat, ein eigenständiges Bundeskulturministerium zu installieren. Auch im Bereich Digitales gibt es nicht den einen von der Internet-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages geforderten Staatsminister für Digitales, sondern auch hier sind die Verantwortlichkeiten in verschiedenen Ressorts verstreut. Hier wurden Chancen für mehr Klarheit und damit mehr Effektivität verpasst.

Eine Schlüsselrolle kommt der neuen Staatsministerin für Kultur und Medien Monika Grütters, MdB (CDU) zu. Ihr Amt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien ist nach wie vor im Bundeskanzleramt angesiedelt. Sie wird neben den eigenen Aufgaben in der Kulturförderpolitik des Bundes, der Deutschen Welle, der Zuständigkeit für die Erinnerungskultur sowie den Großbauvorhaben in Berlin wie Museumsinsel oder auch Humboldtforum vor allem eine Koordinations- und Wächterfunktion mit Blick auf die kulturpolitischen Vorhaben der anderen Ressorts haben.

Spannend wird die Arbeitsteilung zwischen der Staatsministerin für Kultur und Medien Monika Grütters und der Staatssekretärin für Digitales Dorothee Bär, MdB (CSU), die im Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur arbeiten wird. Dorothee Bär gehört zu den jungen Netzpolitikern der Union und streitet seit langem für eine stärkere Hinwendung der Politik zu den Mediennutzungsgewohnheiten der jüngeren Generation. Es ist kaum zu erwarten, dass sich Bär mit dem Breitbandausbau in den ländlichen Regionen zufrieden geben wird. Sie wird sicherlich noch so manchen gesellschaftlich-kulturellen Akzent setzen wollen.

Keinen Mut bewiesen: Wieder eine Verteilung der Kulturaufgaben auf viele Ressorts

Ebenfalls im Bereich Digitales, dann aber der digitalen Wirtschaft, wird sich Brigitte Zypries, MdB (SPD) als Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium profilieren wollen. Die Juristin, die bereits Staatssekretärin im Innenministerium und danach Bundesjustizministerin war, hat schon so manchem aus dem Kulturbereich das Fürchten gelehrt, wenn sie mit ihren unmissverständlichen Äußerungen das Urheberrecht erklärte.

Urheberrechtspolitik wird künftig von Heiko Maas (SPD) verantwortet, der neuer Minister für Justiz und Verbraucherschutz wird. Er wird vom Staatssekretär Gerd Billen, bislang Chef der Verbraucherzentrale Bundesverband unterstützt werden. Wer jetzt noch im Kulturbereich glaubt, es sei ein auf die leichte Schulter zu nehmender Lapsus, dass vom gerechten Ausgleich von Künstlern, Verwertern und, das ist neu, den Nutzern im Urheberrecht im Koalitionsvertrag die Rede ist, sollte bei dieser Personalentscheidung eines Besseren belehrt sein.

Weiterhin für Bildung und Forschung wird Johanna Wanka (CDU) wirken. Bislang ist sie auf Bundesebene eher als Forschungs- und Wissenschafts-, denn als Bildungsministerin in Erscheinung getreten. Es wird sich zeigen, welche Akzente in der kulturellen Bildung sie setzen wird. Für Digitales wird aber auch sie Verantwortung tragen, hat sich die neue Bundesregierung doch eine open-access-Strategie und die verstärkte digitale Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse vorgenommen.

Spannend wird, ob Andrea Nahles, MdB (SPD), bereits vor ihrer Zeit als Generalsekretärin der SPD ausgewiesene Sozialpolitikerin, ihre Ideen einer Bürgerversicherung als Bundesministerin für Arbeit und Soziales wieder aus der Schublade holen und damit an die unter Ursula von der Leyen begonnenen Arbeit an einer Pflichtrentenversicherung für Selbstständige anknüpfen wird. Im Kulturbereich wartet auf Nahles die Aufgabe, die Künstlersozialversicherung zu stärken und vor allem die Künstlersozialabgabe zu stabilisieren.

Apropos Ursula von der Leyen, MdB (CDU): Auch sie hat ein kleines kulturelles Pflänzchen als Verteidigungsministerin zu betreuen, nämlich die Musikkorps der Bundeswehr.

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik wird wieder in den bewährten Händen von Frank-Walter Steinmeier, MdB (SPD) liegen. Er hatte bereits zwischen 2005 und 2009 ein Händchen für dieses wichtige Feld der Auswärtigen Politik und wichtige Akzente gesetzt. Vielleicht werden unter seiner Ägide die Planungen zum Erinnern an 100 Jahre Erster Weltkrieg im Sommer 2014 an Fahrt und Verknüpfung mit den europäischen Nachbarn gewinnen. Maria Böhmer, MdB (CDU) wird als Staatsministerin für Kultur im Auswärtigen Amt den Politikbereich Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik verstärken.

Manuela Schwesig (SPD) wird als neue Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter anderem für den Kinder- und Jugendplan des Bundes und damit für die Förderung der Infrastruktur kultureller Bildung verantwortlich sein.

Aydan Özoguz, MdB (SPD), ebenso wie Monika Grütters als Staatsministerin im Bundeskanzleramt tätig, wird zeigen können, welche kulturelle Dimension die Integrationspolitik hat.

Insgesamt ein spannendes Tableau an Menschen und Themen. Die nächsten vier Jahre versprechen kulturpolitisch spannend zu bleiben.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

FOTO: TOKO

Dorothee Bär (CSU), Staatssekretärin für Digitale Medien

FOTO: DOMINIK BUTZMANN / SPD

Gerd Billen, Staatssekretär im Ministerium für Justiz

FOTO: MARIA BÖHMER

Maria Böhmer (CDU), Staatsministerin für Kultur/Auswärtiges Amt

FOTO: CHRISTOF RIEKEN

Monika Grütters (CDU), Staatsministerin für Kultur und Medien

FOTO: BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES

Ursula von der Leyen (CDU), Ministerin für Verteidigung

FOTO: SAARLAND.DE

Heiko Maas (SPD), Minister für Justiz und Verbraucherschutz

FOTO: DOMINIK BUTZMANN / SPD

Andrea Nahles (SPD), Ministerin für Arbeit und Soziales

FOTO: AYDAN ÖZUGUZ

Aydan Özuguz (SPD), Staatsministerin für Migration und Integration

FOTO: DOMINIK BUTZMANN / SPD

Manuela Schwesig (SPD), Ministerin für Familie und Frauen

FOTO: THOMAS KÖHLER / PHOTOTHEK.NET

Frank-Walter Steinmeier (SPD), Außenminister

FOTO: NIEDERS. MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KULTUR

Johanna Wanka (CDU), Ministerin für Bildung und Forschung

FOTO: STUDIO KOHLMEIER

Brigitte Zypries (SPD), Staatssekretärin Wirtschaftsministerium

MOMMERT MEINT

Also auf ein Neues auch in der Kulturpolitik des Bundes. Die ersten Reaktionen auf den Kulturbereich im Koalitionsvertrag von Union und SPD waren überwiegend positiv und noch nie hatte die Kultur überhaupt so umfangreich Erwähnung gefunden. Der politische Alltag wird zeigen, ob es bei schönen Bekundungen bleibt. Die umfassendste Bekundung fehlt übrigens auch diesmal wieder, dabei hätte eine Grundgesetzänderung für ein Staatsziel Kultur bei einer Großen Koalition doch die größte Chance gehabt. Aber wo kein Wille ist… Seltsam genug für ein Land »der Dichter und Denker«.

Also werden wir umso mehr auf die praktischen Realitäten einer Bundeskulturpolitik achten, die sich übrigens zuletzt, auch bei der letzten Großen Koalition mit einem Staatsminister Bernd Neumann nicht schlecht geschlagen hatte, der nun nicht mehr zur Verfügung steht. Seinem Nachfolger hat der Intendant der Berliner Festspiele, Thomas Oberender, schon mal einen gewichtigen Ratschlag mit auf den Weg gegeben und die Einrichtung gleich mehrerer Kulturstiftungen des Bundes vorgeschlagen, zum Beispiel auch für den Theaterbereich, den die Kommunen immer schwerer finanzieren können. »Die Investitionen des Bundes können und sollten an den Erhalt unserer dezentralen Theaterstruktur gekoppelt werden«, meinte Oberender in der Wochenzeitung »Die Zeit«. Und dabei müsse viel mehr als bisher an die Förderung der Freien Szene gedacht werden, die längst zur eigenen Institution unserer Kulturlandschaft geworden sei. Das könnte sich durchaus mit der Willensbekundung im Koalitionsvertrag decken, den kooperativen Kulturföderalismus zu stärken und zu intensivieren. Aber last but not least sollte es im Amtsverständnis eines Staatsministers für Kultur und Medien auf Bundesebene nicht nur um finanzielle Aspekte gehen, so wichtig sie natürlich letztendlich immer sind. Ein Kulturstaatsminister sollte auch immer kulturpolitische Anstöße und Anregungen geben, also Diskussionen anstoßen abseits der reinen Förderpolitik, verkörpert er doch quasi die Nahtstelle zwischen Geist und Macht, meint Mommert.

Koalitionsvertrag: Positiv für die Kultur

Politikfelder auf denen nicht Kultur steht, werden die Kulturpolitik maßgeblich beeinflussen

OLAF ZIMMERMANN UND GABRIELE SCHULZ

FOTO: DEUTSCHER BUNDESTAG / ACHIM MELDE

Sigmar Gabriel (SPD), Angela Merkel (CDU) und Horst Seehofer (CSU) bei der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages

Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD ist positiv für die Kultur. Nicht nur, dass auf insgesamt acht Seiten im Kapitel »Kultur, Medien und Sport« die Vorhaben ausgebreitet werden, die in den Bereichen Kultur, Medien und Digitale Medien geplant sind, auch in verschiedenen anderen Kapiteln werden kulturpolitisch relevante Aussagen getroffen.

In insgesamt zwölf Arbeitsgruppen sowie der sogenannten Großen Runde hatten Bundes- und Landespolitiker am Koalitionsvertrag gearbeitet. Die fachlich orientierten Arbeitsgruppen erstellten die ersten Textentwürfe, die dann untereinander besprochen, teilweise abgeschliffen und insgesamt zusammengeführt wurden. Zur Beurteilung der kulturpolitischen Vorhaben und Ideen ist es daher erforderlich, den gesamten Koalitionsvertrag im Blick zu haben, da manche, kulturpolitisch sehr wichtigen Aussagen sich nicht im originären Kulturkapitel, sondern in anderen befinden.

Dabei darf ein Koalitionsvertrag auch nicht überhöht werden. Er ist eine Beschreibung von Vorhaben, die sich eine Regierung für die nächste Wahlperiode vornimmt. Weder ersetzt er die Gesetzgebung, noch wird er über die ganze Legislaturperiode handlungsweisend sein. Die Koalitionsvereinbarung sind nicht die Zehn Gebote!

Zusammenarbeit von Bund und Ländern

Fast als hätte es in der letzten Großen Koalition die Föderalismusreform II, die darauf abzielte, die Zuständigkeiten von Bund und Ländern streng voneinander zu trennen, nicht gegeben, ist der Koalitionsvertrag der neuen Großen Koalition durch Absprachen und gemeinsamen Vorhaben von Bund und Ländern geprägt. Nahezu wie ein roter Faden zieht sich durch verschiedene Politikfelder, dass Bund und Länder gemeinsam nach Lösungen suchen. Das gilt für den im Kulturkapitel beschriebenen kooperativen Kulturföderalismus ebenso wie für Aufgaben der Hochschulfinanzierung, die Stärkung der Zeitungslandschaft, die Vermittlung von Medienkompetenz und viele andere Aufgaben. Fast erscheint es, als seien mit diesem Koalitionsvertrag die von einer inzwischen mehrheitlich abgetretenen Politikergeneration gepflegte Abgrenzung zwischen Bund und Ländern nunmehr endgültig überwunden. Statt kleinlich in Gartenzäunen von Länderzuständigkeiten zu denken, wird Deutschlands Rolle in Europa sowie international reflektiert. Jetzt fehlt nur noch, dass auch der Bundesrechnungshof, der bereits seine Bedenken an mancher Bundesfinanzierung in den Ländern anmeldet, versteht, wer eigentlich die Politik machen sollte. Nämlich die gewählten Abgeordneten und nicht die Kontrolleure des Bundesrechnungshofs.

Die Abgrenzung zwischen Bund und Ländern scheint überwunden zu sein

Kulturförderung und -finanzierung

Klipp und klar wird im Koalitionsvertrag formuliert, dass der Kulturhaushalt des Bundes auf hohem Niveau weiterentwickelt werden soll. Die Kulturförderung des Bundes soll systematisiert werden. Geplant sind unter anderem Mitteleröhung für die Kulturförderfonds, die Einrichtung eines Musikfonds, die Verstetigung der Tanzförderung, die Aufhebung der zeitlichen Befristung des Deutschen Filmförderfonds und anderes mehr. Belohnt sollen jene Institutionen werden, die neue Arbeits- und Kooperationsformen entwickeln, um die Potenziale des demografischen Wandels im Kulturbereich aufzuzeigen. Auch hier ist wiederum die Zusammenarbeit mit den Ländern geplant.

Digitale Agenda

Dass die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags »Internet und digitale Gesellschaft« ihre Spuren hinterlassen hat, ist ebenfalls an verschiedenen Stellen des Koalitionsvertrags ablesbar. Nicht nur, dass Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien an sehr vielen Stellen des Koalitionsvertrags erwähnt werden, Wirtschaftspotenziale werden auch in besonderer Weise in dieser Branche erwartet.

An drei verschiedenen Stellen wird unterstrichen, dass eine open-access-Strategie geplant sei. Es soll eine gemeinsame Bund-Länder-Strategie »Digitales Lernen« etabliert werden. Die digitale Lehrmittelfreiheit soll gestärkt und »Schulbücher und Lehrmaterial (sollen) auch an Hochschulen [...], soweit möglich, frei zugänglich sein, die Verwendung freier Lizenzen und Formate (soll) ausgebaut werden«. Dieses ist eine klare Ansage an die Verlage von Bildungsmedien. Insgesamt wird im Bildungskapitel ein bildungs- und forschungsfreundliches Urheberrecht eingefordert. Und im Kulturkapitel ist unter dem Punkt »Reform des Urheberrechts« die Rede von einem gerechten »Ausgleich der Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern« die Rede. Dieser Dreiklang von Urhebern, Verwertern und Nutzern ist ein Paradigmenwechsel, der von den Netzpolitikern schon lange eingefordert wird. Zwar ist ebenso von einer Stärkung des Bewusstseins für den Wert geistigen Eigentums die Rede, doch zusammen mit den Aussagen des Bildungskapitels sowie den Ausführungen im eigenen Kapitel Digitale Agenda wird deutlich, dass in der Urheberrechtspolitik mit Akzentverschiebungen zu rechnen sein wird.

In dieses Bild passt, dass die Rechte der Verbraucher bei der Nutzung digitaler Güter insbesondere mit Blick auf die Marktmacht globaler Anbieter gestärkt werden soll. Ebenso soll eine Streitwertdeckelung bei Abmahnungen gegen Verbraucher aufgrund urheberrechtlicher Verstöße geprüft werden. Die Verbraucherorganisationen sollen eine Marktwächterfunktion im Bereich Digitale Welt erhalten.

Die Digitalisierung von Kulturgütern im Rahmen der Deutschen Digitalen Bibliothek soll ebenso vorangebracht werden wie die Digitalisierung der Kinolandschaft.

Im Rahmen der Digitalen Agenda wird die Bedeutung der Netzneutralität zum »Erhalt des offenen und freien Internets, der Sicherung der Teilhabe, Meinungsvielfalt, Innovation und des fairen Wettbewerbs« herausgestrichen. Hier ist eine Regulierung im Telekommunikationsgesetz geplant.

Kultur- und Kreativwirtschaft

Die Akzentsetzung in der digitalen Wirtschaft setzt sich fort, wenn über die Leitmärkte der Zukunft gesprochen wird, die in der Förderpolitik eine besondere Beachtung finden sollen. Zu einem solchen Leitmarkt gehört die Medien- und Kreativwirtschaft von der die »zukunftsweisende Gestaltung materieller und immaterieller Produkte und Dienstleistungen« erwartet wird.

Daneben findet die Kultur- und Kreativwirtschaft in einem eigenen Punkt Erwähnung. Hier wird sich für eine Fortsetzung des Programms »Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft« ausgesprochen, der Innovationsbegriff soll für diese Branche geöffnet und die Forschung und Entwicklung von Technologien gefördert werden. Auch hier scheint die Akzentsetzung im Bereich der digitalen Wirtschaft durch. Doch andererseits wird der stationäre Buchhandel offenbar als kulturell förderwürdig gehalten. So soll ein Preis für besonders »innovative und kulturell ausgerichtete Geschäftsmodelle« für Buchhandlungen jährlich ausgelobt werden.

Nicht vergessen werden soll die geplante Initiative Kulturtourismus, die der verbesserten Zusammenarbeit von Kultur und Tourismus sowie von Kultur und Wirtschaft dienen soll.

Was den internationalen Handel betrifft, wird sich klar für eine weitere Liberalisierung der Handelsbeziehungen ausgesprochen. Eine besondere Rolle wird dabei dem Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA beigemessen, dass offenbar geostrategisch von großer Bedeutung ist. Dabei soll unter anderem auf die Sicherung von Schutzstandards der Europäischen Union in Kultur und Medien Wert gelegt werden. Wie weit diese Aussage trägt, wird das nächste Jahr zeigen.

Soziale Sicherung

Ganz klar sprechen sich die Koalitionäre für den Erhalt der eigenständigen Alterssicherungssysteme wie Altersicherung der Landwirte, Künstlersozialversicherung und berufsständischen Versorgungswerke aus. Überhaupt wird die Künstlersozialversicherung sowohl im Kulturkapitel als auch im Kapitel, in dem es um die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik geht, erwähnt. Positiv sind die geplante Stabilisierung der Künstlersozialversicherung sowie die Verhinderung des Anstiegs der Künstlersozialabgabe. Letzteres ist für die Akzeptanz der Versicherung von großer Bedeutung.

Steuerpolitik

Die Steuerpolitik ist bekanntermaßen ein wichtiges Instrument der indirekten Kultur- sowie Kulturwirtschaftsförderung. Es wird sich klar für den Erhalt der bestehenden Steuerermäßigungen für Kulturgüter ausgesprochen. Auf EU-Ebene wollen sich die Koalitionäre für einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz für E-Books, der auch für die digitale Veröffentlichung von Noten gelten müsste, stark machen. Mit Blick auf Freiwilligendienste wird unmissverständlich formuliert, dass diese umsatzsteuerfrei sind.

Kulturelle Bildung

Gemeinsam mit Sozialpartnern und Ländern soll eine »Allianz für Aus- und Weiterbildung« geschaffen werden. Hier wird darauf zu achten sein, dass die künstlerische und kulturelle Aus- und Weiterbildung Berücksichtigung findet. Explizit erwähnt wird die kulturelle Bildung sowohl in den Kapiteln zur Jugend-, zur Bildungs- und zur Kulturpolitik. Mit Blick auf die Jugendpolitik wird darauf zu achten sein, dass die Fachverbände der kulturellen Kinder- und Jugendbildung weiterhin stabil im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes gefördert werden. Diese Förderung der Infrastruktur kultureller Bildung ist von großer Bedeutung, bietet sie doch einen wesentlichen Anker für Projekte wie zum Beispiel das auch im Koalitionsvertrag erwähnte Förderprogramm des Bundesbildungsministeriums »Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung«. Jenes soll nach dem Willen der Autoren des Kulturkapitels »mit dem Kulturbereich und den Ländern abgestimmt und inhaltlich weiterentwickelt werden«.

Das Programm ist gut, aber der Teufel steckt wie immer im Detail

Fazit

Der Koalitionsvertrag ist positiv für die Kultur. Das Kulturkapitel ist, allein was seinen Umfang aber auch was den Detailreichtum betrifft, beeindruckend. Aber wie so oft steckt der Teufel im Detail. Es gilt daher in den kommenden vier Jahren die Augen und Ohren offenzuhalten und besonders jene Politikfelder in den Blick zu nehmen, auf denen nicht Kultur steht, die aber die Bundeskulturpolitik, das kann man dem Koalitionsvertrag entnehmen, maßgeblich beeinflussen werden.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

Das Wichtigste zur Kulturpolitik

Jetzt testen!

Fordern Sie Ihr gratis Probe-Exemplar an!
Per Telefon: 030.226 05 280, Fax: 030.226 05 2811
oder E-Mail: info@politikundkultur.net.

Neue Impulse geben

Der Kulturrat des Landes Mecklenburg-Vorpommern

MICHAEL KÖRNER

Die Berufung eines Landeskulturrates wurde in der Koalitionsvereinbarung der 6. Periode des Landtages Mecklenburg-Vorpommern (2011 bis 2016) festgelegt. Seine Gründung wurde bei verschiedenen Anhörungen und Kulturkonferenzen der 5. Periode aufgrund bestehender kulturpolitischer Defizite angeregt:

- Fehlende Ansprechpartner in der Kulturszene für Exekutive und Legislative,
- mangelnder Austausch zwischen den Sparten,
- keine landesweite, sparten- und einrichtungsübergreifende Gesamtsicht und Vernetzung von Kunst und Kultur,
- ungenügendes Bewusstsein für Kultur als Querschnittsaufgabe,
- Mangel an kulturpolitischer Transparenz des Ministerialhandelns und ungenügende Einspruchsmöglichkeit der Kulturszene.

Zwar existierten in den vorangegangenen Legislaturperioden bereits Landeskulturräte. Diese arbeiteten jedoch eher nicht öffentlich. Der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Mathias Brodkorb, strebte mit der Berufung eines Landeskulturrates am 3. März 2012 einen neuen Politikstil an und wollte Dialog und Transparenz in der Kulturpolitik des Landes stärken.

Der Rat besteht aus 17 ehrenamtlichen Mitgliedern, davon sind 14 Landeskinder. Seine Zusammensetzung ist keine Abbildung der Kulturszene des Landes. Damit wird Spartenlobbyismus vermieden. Er trifft sich zu vier regulären Sitzungen im Jahr, bei Bedarf zu Sondersitzungen. Der Kulturrat ist ein eigenständiges Gremium. Zwar unterstützt die Kulturabteilung den Rat inhaltlich und organisatorisch, ist aber bei Beschlüssen nicht stimmberechtigt. Gleiches gilt für den Minister, der auf Wunsch bei entsprechenden Themen anwesend ist. Der Rat hat auf der Internetseite des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur eine eigenständige Seite.

Der Rat versteht sich als Impulsgeber und Korrektiv. Er berät den Minister in kulturpolitischen Fragestellungen, bei kulturellen Zielen und Förderschwerpunkten und gibt Empfehlungen ab. Er sucht und pflegt die Kommunikation mit Künstlerinnen und Künstlern, Kulturschaffenden, kulturellen Einrichtungen und Landesverbänden. Er ist aber ebenso Dialogpartner für Bildung, Tourismus und Wirtschaft. Darüber hinaus entwickelt er konzeptionelle Ideen für einzelne Kulturbereiche.

Zu den grundsätzlichen und festgeschriebenen Aufgaben des Rates gehört die Empfehlung zur Vergabe des jährlichen Landeskulturpreises. Auch initiiert und unterstützt er die Gestaltung regelmäßiger Landeskulturkonferenzen. Die erste Konferenz (2013) war eine Reaktion auf die 2011 vollzogene Gebietsreform. Sie hat den fast versiegten Kommunikationsprozess zwischen der Kulturszene, den Städten und Gemeinden, den Landkreisen und dem Land wieder in Gang gebracht und zukunftsbezogene Strukturüberlegungen formuliert. Die Landeskulturkonferenz im April 2014 wird die neue Kulturförderrichtlinie des Landes sowie die Erweiterung kultureller Bildung an Ganztagsschulen zum Gegenstand haben. Perspektivisch denkt der Rat an zwei jährliche Konferenzen: eine mehr auf kulturpolitische Strukturen, die andere eher auf kulturpolitische Inhalte bezogen.

Insbesondere der Vorsitzende des Rates hält regelmäßigen Kontakt zu den Landesverbänden, besucht die jährlichen Hauptversammlungen, informiert über die Arbeit des Rates und bringt von dort Anregungen und Probleme in die Ratssitzungen. Zusammen mit den Ratsmitgliedern der jeweiligen Regionen regt er die Bildung regionaler Kulturräte auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte an und unterstützt diese in ihrem Entstehungsprozess. In einem von sechs Landkreisen wurde bereits ein Kulturrat als eingetragener Verein gegründet. In einem anderen Kreis ist dieser Prozess bereits sehr weit fortgeschritten. Zwei weitere Kreise haben entsprechende Initiativgruppen gebildet. Ziel des Rates sind entsprechende Gremien in allen Landkreisen und kreisfreien Städten. Notwendig sind sie allemal, denn die oben genannten Defizite auf Landesebene haben eine Entsprechung auch in den Landkreisen. Bereits in zwei Landkreisen wurden unter Mitwirkung des Landeskulturrates im letzten Quartal 2013 Kreiskulturkonferenzen durchgeführt.

Schnell haben sich in der laufenden Arbeit jedoch Projekte entwickelt, die nicht explizit formuliert, aber in der beabsichtigten Arbeitsintention liegen.

Einem Antrittsbesuch des Vorsitzenden bei den Landräten und Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte Anfang 2013 folgte eine Einladung derselben zum Gespräch in die Dezembersitzung des Rates. Gesprochen wurde über die zukünftige Kulturförderung des Landes, die größer gewordene Verantwortung der Landkreise im Hinblick auf die Kulturverwaltung in den größer gewordenen Kreisen, die kommunale Kulturförderung im Spannungsfeld zur Haushaltskonsolidierung, die Sinnfälligkeit einer finanziellen Kulturquote und über die Rolle von und die Erfahrung mit regionalen Kulturbeiräten sowie Kreiskulturkonferenzen. Eine entsprechende Ratssitzung wird Anfang 2014 mit den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern der großen und größeren kreisangehörigen Städte stattfinden.

In die Neuformulierung der Landesrichtlinie zur Kulturförderung hat sich der Kulturrat nachdrücklich eingebracht. In einer Arbeitsgruppe wurde zunächst die alte Richtlinie insbesondere aus der Sicht der Kulturszene und der kommunalen Kulturverwaltungen kritisch hinterfragt. Entsprechende Punkte sollen korrigiert werden bevor die neue Richtlinie, die einen anderen Grundansatz haben wird, dann erneut in den Rat geht und zum Januar 2015 in Kraft tritt.

Mit dem Thema »Kunst am Bau« bei Landesliegenschaften hat sich der Rat eingehend beschäftigt. In diesem Zuge gab er die Empfehlung ab, die entsprechende Landesrichtlinie auf alle Zuwendungsbauten auszuweiten. Ein diesbezüglicher Prüfauftrag an die Landesregierung wurde erarbeitet. Im Januar 2014 soll nun ein entsprechender Prüfauftrag an die Landesregierung auf der Sitzung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern verhandelt werden.

An weiteren Themen ist der Rat inzwischen maßgeblich beteiligt. So hat er sich u.a. zur Umgestaltung der Theaterstruktur im Land mehrmals positioniert. Bei der Auswahl von Landesautoren für neue Schullesebücher assistiert er dem Minister. Bei der Entstehung eines Frühförderwerkes für Hochbegabte aller Kultursparten ist er ein entscheidender Anreger und Mitgestalter und er begleitet den Prozess bei der Ausweitung kultureller Bildung an Schulen. Doch der Rat reagiert auch, wenn einige Vorstellungen des Ministers die Intention der Landeskulturszene nicht trifft: Die ursprünglich geplante Absicht, jährlich wechselnd ein kulturpolitisches Leitthema für besonders geförderte Projekte zu formulieren, wurde nach Diskussion im Rat und Bedenken aus den Landesverbänden inzwischen aufgegeben.

Michael Körner ist Vorsitzender des Kulturrat Mecklenburg-Vorpommern

Dialog Zirkus

Wenn sich Zirkuskünstler aus allen Bereichen zusammenfinden, um über den Zirkus in Deutschland zu sprechen…

VERENA SCHMIDT UND TIM SCHNEIDER

Bei der Auftaktveranstaltung der Diskussionsreihe »Zirkus in Deutschland« am 14. Oktober 2013 trafen sich über 80 Zirkusschaffende aus allen Bereichen im Chamäleon Theater in Berlin. Zum ersten Mal versammelten sich Artisten, Produzenten, Regisseure und Trainer aus dem klassischen Zirkus, dem Varieté, von Straßenproduktionen und aus dem Neuen Zirkus an einem Ort und setzten sich gemeinsam mit den Produktionsbedingungen des Zirkus in Deutschland auseinander. Auf dem Podium diskutierten Anke Politz, Geschäftsführerin der Chamäleon Productions GmbH, Jenny Patschovsky, Gründerin der Initiative Neuer Zirkus, Maximilian Rambaek, Regisseur und Wolfgang Hoffmann, Gründer der Fabrik Potsdam und Geschäftsführer von Aurora Nova.

Der Zirkus in Deutschland muss sich spartenübergreifend vernetzen

Initiiert wurde die Diskussion von dem Netzwerk Zirkus. Die junge Initiative versteht den Zirkus als ein künstlerisches Medium, dem sich sowohl der klassische Zirkus, das Varieté und der Neue Zirkus bedienen und setzt sich für einen spartenübergreifenden Dialog über Zirkus in Deutschland ein.

Der deutsche Arbeitsmarkt für Artisten, der aus vielen Stilarten und Spielorten besteht, ist weltweit einer der größten. Eine Studie des Europäischen Parlamentes bestätigte 2003: Nirgendwo sonst in der EU gibt es eine größere Vielfalt an klassischen Zirkusunternehmen. Was diese Studie nicht zeigt ist, dass sich international die Zirkuslandschaft stark verändert. Auch im Zirkus findet eine Entwicklung statt, um dem veränderten ästhetischen Empfinden des Publikums gerecht zu werden. In Deutschland ist diese Entwicklung bisher kaum angekommen. Obwohl Artisten international arbeitende Kunstschaffende sind, die nicht an nationale Märkte gebunden sind, prägt die nationale Gesetzgebung und Förderstruktur ihre Arbeit. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern ist Zirkus in Deutschland rechtlich und förderpolitisch nahezu unbeachtet, was den Arbeitsmarkt prägt und sich auf die künstlerische Qualität auswirkt.

In der ersten Diskussionsrunde des Netzwerk Zirkus sollte es daher um die Produktionsbedingungen des Zirkus in Deutschland gehen. Missstände sollten aufgedeckt, Unterschiede und Gemeinsamkeiten aufgezeigt und eine Basis zur Zusammenarbeit gefunden werden.

Im Verlauf der Diskussion zeigten sich die zahlreichen Probleme, mit denen die Akteure in ihrem Arbeitsalltag zu kämpfen haben. Deutlich wurde, dass die Produktionszeiten in Deutschland außergewöhnlich kurz sind und damit ein künstlerischer Prozess in der Produktionsphase nicht in Gang kommen kann. Die Diskutanten halten eine Probezeit von sechs bis acht Wochen für sinnvoll, in der deutschen Produktionspraxis sind es jedoch nach den Erfahrungen zwischen drei und zehn Tagen.

Als weiteres Kernproblem kristallisierten sich die fehlenden Aufführungsorte im Neuen Zirkus heraus. Es werden in diesem Bereich Shows produziert, die aber nicht gespielt werden können. Neue Spielstätten zu erschließen scheitert vor allem daran, dass Zirkus abseits der bekannten Muster wie Varieté, klassischer Zirkus oder Dinnershow schwer zu kommunizieren ist. Und wer bestellt schon Käsekuchen, wenn er nicht weiß, was das ist. Neuer Zirkus ist in der Öffentlichkeit praktisch unbekannt und das Bild von Zirkus in Deutschland vor allem durch die klassischen Formate geprägt. Konkret bedeutet das für Produktionen, die nicht in diese bestehenden Labels passen, dass es nicht genug Publikum gibt, um die Spielorte zu füllen.

FOTO: ANDY PHILLIPSON

Show BEYOND von der Kompanie C!RCA im CHAMÄLEON Theater

Eine Herausforderung, der sich der Zirkus in Deutschland in der Zukunft stellen muss, ist also die Frage, wie seine Wahrnehmung auch außerhalb des Varietés und des klassischen Zirkus in der Öffentlichkeit gestärkt werden kann. Lösungsansätze lassen sich in der jüngeren Geschichte anderer Künste finden. Audience Development und Kunstvermittlung sind keine zirkusspezifischen Themen – sie müssen aber sinnvoll auf den Zirkus übertragen werden.

Auch über die Ausbildung von Artisten wurde diskutiert. Die veränderten Anforderungen an Artisten stellen auch neue Herausforderungen an die Artistenschulen. Junge Artisten müssen neben ihren spezifischen Fähigkeiten in einem artistischen Genre auch eine Grundausbildung in Fächern wie Tanz und Schauspiel mitbringen, um konzeptionelles Arbeiten im Ensemble zu ermöglichen. Für diesen Ausbildungsbereich fehlen jedoch Lehrer, die ihr Fach auf die Bedürfnisse der Artisten abgestimmt unterrichten können.

In diesem Zusammenhang zeigt sich auch, dass in den Bereichen Choreografie, Dramaturgie und Regie Personen mit zirkusspezifischen Fähigkeiten fehlen.

Abschließend kann man festhalten, dass es ein großes strukturelles Defizit der Produktionsbedingungen für Zirkus in Deutschland gibt. Eine Grundbedingung für die Verbesserung der Situation ist natürlich eine entsprechende Finanzierung. Der Zirkus in Deutschland muss sich jedoch auch untereinander spartenübergreifend vernetzen, um die starke Kategorisierung in seinen einzelnen Sparten zu durchbrechen. Der materielle und inhaltliche Austausch zwischen einzelnen Spielorten bietet die Chance, auch innerhalb der Zirkusszene die vorhandenen Gräben zu überwinden und gemeinsam die Bedingungen zu verbessern.

Die Diskussion hat gezeigt, dass genau dieser Austausch möglich ist und ein Zusammenschluss aller Sparten sinnvoll und nötig ist.

Verena Schmidt und Tim Schneider sind Mitarbeiter des Deutschen Kulturrates und Gründer des Netzwerk Zirkus

www.netzwerk-zirkus.de

Demografie und das urbane Moment von Kunst

Eine politische Gegenstrategie für die nicht-metropolitanen Räume der Bundesrepublik

MATTHIAS THEODOR VOGT

Sollte man die demografischen Veränderungen außerhalb der Metropolen Europas als »Katastrophe« bezeichnen? Die in ganz Europa grassierende Flucht der Jungen, Mobilen und gut Ausgebildeten weg vom Land und hin zu den Metropolen ist ein massives Problem. Zu ihm haben europaweit Ministeriale noch kein schlüssiges Konzept vorgelegt, was nicht weiter verwundert, sitzen sie doch Land für Land im Zentrum der Zentren.

Zu überlegen ist, ob Kunst und Kultur nicht als politische Gegenstrategie zu den demografischen Veränderungen eingesetzt werden könnten und damit einen durchaus neuen Bedeutungszuwachs für die nicht-metropolitanen Räume der Bundesrepublik erfahren könnten, gerade weil sie für das urbane Moment stehen.

Resilienz

Der Begriff der »Resilienz«, der heute fester Bestandteil der Systemtheorie ist und ursprünglich aus der Materialforschung stammt, kann helfen, das Problemfeld zu verstehen. Resilienz bezeichnet ein Elastizitätsphänomen, nämlich die Fähigkeit eines Materials nach Wegnahme einer Spannung unbeschadet in das Ausgangsgleichgewicht zurückfedern zu können.

Und wie steht es, fragen neuere Ansätze der Raumwissenschaft, mit ganzen Landstrichen? Warum überstehen manche von ihnen Krisen mit nur leichten Dellen, andere gehen tief in die Knie, manche ganz zu Bruch? Wo liegt die Grenze, bis zu der ein elastisches Abfedern von Veränderungen aus eigener Kraft möglich ist? Wann erfolgt eine irreversible Deformation? Wann kommt es zum letalen Bruch?

Aus Sicht der Resilienzforschung erstaunt jedes Jahr an den Feiern zum 9. November, dass beim Stichwort Wiedervereinigung immer nur des Ostens der beiden Hälften Deutschlands gedacht wird. Nie ist davon die Rede, in welch außerordentlichem Maß das damalige Westdeutschland in der sogenannten Rigiditätsfalle gefangen war und die Kraft zum elastischen Abfedern verloren hatte. Erst durch die Wiedervereinigung strömten neue Impulse in Gesellschaft, Wirtschaft, Politik. Aus ihnen sollte Deutschland in der Folge seine neue Kraft entfalten.

Vorstellungswelten

Versucht man heutzutage die Vorstellungswelt junger Menschen zum Thema »Metropole« zu fassen, so stellt man fest, dass sich die Wortbedeutung seit der Antike um 180° gedreht hat. Waren Mütter-Städte im alten Griechenland jene, die ihre überzähligen jungen Männer in Boote setzten, um Kolonien zu begründen, so sind Metropolen heute Maßstab-Städte geworden, an denen sich Denken und sinnliche Erfahrung der Jungen messen. Das hat einerseits objektive Gründe. Unsere Arbeitswelt wird Jahr für Jahr ein Stückchen komplexer, der Mechaniker ist abgeschafft und durch den Mechatroniker ersetzt; ein Storno an der Registrierkasse des Supermarkts ist eine intellektuelle Herausforderung; Arbeitsplätze für Ungelernte sind durch »effizientere« Automaten ersetzt. Je mehr Menschen nach Abitur und Hochschulausbildung und einem hochkomplexen Berufseinsatz streben, desto mehr sind sie auf die feine Verästelung der Arbeitswelten angewiesen, wie sie für die Zusammenballung vieler typisch sind. Der Fordismus des 19. Jahrhunderts mit seinen Fließbändern konnte durchaus in die vielen Täler Sachsens oder Böhmens ziehen. Börsennotierung und Kreativindustrie mit ihrem Kommuniktionshunger dagegen sind nach geltender Ansicht auf die City of London verwiesen. Dies wiederum hat Konsequenzen für den Heiratsmarkt: die Chance, einen Partner mit ähnlichen Interessen und mindestens gleicher Qualifikation zu treffen, ist, wie der Name schon sagt, in der »Agglomeration« höher. Was allerdings den Chinesen ihr männliches Königskind, das zur Abtötung ganzer Generation von weiblichen Föten geführt hat und damit zur Dysbalance zwischen den Geschlechtern, ist, wie man hört und nur cum grano salis auszusprechen wagen darf, den Polen die bestens ausgebildete junge Frau in der Hauptstadt Warschau. Ehrgeizig und energisch erwarb sie gleich zwei Mastertitel, überflügelte ihre männlichen Rivalen mit links und steht nun vor einem leeren Heiratsmarkt. Leicht war die Partnersuche im nicht-virtuellen Bereich allerdings noch nie. Umgekehrt hat das Internet, ungeachtet aller Breitbandversprechungen der jeweiligen Koalition, seine Arbeitsplatz-Ubiquitäten noch keineswegs eingelöst, seine Freizeit-Ubiquitäten dagegen durchaus.

Das eigentliche Problem der nicht-metropolitanen Räume ist ein mentales. Niemand möchte, dass ein anderer glaubt, er oder sie würde in einem »Kaff« wohnen. Einem Kaff mit funktionierender Sozialkontrolle, die einen Fehltritt bis zum Lebensende nicht verzeiht – kann man sich dem als Moderner anders als durch Flucht entziehen? Einem Kaff mit einheitlicher Sozialordnung ohne Pluralität der Lebensstile und ohne Würdigung von Abweichungen? Wie soll man sich als junger Mensch in einem Kaff wohlfühlen, dessen after work-Angebote auf ein gutbürgerliches best age-Publikum und älter zielen?

Warum überstehen manche Landstriche Krisen und manche nicht?

Alle diese Perspektiven drehen sich zwar um, wenn nach Kindergartenplätzen und Raum für ein Eigenheim gesucht wird. Aber bis es soweit ist, hat die junge Generation die Käffer schon hinter sich gelassen und denkt nicht daran, selbst monetär hochattraktive Jobangebote anzunehmen. Die Moderne und ein sich modern verstehender Mensch vertragen keine Provinzialität, da beißt die Politik keinen Faden ab.

Die Kunstszene der Mittelstädte als Resilienzfaktor

Und Mittelstadt ist in der Tat ein bislang in der Kulturpolitikforschung und -praxis unzureichend aufgegriffenes Stichwort. Kommunen aller Länder vereinigt Euch, hieß es, oder jedenfalls so ähnlich, vorzeiten in einem Manifest. Einzig Sachsens Kommunen haben sich vereinigt zu einer kommunalen Gemeinschaftsleistung namens Kulturräume in Sachsen. Sie basiert auf gewissen Eigeneinnahmen der Einrichtungen und Projekte an dem einen Ende, auf einem objektiv sehr geringen Zuschuss des Freitstaates am anderen Ende. Alles dazwischen aber, rund zwei Drittel des Finanzbedarf der regional bedeutsamen Kultur, wird seit dem 1. August 1994 von den kommunalen Trägern, den Umland-Landkreisen und der Gemeinschaft der sächsischen Gemeinden (als Vorwegabzug von einem Prozent aus dem FAG) gemeinsam gestemmt. Auf die zwei Drittel der Einwohner außerhalb der drei Großstädte entfallen immerhin ein Drittel der Zuwendungen von Land und aus dem Kultur-FAG. Dadurch können Sachsens Mittelstädte in Theater-, Konzert-, Museums-, Bibliothekswesen und all den anderen Sparten eine Funktion für ihre eigenen Bürger und für ihr jeweiliges Umland entfalten.

Ansonsten basiert die sächsische Landesentwicklung auf einer grundsätzlichen Schlechterstellung des nicht-metropolitanen Raums bei der Finanzausstattung mit dem Faktor 1 zu 1,52. Da nun aber die Zuweisungen von EU, Bund und Land an die Einwohnerentwicklung gebunden sind, stecken die Landkreise in einer Verödungs-Falle. Eigentlich kann man gar nicht mehr von einem Landkreis Görlitz sprechen; bei einem Sozialetat von 60,6 Prozent (2012) handelt es sich eher um einen Sozialzweckverband mit gewissen Nebenaufgaben. Dass die Bevölkerungszahl zwischen 2006 und 2025 um 21 Prozent abgenommen haben wird, ist aber nur das eine. Noch gravierender ist, dass das Erwerbspersonenpotenzial um 36 Prozent abnehmen dürfte. Stellt sich aber nun aus Sicht der Resilienzforschung nur noch die Frage: Wann wird die elastische Phase überschritten? Wann setzt die irreversible Deformation ein? Und wann wird der Fraktur-Punkt für den sozialen Zusammenhalt erreicht sein?

Genau hier fängt eine feine, jedoch notwendige Differenzierung an. »Nicht-Verdichtungsraum« ist nicht gleich »Nicht-Verdichtungsraum«; die Fläche des Landkreises ist das eine, die Gemarkung der Kreisstadt ein anderes. Die Stadt Görlitz gilt unter Fachleuten als »schönste Stadt Deutschlands« (G. Kiesow). Ihre 3.600 Einzeldenkmale sind überwiegend saniert und genutzt. Der zweite Platz bei der Kulturhauptstadtbewerbung 2010 hat zu einer positiven Aufmerksamkeit geführt, die eine kontinuierliche Steigerung der Touristenströme und eine gute Auslastung der Beherbergungsbetriebe ausgelöst hat. Der Verlust an Einwohnern ist tendenziell gestoppt. Die Stadt hat sich insbesondere unter westdeutschen Rentnern zu einem beliebten Ansiedlungsziel entwickelt. Zahlreiche Filme wurden hier in den letzten Jahren gedreht; medizinische Geräte werden für Afrika, Waggons für zahlreiche S-Bahnen Deutschlands, Israels etc., Siemens-Dampfturbinen für die ganze Welt gefertigt. Für das urbane Klima von Görlitz mitentscheidend sind das eigene Musiktheater mit Orchester, Chor und Ballett, die teils hochkarätigen Museen und Bibliotheken, Straßentheater- und Jazzfestivals, zahlreiche Vereine. Hier kommt zum Tragen, was Bürgermeister Michael Wieler bei der Eröffnung der Tagung »Verödung?« sagte: eine Stadt lebt von ihrem Gemeinschaftsgefühl, die Bürger brauchen »Futter« (Wieler) für ihr Zusammenkommen, und was würde sich dafür besser eignen als Themen und Formate der Kunst, um zu einer gemeinsamen Stadtkultur zu gelangen? Die wissenschaftliche Fragestellung muss daher lauten und die Frage nach dem cultural impact in einen neuen Zusammenhang stellen: Ist eine lebendige Kunst- und Kulturszene ein nachhaltiger Resilienzfaktor? Wie sieht das im Vergleich der Mittelstädte mit den Metropolstädten einerseits, mit den Klein- und Landstädten und Landgemeinden andererseits aus? Hat, wäre kritisch zu fragen, die durch das Kulturraumgesetz in Sachsen ermöglichte kulturelle Infrastruktur im Zeitraum seit 1994 die Resilienzfaktoren positiv gestützt, oder war die Förderung unerheblich?

Eine lebendige Kulturszene als nachhaltiger Resilienzfaktor?

Eine japanische Vergleichsstudie erkannte erstens die Bedeutung der Funktionseliten (wie man driving actors umschreiben könnte) für das Ingangsetzen eines positiven Kreislaufs gegen Verödung. Zweitens den Beitrag der driving actors für ein Gleichgewicht zwischen (a) Stärkung der kulturellen und Umweltressourcen, (b) Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und (c) Stärkung der ökonomischen Ressourcen. Entgegen aller Behauptungen der freistaatlich-sächsischen Landesentwicklungsplanung leben 78 Prozent seiner Einwohner in einer Gemeinde mit dem Titel »Stadt«, 98 Prozent verdienen ihr Brot außerhalb des agrarischen Sektors. »Ländlich« lebt so mancher, aber »urban« ist Kern des Selbstverständnisses der Sachsen, nicht nur der Jungen, die mit Reise- und Gedankenfreiheit aufgewachsen sind. Ihr urbanes Moment wiederum ist Kern dessen, was wir kulturpolitisch unter Kunst verstehen.

Wenn wir unter einer Resilienz-Perspektive demografische Veränderungen und das urbane Moment von Kunst miteinander ins Verhältnis setzen, lässt sich dann eine politische Gegenstrategie für die nicht-metropolitanen Räume der Bundesrepublik konzipieren? Kann Kunst zum Wendepunkt der Handlung im Drehbuch »Sachsen 2030« werden?

Matthias Theodor Vogt ist Direktor des Instituts für kulturelle Infrastruktur Sachsen und Professor für Kulturpolitik und Kulturgeschichte an der Hochschule Zittau/Görlitz

FOTO: NORBERT PLUGGE

Der Görlitzer Schönhof ist eines der ältesten profanen Renaissance-Gebäude Deutschlands

ZUR TAGUNG IN GÖRLITZ

Gemeinsam mit dem Institut für kulturelle Infrastruktur Sachsen und im Zusammenwirken mit dem Kulturraum Oberlausitz-Niederschlesien und dem Studiengang Kultur und Management der Hochschule Zittau/Görlitz veranstaltete der Deutsche Kulturrat vom 22. und 23. November 2013 in Görlitz die Tagung »Verödung? Kulturpolitische Gegenstrategien«.
Zwei Tage lang diskutierten Experten mit regionalem, bundesweiten wie internationalem Hintergrund über die Herausforderungen des demografischen Wandels für ländliche Regionen. Dabei stand die Frage im Vordergrund, ob und wenn ja welche kulturpolitischen Konzepte diesem Trend Einhalt gebieten können.

Die vollständige Tagungsdokumentation können sie kostenlos als pdf-Version abrufen unter *www.kulturrat.de/dokumente/veroedung.pdf*

KULTUR UND MANAGEMENT

Die Hochschule Zittau/Görlitz bietet an der Fakultät Management- und Kulturwissenschaften den Studiengang »Kultur und Management« mit zahlreichen Auslandsstudien- und Praxismöglichkeiten an (Bachelor of Arts sechs Semester, Master of Arts vier Semester, Master-Dual-Degree mit den Universitäten Nantes und Pécs mit doppeltem Abschluss). Der Studiengang wurde 1997 gemeinsam durch das Institut für kulturelle Infrastruktur Sachsen und die Hochschule unter Schirmherrschaft der UNESCO gegründet; seine Absolventen sind in vielen Ländern Europas tätig. (http://f-mk.hszg.de/studienangebot/kultur-und-management-master.html). Der Studiengang ist Teil des European Network Culture And Administration, das vom Institut für kulturelle Infrastruktur Sachsen koordiniert wird (*http://kultur.org/studium/netzwerk)*.

In Görlitz und Umgebung stehen viele Gebäude aufgrund des massiven Bevölkerungsrückgangs leer

Weiter so wie bisher?

Der demografische Wandel als bedeutende Aufgabe der Kulturpolitik

OLAF ZIMMERMANN

Im Koalitionsvertrag haben CDU, SPD und CSU festgelegt, dass der Bund zusammen mit den Ländern neue Arbeitsformen und Kooperationsmodelle entwickeln will, »um die Potenziale des demografischen Wandels im Kulturbereich aufzuzeigen und die identitätsstiftende Wirkung von Kunst und Kultur herauszustellen«. Diese Aussage im Koalitionsvertrag ist – und vor allem deren Umsetzung wäre – ein wichtiger Schritt, um das Thema demografischer Wandel stärker in den Mittelpunkt der Kulturpolitik zu rücken. Zu wünschen wäre allerdings, dass nicht nur Bund und Länder, sondern auch die Zivilgesellschaft in den Diskussionsprozess einbezogen wird.

Der Deutsche Kulturrat hatte bereits im Juni 2006 seine Stellungnahme »Kulturelle Bildung – Eine Herausforderung durch den demografischen Wandel« veröffentlicht. Vorausgegangen war dieser Stellungnahme ein intensiver Diskussionsprozess innerhalb des Deutschen Kulturrates, vor allem seines Fachausschusses Bildung. Obwohl zu diesem Zeitpunkt der Dreiklang der demografischen Entwicklung »weniger, älter, bunter« längst abzusehen war, kreiste die Debatte im Fachausschuss seinerzeit vor allem um die Frage, wie der Nachfrageüberhang bei manchen Angeboten der kulturellen Bildung abgebaut werden kann. Oder um es konkreter zu fassen: ob der demografische Wandel nicht die Chance bietet, endlich allen Kindern den Zugang zur Musikschule zu ermöglichen.

Demografischer Wandel als Sparbüchse?

Das mag sich heute sieben Jahre später banal und vielleicht auch blauäugig anhören, aber zu dem Zeitpunkt bestand tatsächlich mehrheitlich die große Hoffnung, alles würde so weitergehen wie bisher, auch wenn weniger Menschen in einer Region leben.

Ganz ähnlich begannen die Debatten im Kulturkonvent Sachsen-Anhalt. Dem Kulturkonvent Sachsen-Anhalt wurde vom Landtag Sachsen-Anhalt im Jahr 2011 aufgetragen, Perspektiven für eine Kulturpolitik bis zum Jahr 2025 zu entwickeln und dabei insbesondere den demografischen Wandel in diesem Land im Blick zu haben.

Sachsen-Anhalt ist ähnlich Mecklenburg-Vorpommern ganz besonders vom demografischen Wandel in Ostdeutschland betroffen und zwar aktuell nicht mehr so sehr durch den Wegzug von Menschen, sondern inzwischen auch durch eine geringe Geburtenrate. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass in der Vergangenheit insbesondere junge Frauen aus diesem Bundesland weggezogen sind. Laut dem jüngsten Demografiebericht des Landes Sachsen-Anhalt, der im März dieses Jahres erschien, wird Sachsen-Anhalt in Zukunft zu den am stärksten schrumpfenden Regionen Europas gehören.

Was in Sachsen-Anhalt beispielhaft diskutiert wurde, trifft aber nicht nur auf dieses Land zu. Oft genug hat der Kulturkonvent seinen Blick über die Landesgrenzen hinaus nach Niedersachsen, nach Brandenburg oder auch Thüringen gerichtet und festgestellt, dass die genannten Länder vor ähnlichen Problemen stehen.

Kulturpolitik muss sich der Herausforderung stellen, dass sich das zahlenmäßige Verhältnis jüngerer und älterer Menschen verändert. Daraus folgt, dass weder die Angebote für Jüngere zu vernachlässigen sind, da sie die künftigen Nutzer sind, noch darf man sich aber einseitig auf Kinder und Jugendliche konzentrieren, da die Erwachsenen und vor allem die älteren Erwachsenen zahlenmäßig deutlich mehr sind. Und wer sich bewusst macht, dass viele Menschen mit Erreichen des Rentenalters nicht nur körperlich und geistig rege sind, sondern auch noch eine erhebliche Lebenserwartung haben, kann einschätzen, dass hier eine Zielgruppe besteht, die nicht vernachlässigt werden darf.

Weiter muss die Kulturpolitik in einem noch stärkeren Maße Kooperationen anregen und befördern. Dazu könnte gehören, dass die kooperative Arbeit einer Einrichtung besonders – auch finanziell – belohnt wird und nicht ihre Abgrenzung gegenüber anderen. Das Alleinstellungsmerkmal könnte also die Kooperation und die Zusammenarbeit mit und nicht die Unterscheidung von anderen sein. Dieses macht ein Umdenken erforderlich. Darüber hinaus werden sowohl Investitionen in mobile Angebote wie auch in den Umbau von Einrichtungen für Menschen, die körperlich eingeschränkt sind, erforderlich sein. Kultur wird teilweise vermehrt zu den Menschen und nicht immer die Menschen zur Kultur kommen müssen. Die in jüngster Zeit oftmals angesprochene Inklusion bekommt vor diesem Hintergrund eine ganz eigene Relevanz.

Nach wie vor muss die Kulturpolitik einzelne künstlerisch exquisite Leuchttürme unterstützen und fördern. Sie muss sich für einzelne künstlerisch besonders ausgezeichnete Vorhaben entscheiden, die eine Leuchtkraft in die Breite haben. Diese »Leuchttürme« müssen, damit sie tatsächlich leuchten können, adäquat ausgestattet werden. Zugleich ist ein Austarieren mit der Breitenförderung vonnöten. Der Breitenförderung muss die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt und inhaltlich der gleiche Wert beigemessen werden wie der Spitzenförderung. Das bedeutet für viele Künstler die Herausforderung von ihrem Olymp herabzusteigen und die Vermittlung sowie die breitenkulturellen Angebote ebenso ernst zu nehmen wie ihre eigene künstlerische Arbeit. Das heißt für Anbieter speziell der kulturellen Bildung die künstlerische Exklusivität ebenso zu schätzen wie die eigene Breitenarbeit. Beides hat eine ganz eigene Qualität. Künstlerische Spitze und Breite sind nicht untereinander austauschbar oder beliebig. Es erfordert gerade in wenig besiedelten Regionen der kulturpolitischen Entscheidung, wie die endlichen Ressourcen eingesetzt werden und das Publikum erreicht wird.

Kulturpolitik im demografischen Wandel kann aber nur gelingen, wenn die Akteure mitgenommen werden. Und darin besteht die politische Herausforderung. Der demografische Wandel darf nicht als Begründung herhalten müssen, um kulturelle Infrastruktur abzubauen. Er darf kein Mittel sein, um sich missliebiger Kultureinrichtungen zu entledigen.

Im Gegenteil, eine gelingende Kulturpolitik angesichts des demografischen Wandels muss die verschiedenen Akteure mitnehmen, auf ihre Kompetenz setzen und diese für den Veränderungsprozess nutzen. Dabei ist es erforderlich, die Existenzängste aus dem Kulturbereich ernst zu nehmen. Mit Kulturausgaben werden die Menschen finanziert, die in den Kultureinrichtungen arbeiten, die von dieser Arbeit sich und ihre Familie ernähren. Mit Kulturausgaben werden aber auch vor Ort Aufträge an Handwerks- und andere Betriebe vergeben und damit die örtliche Wirtschaft unterstützt.

Eine Kulturpolitik, die den demografischen Wandel als Sparbüchse begreift, wird auf Dauer nicht erfolgreich sein, sie wird im schlimmsten Fall den geschilderten Abwärtstrend noch befördern.

Eine Kulturpolitik hingegen, die den demografischen Wandel annimmt und ihn als Chance der gemeinsamen Veränderung begreift, wird neue Impulse und Kräfte freisetzen und auf diese Weise ganz neue Attraktivität begründen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Regionen, die bereits heute einen demografischen Wandel durchmachen, Vorreiter für die Debatten von morgen sind.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

Der Verödung entgegenwirken

Erfolgreiche Entwicklungsmöglichkeiten in nicht-metropolitanen Regionen

REGINE MÖBIUS

Für zwei Tage haben das Institut für kulturelle Infrastruktur Sachsen und der Deutsche Kulturrat Wissenschaftler, Kulturpolitiker, Studenten und in der Kultur Engagierte ins Haus Klingenwalde, nahe Görlitz, eingeladen, die Frage zu beleuchten, ob Kunst und Kultur die Attraktivität einer Region erhöhen und dadurch gleichsam auch eine höhere Bindung an diese Region – in unserem Fall an den ländlichen sächsischen Raum – entstehen kann. Geschichte und Herkunft sind die Bindungskräfte, die ein Wertebewusstsein für die eigene Heimat schaffen. Aus kulturellem und landschaftlichem Reichtum bildeten sich Identitätsbezüge. Tradition, überkommenes und gepflegtes Brauchtum waren tragende Elemente von Verwurzelung in der Region.

Im Zentrum der Debatte standen insbesondere die Herausforderungen, die relevant sind für politische Akteure, durch die sich zunehmend an funktionalen Räumen orientierenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Verflechtungen. Bereits im Eröffnungsstatement stellte der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann, die Feststellung in den Raum, dass der demografische Wandel eine unterschätzte Aufgabe der Kulturpolitik sei, da die Angebotsstruktur und Vielfalt in ihrer Ausrichtung auf Metropolregionen hin die Gefahr von Ausgrenzung der ländlichen Gebiete respektive Land- und Randregionen nach sich ziehen kann, obwohl diese eine markante Lebensqualität aufweisen und die Attraktivität der urbanen Regionen ergänzen.

Geschäftsführender Direktor des Institutes für kulturelle Infrastruktur Sachsen, Matthias Theodor Vogt, federführend bei der Umsetzung des Sächsischen Kulturraumgesetzes, betonte immer wieder in den einzelnen Gesprächsrunden, die er moderierend verknüpfte, dass durch die Pflichtaufgabe Kultur in eben diesem Gesetz die Garantie von Artikel 28 Grundgesetz und Artikel 82 Sächsische Verfassung, die Gestaltungshoheit der Kommunen, festgeschrieben worden sei. Und deshalb gaben die Tagungsteilnehmer aus Politik und Kultur immer wieder dem Wunsch Ausdruck, künftig einen Artikel im Grundgesetz der Bundesrepublik zu haben, mit dem Kultur zum Staatsziel wird. Dass bereits wenige Tage später, nach Einblick in den Koalitionsvertrag der künftig regierenden Parteien, diese Hoffnung wieder einmal als Illusion der Kulturakteure zerplatzte, ist schmerzliche Realität.

Kultur muss erklärtes Staatsziel werden

Mit Blick auf die im Spätsommer anstehenden Landtagswahlen in Sachsen gehörten zu den wichtigen Diskutanten der Tagung auch die kulturpolitischen Sprecher der im Landtag vertretenen demokratischen Parteien. Sie informierten über kulturpolitische Strategien zur Vermeidung partieller Verödung in den nicht-metropolitanen Räumen Sachsens.

In der mit Spannung erwarteten Podiumsdiskussion mit Aline Fiedler/CDU, Eva-Maria Stange/SPD, Nico Tippelt/FDP, Karl-Heinz Gerstenberg/Bündnis 90/ Die Grünen und Volker Külow/Die Linke wurde über Initiativen und Konzepte zur Kulturförderung in der kleinstädtischen und ländlichen Fläche mit ihren jeweils spezifischen Rahmenbedingungen diskutiert. Interessant waren hier insbesondere die Erfahrungen, die Frau Stange einbrachte mit dem Vergleich der Ausgaben für Wissenschaft, die keinerlei Legitimationsdruck ausgesetzt wären und denen für Kunst, die immer unter diesem stünden.

Nötig sind Strategien einer »konzeptbasierten Kulturpolitik« mit der Entwicklung von Leitlinien, Plänen und Konzepten, so Külow. Gleichzeitig warnte er aber vor der Illusion, dass Kultur ökonomische Krisen verhindern könne. In den Mittelpunkt ihrer Ausführungen stellte Aline Fiedler die Herausforderungen für die Politik, die mit dem Auslaufen des Solidarpaktes verbunden sein werden, deren Gegensteuerung aber schon jetzt, so die CDU-Landtagssprecherin, im politischen Handeln spürbar wäre. So sei die Filmförderung erhöht worden, die kulturelle Bildung mit einem Entschließungsantrag begleitet und unter anderem der Ankaufsetat für Bibliotheken erhöht worden.

Eine »konzeptbasierte Kulturpolitik« ist in Zukunft nötig

Gerstenberg forderte, das Kulturraumgesetzt in Sachsen in großen Abständen regelmäßig zu überprüfen, um feststellen zu können, ob die Mittel noch angemessen seien oder erhöht werden müssten.

Unterschiedliche Beiträge, ob aus dem Kulturraum Oberlausitz-Niederschlesien, den Kulturraumsekretären, aus dem Studiengang Kultur und Management der Hochschule Zittau/Görlitz oder von den kulturpolitischen Sprechern des Sächsischen Landtages, beinhalteten in unterschiedlichen Ausformungen immer wieder die Forderung nach Reaktionsmuster, die bestehende Kultur schützen, fördern und diese mit neuen Angeboten verknüpfen.

Diesen zu erstellenden Reaktionsmustern liegen allerdings komplizierte Mischungsverhältnisse zugrunde. Denn zusätzlich steht dem demografischen Wandel eine zunehmend wissensintensive Wirtschaft gegenüber, die Mobilität, Flexibilität und einen hohen Bildungsgrad fordert. »Trotz vieler Bemühungen«, so Olaf Zimmermann, »werden wir in der nächsten Zeit eine immer stärkere Flucht hinein in die Städte haben, weil die gut Ausgebildeten danach schauen, wo sie am besten leben können. Eine Veränderung könnte es nur geben, wenn es eine Veränderung des Arbeitsethos gäbe«.

Die Ergebnisse der Tagung lassen sich aus Sicht der Veranstalter kurz zusammenfassen: Eine ganze Reihe von Anregungen und Forderungen an parlamentarische und außerparlamentarische Aktivitäten müssen ernsthaft weiter verfolgt und umgesetzt werden. Akteur – Netzwerk – Praxis, ein solcher Strategieansatz, genau in dieser Reihenfolge, muss gesamtgesellschaftlich in allen Ebenen gedacht und realisiert werden, wenn der demografische Wandel nicht zur demografischen Katastrophe werden soll.

Regine Möbius ist Vizepräsidentin des Deutschen Kulturrates

Man diskutiert sich ins Nirwana

Europäische Kommission beendet die Förderung der Plattformen der Zivilgesellschaft

ANDREAS KÄMPF

Es ist längst kein Geheimnis mehr: Die EU betreibt Kulturpolitik. Sie tut das auf verschiedene Weise. Zum Beispiel über ihre klassischen Instrumentarien wie den Abbau von Wettbewerbshindernissen und die Harmonisierung von Standards. Die Kultur ist hier in vielen Fällen betroffen, da sie ja eben auch eine Ware ist. Aufgabe des Deutschen Kulturrates ist es, immer wieder darauf hinzuweisen, dass sie natürlich auch mehr als nur eine Ware ist und dass dies bei den sie betreffenden Regelungen berücksichtigt werden muss.

Neben dieser indirekten Form der Kulturpolitik, wo die Kultur eher als Beifang mit im Netz landet, gibt es die Kulturförderung über die sogenannten Strukturfonds. Auch hier geht es nicht unmittelbar um Kulturpolitik, sondern Kultur wird gefördert, wenn sie dazu dient, bestimmte sozial- oder regionalpolitische Ziele zu erreichen. Dann gibt es natürlich auch noch die Kulturpolitik im Rahmen der Außenpolitik der EU, aber die ist so unsichtbar wie Catherine Ashton. Neben diesen Fällen, bei denen man vielleicht von einer Kulturpolitik durch die Hintertür sprechen könnte, gibt es aber auch eine explizite Kulturpolitik der EU, die sich nicht an Handelsregularien und Regionalförderung, sondern an kulturpolitischen Zielen orientiert.

Auf die erstmals in den Verträgen von Maastricht und Amsterdam noch sehr verhalten formulierte Definition dessen, was europäische Kulturpolitik sein sollte, folgte im Jahre 2007 ein Text der Kommission mit dem ebenso kurzen wie knackigen Titel: »Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über eine europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung«. Unter häufiger Verwendung des Konditionals und abschließender Beschwörung der Subsidiarität werden hier doch recht eindeutige kulturpolitische Ziele formuliert:

- Förderung der kulturellen Vielfalt und des interkulturellen Dialogs;
- Förderung der Kultur als Katalysator für Kreativität im Rahmen der Strategie von Lissabon für Wachstum und Beschäftigung;
- Förderung der Kultur als wesentlicher Bestandteil der internationalen Beziehungen der Union. (S. 8)

Alle potenziell Betroffenen sollen in die Diskussion einbezogen werden. Konkret zur Rolle der Zivilgesellschaft stellt die Agenda eine klare Aufgabe: »Für die Stakeholder im Kulturbereich, beispielsweise Berufsverbände, kulturelle Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen, europäische Netze, Stiftungen, usw. würde dies die Aufnahme eines intensiven Dialogs mit den EU-Institutionen, die Unterstützung bei der Entwicklung neuer Maßnahmen und Aktionen der EU sowie die Entwicklung des Dialogs untereinander bedeuten.« (S.9)

Der »strukturierte Dialog mit der Zivilgesellschaft« sollte über die sogenannten »Plattformen« realisiert werden. Es gibt drei von ihnen: die »Platform for Intercultural Europe«, die »Civil Society Platform for Access to Culture« und schließlich noch die »European Platform on Cultural and Creative Industries«. Die Interkultur Plattform bildete sich schon im Jahr 2006 und war insofern tatsächlich ein echtes Kind der Zivilgesellschaft, als es dann für den strukturierten Dialog quasi adoptiert wurde. Die beiden anderen Plattformen wurden auf Initiative der Kommission gegründet. Während die Interkultur-Plattform ein recht buntes Gemisch von insgesamt 53 europäischen und nationalen Netzwerken und Organisationen in sich vereinigte, hatten die beiden anderen Plattformen – auf Vorgabe der Kommission! – ausschließlich europäische Netzwerke und Organisationen als Mitglieder. Nachdem nun einige Zeit vergangen war, hatte die Kommission die Agentur ECORYS u.a. mit einer Evaluation des strukturierten Dialogs und damit der Arbeit der Plattformen beauftragt. Neben einigem Lob fallen hier zwei wiederkehrende Kritikpunkte auf: Zum einen wird kritisiert, dass die Ergebnisse der Diskussionen in den Plattformen nicht genügend nach außen verbreitet wurden. Zum anderen wird die mangelnde Anbindung der Plattformen an die nationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen festgestellt. Das heißt, dass in zentralen Bereichen die Plattformen den Erwartungen nicht gerecht wurden.

Was heißt das nun für die Zivilgesellschaft? Sie hat fleißig diskutiert. Es hat aber leider außerhalb der Konferenzräume niemand mitbekommen. Wegen mangelnder Verbindung zu den nationalen Netzwerken blieb auch in dieser Richtung das Unternehmen folgenlos. Die Plattformen sind am Ende und wie es weitergeht mit der Kommission und der Zivilgesellschaft kann zurzeit nur spekuliert werden. Über das neue EU-Kulturprogramm »Kreatives Europa«, das Anfang Dezember vorgestellt werden soll, hat man wohl vor, sich von zivilgesellschaftlichen Organisationen bei Bedarf beraten zu lassen. Zivilgesellschaft à la Carte könnte dabei herauskommen.

Auf eine Zivilgesellschaft à la carte wird es hoffentlich nicht hinauslaufen

Schaut man sich die Arbeit der Plattformen an, so fallen drei zentrale Probleme auf:

- Es geht in der Regel um Diskussionen über höchst ehrbare Themen, wie im konkreten Fall Interkultur oder Kulturelle Teilhabe. Es wird also über Themen, nicht über aktuelle kulturpolitische Entscheidungen der EU, konkrete Vorhaben etc. diskutiert. Dadurch bekommt das Geschehen etwas Beliebiges. Die Zivilgesellschaft in der Spielegruppe. Sinn macht das Ganze aber nur, wenn die Organisationen der Zivilgesellschaft in tatsächliche politische Prozesse und tatsächliche politische Entscheidungen auf EU-Ebene einbezogen werden.
- Wenn die Kommission aber tatsächlich eine Europäische Zivilgesellschaft mit aktiver Teilnahme an den politischen Prozessen wünscht, dann müssen die Organisationen der Zivilgesellschaft auch eine finanzielle Unterstützung erhalten, die es ihnen in Höhe und Verlässlichkeit ermöglicht, stabile, einen ganzen Kontinent umfassende Strukturen aufzubauen. Die bisherige Netzwerkförderung der EU war hiervon himmelweit entfernt und das neue »Kreatives Europa«-Programm bietet – nach allem, was man zurzeit davon weiß – Anlass zur Skepsis.
- Nur wenn es gelingt, die jeweiligen nationalen kulturpolitischen Netzwerke und Organisationen mit der europäischen Ebene zu verbinden und Diskussionen von der nationalen Ebene zu den europäischen Organisationen hin und wieder zurück zu transportieren, kann ein politisch legitimiertes Mitwirken der Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene gelingen.

FOTO: JORISWO / FOTOLIA.COM

Andreas Kämpf ist Vizepräsident des Deutschen Kulturrates

Lokale Entwicklungswege stärken

Der Dritte UN Bericht zur Kreativwirtschaft in Entwicklungsländern setzt neue Akzente

CORNELIA DÜMCKE

Am 14. November 2013 hat die UNESCO in New York den Creative Economy Report 2013 vorgestellt. Veröffentlicht als »Special Edition« von UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation) und UNDP (United Nations Development Programme) durch das UN-Büro für Süd-Süd-Kooperationen, setzt er eine Serie von UN Creative Economy Berichten aus 2008 und 2010 fort.

Der Bericht 2008 hatte den Untertitel »The Challenge of Assessing the Creative Economy: Towards Informed Policy-making«. Erstmalig sollten die politischen Akteure auf globaler Ebene für die lange Zeit kaum beachteten ökonomischen Potenziale der Kreativwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern sensibilisiert werden. Damit wurde eine seit Jahrzehnten geführte Debatte zu Kultur und Entwicklung in der Entwicklungspolitik um die ökonomische Dimension der Kreativwirtschaft für den Entwicklungsprozess erweitert. Der nun vorgelegte Kreativwirtschaftsbericht 2013 trägt den programmatischen Untertitel »Erweiterung lokaler Entwicklungspfade«. Er schafft für das nächste Jahrzehnt einen neuen Diskursrahmen für den Zusammenhang von Kultur, Wirtschaft und nachhaltiger Entwicklung. Für die kultur- und entwicklungspolitische Debatte in Deutschland sollten die Argumente dieses Schlüsseldokuments eine Wahrnehmung und Berücksichtigung finden.

Was also sind die neuen Akzente, die der Bericht setzt? Und welche Signale werden für die »Post-2015 UN Milleniums Development Agenda« gesetzt?

Zum einen ist der Kreativwirtschaftsbericht 2013 vor dem Hintergrund der Umsetzung des »Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen« der UNESCO als ein politisches Signal zu verstehen. 2010 hat die UNESCO zur Umsetzung der Konvention einen »Internationalen Fonds für Kulturelle Vielfalt« (IFCD) aufgelegt sowie in Kooperation mit der EU ein 30-köpfiges Experten-Team berufen, welches Projekte im Bereich der Kreativwirtschaft in Entwicklungsländern begleitet.

Zum anderen verändert dieser Bericht die Argumente. Er setzt ein Zeichen für eine Neuausrichtung der Kulturpolitik in globalen wie auch lokalen Zusammenhängen. Man könnte auch sagen, dass seine Autoren auf ein mittlerweile globales Unbehagen unter kulturpolitischen Akteuren reagieren, welches aus einer unkritischen Behandlung von Kultur und Kreativität allein als Wirtschaftssektor resultiert. Es sind also Gegenkonzepte gefragt, zu denen ein breiteres Verständnis von Kulturökonomie beitragen kann.

Während die analytischen Ansätze in den Kreativwirtschaftsberichten 2008 und 2010 stark auf ökonomische Argumente und Indikatoren fixiert waren, erweitert der Bericht 2013 die Perspektive und rückt neben den monetären vor allem die nicht-monetären Dimensionen der Kreativwirtschaft in den Fokus. So lautet eine Hauptaussage des Berichts: Der Welthandel mit kreativen Gütern und Dienstleistungen hat sich zwischen 2002 und 2011 mehr als verdoppelt und beläuft sich in 2011 auf ca. 624 Milliarden US-Dollar. Zugleich ist ihr signifikanter nicht-monetärer Wert und ihr Beitrag zu sozialer Entwicklung, zum Dialog und zum Verständnis zwischen den Menschen zu berücksichtigen.

Der Bericht warnt deutlich vor einer rein marktorientierten Entwicklung lokaler Kulturen sowie einer unkritischen Übernahme von Konzepten der Kreativwirtschaft aus dem globalen Norden in Regionen des »sich entwickelnden« Südens. Zahlreiche Fallstudien im Bericht demonstrieren, in welcher Vielfalt in Entwicklungsländern Modelle, Institutionen oder Netzwerke der Kreativwirtschaft bereits entwickelt worden sind, die das Leben und die Lebensqualität vieler Menschen in lokalen Kontexten verbessert haben und die jeweils unterschiedlichen lokalen Bedürfnissen und Entwicklungspfaden folgen. Er verschweigt aber auch nicht, dass im Kampf gegen Ausbeutung, Armut und Hunger die Kreativwirtschaft kein Patentrezept ist. Klar aber ist, dass ein gesellschaftliches Entwicklungskonzept, das Wirtschaft nur über Wachstum oder den Beitrag zum Bruttosozialprodukt definiert, die heute existierenden globalen Herausforderungen nicht lösen wird, und zwar egal ob im Norden oder Süden. Das Schlusskapitel des Berichts identifiziert zehn Empfehlungen, von denen hier die Folgenden hervorgehoben werden: Anerkennung der nicht-monetären Werte der Kreativwirtschaft, die diese zusätzlich zum ökonomischen Mehrwert schafft; Entwicklung von Kultur als »Motor« und als »Ermöglicher« für ökonomische, soziale und ökologische Entwicklungsprozesse; Engagement in Süd-Süd-Kooperationen, um gegenseitiges Lernen zu unterstützen und um internationale Politikagenden für Entwicklung zu formulieren; Mainstreaming von Kultur in ökonomischen und sozialen Entwicklungsprogrammen auf lokaler Ebene, auch wenn konfrontiert mit konkurrierenden Prioritäten.

Dialog statt Gelder

Vier global agierende kulturelle Netzwerke – International Federation of Arts Councils and Cultural Agencies (IFACCA), Agenda 21 for Culture, International Federation of Coalitions for Cultural Diversity (IFCCD) und Culture Action Europe – haben im September diesen Jahres das Dokument »Kultur als Ziel in der Entwicklungsagenda nach 2015« veröffentlicht. Sie schlagen in Bezug auf die Post-2015 Entwicklungsagenden als oberstes Ziel die »Sicherung von kultureller Nachhaltigkeit für das Wohlbefinden aller« vor.

In den kommenden Monaten wird nach all diesen Interventionen die große Frage wohl sein, ob und wie Kultur und die Kreativwirtschaft als explizites Ziel in die UN Entwicklungsagenda nach 2015 eingeordnet wird.

Cornelia Dümcke ist Kulturökonomin und Geschäftsführerin von Culture Concepts

www.cultureconcepts.de

Exotik mitten in Hanoi

Zur Arbeit des Goethe-Instituts in Vietnam

LE QUANG

Im Anfang war das Wort

Beim Stichwort Exotik denkt man eher an Paul Gauguin und seine der Inspirationsquelle Südsee entstammenden Schönheiten, doch nicht an die deutsche Kultur, oder? Doch genau das ist gemeint, als sich Anfang der 90er Jahre in Hanoi einige Freunde der deutschen Sprache zusammensetzten und überlegten, wohl im Freudentaumel nach der deutschen Wiedervereinigung, wie etwas Sprache und Kultur aus den deutschen Landen nach Vietnam zu holen sei. Die meisten von ihnen freilich kannten nur das ostdeutsche Gegenstück des Goethe-Instituts namens Herder-Institut, das sie vor dem Studium in der ehemaligen DDR besuchten, obschon dieser Vergleich aufgrund der strukturellen Eigenheiten der Institutionen irreführend war. Die Gruppe trieb dabei an, dass damals in Hanoi nur mehr oder weniger dilettantisch ausgestaltete Deutschkurse angeboten wurden. Von mehr zu träumen war irreal, die deutsche Gegenwartskultur schien geradezu exotisch weit weg. Im Anfang war eben das Wort, wenn auch nicht gerade in reduzierbarem Sinne. Dass parallel dazu diesbezügliche Gespräche auf höherer Ebene liefen, wussten sie nicht, und sie ahnten auch nicht, dass es viel wuchtiger kam. In der Gestalt des Goethe-Instituts, in der Hang Duong-Straße, einem der betriebsamsten, umtriebigsten Orte in der Hauptstadt Vietnams. Das war 1997. Schon kurz nach der feierlichen Eröffnung war klar, dass mehr Räumlichkeiten vonnöten waren. Die »Exotik« aus Deutschland schlug derart ein, dass Ausstellungen ständig verlängert werden mussten, und vor den Veranstaltungen kam das Personal schon allein wegen der Frage ins Schwitzen, wie und wo denn alle Fahrräder und Mopeds der Besucher abzustellen waren. Der Umzug in das neue Gebäude mit Bibliothek und großer Veranstaltungshalle war daher 2003 ein Glücksfall, der dem Goethe-Institut nun eine volle Entfaltung in der Kulturszene erlaubte.

Während im alten Gebäude in der Altstadt die deutschen Filme die meisten Gäste anlockten, entdeckten jetzt die Künstler mit einem Schlag ein anderes Neuland mit Schwerpunkt auf moderne Kunstformen, die nicht zuletzt dank der neuen Räumlichkeiten des Goethe-Instituts und der unmittelbaren Nähe zum Museum der Schönen Künste sogleich viele Interessierte anzogen.

Neuland, nicht nur für Kunstschaffende

Noch heute erzählt man sich von der Ausstellung des postmodernen Malers Sigmar Polke, die zum ersten Mal den ironischen Begriff »Capitalist Realism« ins Land brachte. Vor allem unter den Studenten der Hanoier Kunsthochschule entbrannte eine Diskussion, bei der plötzlich Roy Lichtenstein, Gerhard Richter, Andy Warhol… nicht mehr wie extraterrestrische Wesen erschienen. Wenn jetzt 2013 ein junger vietnamesischer Maler wie Truong Tan seine postmodernen Bilder im Guggenheim Museum zu New York zeigen konnte, wäre es nicht übertrieben zu behaupten, dass seine schöpferische Eingebung sehr stark durch zahlreiche Begegnungen mit Werken und Künstlern aus einem anderen Kulturkreis geprägt wurde. Dazu tragen ausländische Kulturinstitute wie das Goethe-Institut ganz wesentlich bei.

Und auch dazu, dass das keine Einbahnstraße ist. Vietnamesische Künstler profitieren nicht nur von der Förderung, sei es durch einen Projektzuschuss oder die Bereitstellung von Räumen – im Wortsinne, wenn man die Raumknappheit im äußerst dicht besiedelten Hanoi kennt – sondern bereichern ihrerseits auch andere Kunstlandschaften. Wie der Künstler Nguyen The Son, der in der China Central Academy of Fine Arts in Beijing mit den Fotoreliefs »Houses facing the street« nicht nur eine ausgezeichnete Note, sondern auch von seinem chinesischen Mentor bescheinigt bekam, dass die Arbeit in ihrer peniblen Ausführungsqualität »sehr deutsch« sei. Kein Wunder, Letzterer hat in Deutschland studiert und sein Schützling konnte mit deutscher Unterstützung die besten Handwerker Hanois für sein Projekt aussuchen, das zuerst im Goethe-Institut gezeigt wurde.

Auch in Sachen Musik tut das Goethe-Institut sehr viel für die hiesige Entwicklung. Von Klassikkonzerten unter deutschen Gastdirigenten über zeitgenössische innovative Aufführungen im Musik- und Tanztheater bis hin zum Festival für elektronische Musik »Hanoi Sound Stuff« – stets sind vom Goethe-Institut eingeladene Musiker, Choreografen, Sänger etc. von Anfang an dabei und garantieren durch ihre intensive Zusammenarbeit mit den vietnamesischen Künstlern für einen großen und nachwirkenden Erfolg. Man muss sagen, dass große Namen wie die Berliner Philharmoniker oder die Tanzconnexions Asien-Pazifik-Europa Glanzpunkte setzen, doch ohne die nachhaltige Auswirkung auf die einheimische Kulturszene wäre der Erfolg auch nur ein halber gewesen. Wer das Tanzstück »Revolver besorgen« von Helena Waldmann und vietnamesische Zuschauer mit Tränen in den Augen erlebt hat, die sonst zumeist nur beschauliche, heitere Volkstänze zu sehen bekommen, ist überzeugt, dass ihre Gedanken zutiefst ge- und berührt werden; ein solches Erlebnis setzt Maßstäbe.

Die auswärtige Kulturarbeit – Lust und Last

Der kürzeste Weg der Kulturarbeit ist immer der audiovisuelle, schon wegen der schwer überwindbaren Sprachbarriere. Vietnam gilt in Asien als Land mit den meisten Deutschkundigen, aber das bedeutet nicht automatisch eine starke Nachfrage nach deutscher Literatur. In den Buchhandlungen liegen »Faust« oder »Blechtrommel« schwer wie Blei im Bücherregal. Die Gegenwartsautoren leiden erst recht darunter. In den letzten Jahren engagieren sich Goethe-Institut und einige Übersetzer und Verlage gemeinsam verstärkt dafür, deutsche Erfolgstitel für den vietnamesischen, von seichter Unterhaltungsliteratur überschwemmten Buchmarkt zu übersetzen. Durch die Übersetzungsförderung des Goethe-Instituts kommen aktuelle und bedeutende Autoren zu den vietnamesischen Lesern, wie Daniel Kehlmann (»Die Vermessung der Welt«), Richard David Precht (»Wer bin ich – und wenn ja, wie viele«), Marcel Reich-Ranicki (»Mein Leben«) und andere. Das Gleiche gilt für die jährlichen deutschen Filmwochen im September/Oktober, die bereits ein festes, gern erwartetes Ereignis in mehreren größeren Städten Vietnams geworden sind. Hier werden erfolgreiche, neue deutsche Filme gezeigt. Das Goethe-Institut sorgt nicht nur für ein aktuelles Bild von Deutschland und deutschen Befindlichkeiten, sondern hat außerdem mit der Gründung von »DocLab«, einem Dokumentarfilmstudio im eigenen Haus, ein Experimentierfeld für junge Filmemacher eingerichtet, die mit ihren Kurzfilmen sogar schon zu internationalen Festivals eingeladen werden.

FOTO: MASTER LU / FOTOLIA.COM

Geschäftiges Treiben auf einer Brücke in Hanoi

Doch genau hier trübt ein kleiner Wermutstropfen die Euphorie, in der man leicht die Differenzen, welcher Art auch immer, zwischen den beiden Welten Deutschland und Vietnam übersieht. »Goodbye Lenin«, ein heiteres Kinovergnügen für deutsche Zuschauer, könnte hier, wo der Einfluss aus Moskau noch immer gegenwärtig ist, einen kleinen Skandal auslösen. Bei »Das Leben der Anderen« sollte man gar nicht erst fragen, ob einheimische Kinos ihn zeigen könnten – die Zensur würde das verhindern. »Mo mieng (Mund auf)«, eine Gruppe von unbequemen Literaten, durfte vor einer geplanten Lesung im Goethe-Institut Hanoi den Koffer packen und zurück nach Saigon reisen. Vielen Performances geht es nicht besser. Nun muss man berücksichtigen, dass Vietnam und erst recht seine Kulturszene sich erst zu Beginn der 1990er-Jahre öffnete bzw. ganz allmählich öffnen durfte. Ein ganz behutsamer Umgang mit der rigiden Zensurbehörde war also unabdingbar erforderlich, was bei den asiatischen Empfindlichkeiten viel Fingerspitzengefühl verlangt. Doch das ist auch Kunst, oder gar Kultur, oder? Natürlich ist es einfacher, zu Weihnachten Glühwein und Weihnachtslieder anzubieten. Natürlich ist es unverfänglicher, mit Künstlern aus sechs asiatischen Ländern ein Umweltprojekt künstlerisch umzusetzen. Aber das treue Publikum will mehr und schätzt das Goethe-Institut gerade, weil es auch heiße Eisen anpackt. Und mit der Zeit ziehen auch mehr und mehr örtliche Kulturinstitutionen und europäische Partner mit. Die junge Kim Ngoc, eine in Deutschland fortgebildete Avantgarde-Komponistin, die schon mehrere Projekte mit dem Goethe-Institut realisiert hat, wirkt immer etwas mutlos, wenn sie von ihrer Arbeit redet: »Ich fühle mich ganz schön allein in Vietnam«. Liebe Kim Ngoc, da muss man sich wieder der deutschen, der schweren Sprache bedienen: »Gut Ding will Weile haben.« Das Goethe-Institut hat jedenfalls in Vietnam bewiesen, dass es einen langen Atem hat.

Le Quang ist Übersetzer und Dolmetscher

Kreatives Europa am Start

Ein langer Weg bis zur endgültigen Annahme

BARBARA GESSLER

Seit dem ersten Januar sind die Uhren der europäischen Finanzierung gleichsam wieder auf Null gestellt. Die siebenjährige Finanzvereinbarung gibt auch den Rahmen für alle Förderungen und Programme auf europäischer Ebene vor. Dieser Zusammenhang ist auch die Erklärung dafür, warum das Programm Kreatives Europa bis zuletzt verhandelt und, obwohl von der Europäischen Kommission bereits im November 2011 vorgeschlagen, erst am 5. Dezember 2013 endgültig angenommen wurde. Schon länger waren sich alle drei Institutionen, also neben Kommission auch das Parlament und die Mitgliedstaaten, über die inhaltliche Ausgestaltung einig gewesen, jedoch es fehlte besonders in den Hauptstädten der Wille und sicher bisweilen auch die Möglichkeit, die von der Kommission vorgeschlagene Erhöhung um mehr als dreißig Prozent mitzutragen. Dass das Programm nun ein um neun Prozent höheres Volumen hat, ist in Zeiten nicht unerheblicher Kulturbudgetkürzungen in den meisten Staaten daher ein echter Erfolg! Dass dieser möglich wurde, liegt auch daran, dass glaubhaft vermittelt werden konnte, dass Kultur und Kreativität eine lohnende Investition sind, da Arbeitsplätze geschaffen und Innovation befördert wird. Gleichzeitig stellt das neue Programm unzweideutig klar, dass die wirtschaftlichen Aspekte bei der Förderung nicht im Vordergrund stehen, sondern dass der ureigene Wert von Film und Kultur ausschlaggebend ist. Wie schon in den Vorgängerprogrammen Kultur 2007 und MEDIA bleiben die Förderung der kulturellen Vielfalt und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Akteure wesentliche Elemente für die Auswahl. Erfahrungen im Umgang mit der Herausforderung eines digitalen Umfelds etwa werden von Theatern, Museen oder Kinobetreibern gemacht, im Austausch darüber können alle voneinander lernen. Ähnliches gilt für die Professionalisierung von Kulturschaffenden etwa, die schon allein durch direktes Erleben, wie und was andernorts gelehrt oder angeboten wird, neue Erkenntnisse für ihre eigene Karriere gewinnen können. Dieses wird nicht nur für Kooperationsprojekte zwischen drei oder sechs Partnern gelten, sondern auch für europäische Netzwerke, wo solcher Austausch systematisch und zugunsten der Mitglieder passiert, in Treffen, Seminaren oder Workshops. Die bestehenden kleineren Netzwerke sollen Synergien schaffen können, indem sie sich zusammenschließen, etwa auf sektorieller Basis. Kooperationsprojekte können bis zu vier Jahre dauern und natürlich sowohl klein und experimentell oder größer und auf nachhaltigere Wirkung ausgerichtet sein, sich um Koproduktionen und deren Touren drehen. Für diesen Schwerpunkt wird der größte Haushaltsanteil zur Verfügung stehen. Eine echte Innovation bildet die neue Aktion der Plattformen, die besonders solchen Talenten, die kurz vor dem Durchbruch in ihrem eigenen Land stehen, Chancen eröffnen soll, aber auch Playern mit ausgeprägt europäischem Programm eine öffentlichkeitswirksame Sichtbarkeit verschaffen, wie es sie z.B. im Kinobereich als Europacinemas bereits gibt. Die große Neuerung für die Übersetzung literarischer Werke ist die Unterstützung der Bewerbung der übersetzten Bücher etwa durch Auftritte und Lesungen der Autoren z.B. auf Buchmessen. Der gemeinsame

Wirtschaftliches Interesse darf nicht im Vordergrund stehen

Rahmen für die Filmförderung und den Kulturbereich schafft nicht nur explizit Möglichkeiten für interdisziplinäre Projekte, sondern zeichnet sich auch die besondere Berücksichtigung der Zuschauerentwicklung in beiden Programmen aus. Erstmals steht also nicht nur das Angebot im Mittelpunkt, sondern auch die Nachfrage. Hiermit ist ausdrücklich nicht nur mehr, sondern auch anderes Publikum gemeint, wie es zu Teilnahme angeregt wird. Neu ist auch die Öffnung für die Nachbarstaaten der EU, ein Zeichen der Solidarität in Zeiten des Umschwungs. Das Finanzinstrument, das beiden Sektoren, in Europa durch eine Struktur aus mittleren und kleineren Unternehmen geprägt, einen besseren Zugang zu Krediten erlauben soll, ist zunächst verschoben worden, um die Mittel für die bestehenden Programme nicht zu gefährden. Bis 2016 besteht also besonders für den Kulturbereich noch die Möglichkeit, Optionen für eine solche Unterstützung zu eruieren. Für die beiden klassischen Unterprogramme sind die ersten Einreichtermine im Februar oder März, für Kooperationsprojekte folgt ein zweiter Termin im Herbst. Netzwerke müssen um mögliche Anschlussfinanzierung nicht bangen, vielmehr ist mehr Flexibilität für ihre Ausgaben vorgesehen. Es liegt in der Natur der Sache, dass nicht alle Strukturen mit reinem »Weiter So« und auf Zuruf unterstützt werden können, die transparente und auf Expertenbeurteilung beruhende Auswahl bleibt bestehen. Ein großer Vorteil für eine gleichberechtigte europäische Förderung.

Barbara Gessler ist Referatsleiterin Kultur bei der Exekutivagentur Bildung Audiovisuelles und Kultur

Exile vernetzen

Seit dem 18. September ist die virtuelle Ausstellung »Künste im Exil« online

SYLVIA ASMUS UND JESKO BENDER

Der Kontakt zu einem Verlag, die Unterstützung durch Freunde und die Anbindung an Medien seien von großer Bedeutung für einen Künstler im Exil, gibt der seit 2011 im deutschen Exil lebende chinesische Schriftsteller Liao Yiwu in einem Interview für die virtuelle Ausstellung »Künste im Exil« (kuenste-im-exil.de) an und dazu passt, dass er das Interview gemeinsam mit seiner Freundin und Unterstützerin Herta Müller gibt.

Der Stellenwert von Netzwerken im Exil, den Liao Yiwu hier skizziert, beschäftigt seit einigen Jahren auch die Exilforschung. Die Netzwerke sind dabei ganz unterschiedlich ausgeprägt: als Netzwerke von Exilanten, als Netzwerke zwischen exilierten Künstlern und Verlagen, Institutionen und Personen des Zufluchtslandes, aber auch als Verbindungen ins Herkunftsland. In jedem Fall ist das Vorhandensein solcher Netzwerke entscheidend für die Möglichkeiten künstlerischer Produktion im Exil.

»Künste im Exil« nimmt den Gedanken des Netzwerks in mehrfacher Hinsicht auf. Die Exponate der virtuellen Ausstellung stammen aus Beständen von Archiven und Museen im In- und Ausland. Ein Zusammenschluss aus inzwischen rund 30 Institutionen, darunter Museen, Archive, Forschungseinrichtungen und Initiativen, bilden das Netzwerk »Künste im Exil«. In diesem Netzwerk werden aktuelle Forschungspositionen und die konzeptionelle Ausrichtung der virtuellen Ausstellung diskutiert. Die Ausstellung wurde bewusst als virtuelle Ausstellung konzipiert: Das Internet bietet ganz spezifische Möglichkeiten der Vernetzung von Exponaten und inhaltlichen Beiträgen.

Auf Wunsch des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Bernd Neumann, hat das Deutsche Exilarchiv 1933-1945 der Deutschen Nationalbibliothek im Jahr 2012 die Federführung und Koordination der virtuellen Ausstellung übernommen. Gemeinsam mit den Agenturen Iglhaut + von Grote und]Init[AG wurde das inhaltliche und technische Konzept der virtuellen Ausstellung erarbeitet. An der Entwicklung des inhaltlichen Konzepts war zudem von Anbeginn an das Deutsche Literaturarchiv Marbach beteiligt, das auch den museumspädagogischen Bereich der virtuellen Ausstellung konzipiert hat. Das Projekt »Künste im Exil« wird von einem Beirat begleitet.

Exil – im Laufe der Geschichte ein facettenreiches Phänomen

»Künste im Exil» wendet sich den Künsten unter den Bedingungen des Exils zu, und zwar von 1933 bis zur Gegenwart. Das Anliegen der virtuellen Ausstellung ist es, das Exil von Künstlern in seiner ganzen Vielschichtigkeit zu zeigen und in der gegenwärtigen deutschen Erinnerungskultur zu verankern. Dabei steht in Deutschland das Thema Exil unter ganz besonderen Vorzeichen, denn Exil bedeutet hier sehr gegensätzliche Phänomene: Waren in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft zwischen 1933 und 1945 tausende von Künstlern gezwungen, sich ins Exil zu flüchten, so wurden die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik nach 1945 zu Ländern, in denen verfolgte Künstler – teilweise sogar vom einen ins andere Deutschland emigrierend – Zuflucht suchten. Bis heute suchen auch in der Bundesrepublik Deutschland verfolgte Künstler Zuflucht.

»Künste im Exil« widmet sich vor dem facettenreichen Hintergrund des Phänomens den Künsten und Künstlern im Exil. Die Ausstellung orientiert sich in ihrem konzeptionellen Aufbau nicht an historischen Epocheneinteilungen, sondern wendet sich vielmehr den Gemeinsamkeiten und den Unterschieden des Phänomens Exil zu. Die Ausstellung nimmt mit dieser Herangehensweise auch aktuelle Positionen der Exilforschung auf. Sie stellt die Frage danach, was Exil ist, und daran anschließend die Frage, was »Exil-Kunst« sein könnte, neu.

Das Ausstellungskonzept macht sich die technischen Möglichkeiten des Internet zu eigen und verknüpft über kuratierte Galerien Exponate miteinander, die von den unterschiedlichsten Orten stammen und unterschiedlichen Kunstsparten, Material- und Medientypen zuzuordnen sind. Jedes in der Ausstellung gezeigte Exponat ist über eine kuratierte Verlinkungsstruktur mit weiteren Ausstellungsstücken verknüpft. Der intellektuellen Verknüpfung von Exponaten kommt daher in dem Projekt eine besondere Bedeutung zu, gerade weil es keinen festgelegten Kriterienkatalog zur Verknüpfung gibt. Aber auch die Besucher der Ausstellung nehmen eine zentrale Rolle ein, wenn sie sich durch die Verlinkungsstrukturen bewegen: Sie folgen keinem festgelegten Weg durch die Ausstellung, sondern jeder Nutzer legt einen eigenen, explorativen Weg durch die Ausstellung zurück und kann dabei eine eigene Vorstellung von »Künsten im Exil« »erklicken«.

Muss man erst in Lebensgefahr sein, um als Exilant anerkannt zu werden?

Auf diese Weise werden sowohl Verbindungslinien zwischen Exponaten und zeitlichen Epochen hergestellt, als auch Ausstellungsstücke der verschiedensten Institutionen miteinander verknüpft. Ein Weg durch die Ausstellung könnte folgendermaßen aussehen: Wählt man von der Startseite das Porträt von Herta Müller, gelangt man zu einem Personeneintrag, von dem aus man mit einem Klick auf das bereits erwähnte Videointerview mit Herta Müller und Liao Yiwu kommt. Dieses Video ist eingebettet in eine kuratierte Galerie, die zum Beispiel zum Titelbild der deutschen Ausgabe von Liao Yiwus Buch »Für ein Lied und hundert Lieder« führt. Lässt man sich über den Button »Bildergalerie aktualisieren« die Ausstellungsstücke anzeigen, die mit Liao Yiwus Publikation verknüpft sind, stößt man unter anderem auf ein Exponat, das von der Gegenwart in die Zeit des Nationalsozialismus führt: John Heartfields Buchumschlag für das 1933 erschienene »Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror«. Verknüpft sind diese beiden so verschiedenen Bücher miteinander, weil sie – freilich auf ganz unterschiedliche Weise – Erfahrungen von Verfolgung, Internierung und Folter behandeln und sich dabei mitunter an den Grenzen von faktischer, literarisierter und fiktionalisierter Berichterstattung bewegen.

Lässt man sich wiederum die Exponate anzeigen, die mit Heartfields Buchcover verknüpft wurden, so wird man unter anderem auf den tschechoslowakischen Reisepass von Heartfield geführt, dieser wiederum ist mit weiteren (echten und gefälschten) Ausweisdokumenten, unter anderem von Katia und Thomas Mann, vernetzt. Auf dem eben beschriebenen Klickweg hat man so nicht nur viele Jahre in die deutsche Geschichte zurückgelegt, sondern zugleich Ausstellungsstücke ansehen können, die das Deutsche Literaturarchiv Marbach, die Akademie der Künste und das Deutsche Exilarchiv 1933-1945 der Deutschen Nationalbibliothek zu der virtuellen Ausstellung beigesteuert haben.

Sylvia Asmus ist Leiterin des Deutschen Exilarchiv 1933-1945 der Deutschen Nationalbibliothek.
Jesko Bender ist Projektkoordinator von »Künste im Exil«

Nicht nur ein Ort der Begegnung

Die Sehitlik Moschee in Berlin

LINNEA KEILONAT

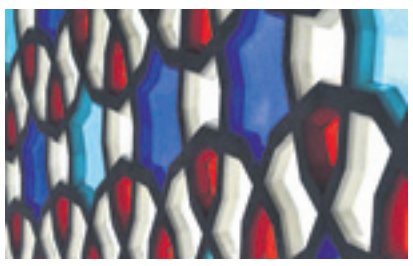

FOTO: SEHITLIK MOSCHEE

Seit etwa neun Jahren steht auf dem über 200 Jahre alten islamischen Berliner Friedhof die nach osmanischem Vorbild erbaute Sehitlik Moschee. Als Vorbild diente die osmanische Architektur des 16. und 17. Jahrhunderts. Der erste ansässige Botschafter des Osmanischen Reiches unter der Herrschaft von Sultan Selim III. war der Dichter und Mystiker Ali Aziz Efendi. Er kam am 3. Juni 1797 unter der preußischen Regierung von König Friedrich Wilhelm III. nach Berlin und ist am 29. Oktober 1798 in Berlin verstorben. Bei dem Baukomplex der Sehitlik Moschee handelt es sich um ein Kulturzentrum mit einer Moschee. Unterschiedliche Räumlichkeiten bieten hier Platz für verschiedene Anlässe. Das Kellergeschoss wird als Mehrzweckhalle für Konferenzen, Tagungen und festliche Anlässe wie Hochzeiten und Beschneidungsfeiern genutzt. Das Erdgeschoss dient als Gebetsraum und wird in der Zukunft als Versammlungsraum und Ersatzgebetsraum verwendet werden. Die eigentliche Moschee befindet sich im ersten Obergeschoss. Der Anbau wird bis zum Frühjahr 2014 fertiggestellt und soll in Zukunft vor allem Platz bieten für die stetig wachsenden kulturellen Aktivitäten der Moschee.

Die Sehitlik Moschee dient den Muslimen der angrenzenden Bezirke, vor allem Neukölln und Kreuzberg, als Gebetsstätte, die Gebetssprache ist Türkisch und Arabisch. Die Freitagspredigt wird auch auf Deutsch vorgelesen. Daneben finden in der Moschee auch die meisten Begräbniszeremonien der islamischen Gemeinde Berlins statt. Da die Moschee neben den religiösen auch gesellschaftliche Aufgaben hat und als Gemeindezentrum dient, ist es wichtig für diese Zwecke Räumlichkeiten zu bieten. Täglich werden zwei bis vier Moscheeführungen mit Schulgruppen, Seniorenclubs, der Polizei, Bundeswehr, sozialen Einrichtungen, kirchlichen Gruppen und weiteren Interessierten durchgeführt. Jährlich erleben so ca. 10.000 Besucher muslimisches Leben in Berlin. Diese Öffentlichkeitsarbeit ist ein zentraler Bestandteil des Dialogs. Es werden Fragen zur Einrichtung, zum Glauben aber auch zu persönlichen Einstellungen, Diskriminierungserfahrungen und dem alltäglichen Leben als Muslim in der Gesellschaft gestellt. Durch Dialog erfolgt Aufklärung und durch Begegnung entsteht Nähe. Die meisten Führungen werden ehrenamtlich angeboten, was die Besonderheit daran erkennbar werden lässt. Die Moscheeführer sind meist junge Studenten, die seit längerer Zeit auch aktive Zuhörer der Mittwochsunterrichte sind, an denen es um die Vermittlung von Glaubensinhalten geht, theologischer und spiritueller Natur. Sie haben ein Interesse daran, ihren Lebensalltag und ihren Glauben mit den Besuchern zu teilen und so einander Brücken der Begegnung zu bauen.

Seit einiger Zeit ist die Sehitlik Moschee zudem ein Ort geworden, an dem verschiedenste Veranstaltungen zu den unterschiedlichsten Themen angeboten werden. Von regelmäßigen Veranstaltungen, wie dem alljährlichen Tag der offenen Moschee am 3. Oktober, dem Ramadanfest und der Langen Nacht der Moscheen, über Vortragsreihen zu psychischen und physischen Themen wie Depression, Raucherentwöhnung u.a. Immer häufiger finden Vorträge zum Thema Islam und Gesellschaft aber auch zu Themen wie politischer Partizipation von Jugendlichen, »Scriptural Reasoning«, einer Art gemeinsamen Lesens und Verstehens verschiedener heiliger Schriften, bis hin zu Fortbildungen für unterschiedliche Multiplikatoren, Gebärdensprachenunterrichte, Antidiskriminierungsworkshops etc. statt.

Die Sehitlik Moschee hat sich zum Ziel gesetzt, in Zukunft ein noch breiteres Angebot an Seminaren, Fortbildungen, Vorträgen und Veranstaltungen zu Themen anzubieten, die nicht nur die muslimische Gemeinde, sondern alle Menschen anspricht. Jahrelange Kooperationen mit öffentlichen Trägern, den Kirchen und Synagogen, der Polizei, dem Quartiersmanagement und anderen Bildungseinrichtungen, legen hier das Fundament eines gut funktionierenden Netzwerkes und Austausches. Eine Bibliothek mit deutscher, türkischer und englischer Literatur wird allen Interessierten offenstehen. Angestrebt ist es, die Moschee zu einem noch attraktiveren Ort für gemeinsame Bildungsveranstaltungen werden zu lassen.

Wir lernen als Erwachsene und Kinder unterschiedlich, die Möglichkeiten in einer Stadt wie Berlin sind beinahe unbegrenzt um uns je nach Interesse und Belieben zu informieren, in kulturellen, politischen gesundheitlichen Themen, Fragen der Umwelt und Nachhaltigkeit und vielen anderen. Moscheen werden meist ausschließlich als religiöse Orte wahrgenommen, was an der relativ kurzen Geschichte der Einwanderung und Entwicklung der Moscheegemeinden in Deutschland liegt und ihrer bis dato vereinsbasierten Organisationsstruktur und der fehlenden Anerkennung des Islam als Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Diese würde eine Erleichterung in Fragen der Finanzierung und der Kooperation mit staatlichen Bildungsträgern, in Fragen des Religionsunterrichts an Schulen und anderen relevanten Entscheidungsfunktionen mit sich bringen. Inzwischen sind Moscheen Orte an denen nicht nur Muslimische Mitbürger einen religiösen oder intellektuellen Nutzen haben, sondern auch christliche oder nicht gläubige Mitbürger. Moscheen waren seit jeher nicht nur Stätten des Gebetes, sondern der Begegnung und Bildung. Bildung schloss auch zu Zeiten des Propheten Mohameds jede Art von Wissenschaft ein, die dem Menschen und der Schöpfung und dem bewahrenden Umgang damit diente. So schloss er Verträge mit Nicht-Muslimen, ließ seine frühe Gemeinde zu einem christlichen Herrscher auswandern, damit sie sich in Sicherheit wähnen konnten und förderte zu seinen Lebzeiten das Erlernen von Lesen und Schreiben und die Weitergabe von Wissen. Moscheen lagen auch in Zeiten nach dem Tode des Propheten meist inmitten eines Stadtzentrums, umgeben von Bibliotheken, Krankenhäusern und Märkten, als aktiver Teil eines gut funktionierenden sozialen Gefüges und intellektuellen Austauschs.

In dieser Tradition möchten wir als Gemeinde mit offenen Türen alle Interessierten einladen sich über unsere Homepage www.sehitlik-camii.de über unsere Moscheeführungen und aktuellen Veranstaltungen zu informieren und laden Sie ganz herzlich ein uns zu besuchen!

Linnéa Keilonat ist Kulturwissenschaftlerin und Erwachsenenpädagogin. Sie ist im Frauenvorstand der Sehitlik Moschee

Auf Herz und Nieren

10 Fragen an Barbara Ettinger-Brinckmann und Martin Maria Krüger

Barbara Ettinger-Brinckmann, Präsidentin der Bundesarchitektenkammer

Martin Maria Krüger, Präsident des Deutschen Musikrates

FOTOS: ETTINGER-BRINCKMANN: TILL BUDDE / KRÜGER: DMR

1

Vor welcher großen Herausforderung steht Ihr Verband in den nächsten Jahren?

Martin Maria Krüger: Stärkung der schulischen und vorschulischen musikalischen Bildung als Grundlage aktiver und passiver Teilhabe am Musikleben für jedes Kind und jeden Jugendlichen.

Barbara Ettinger-Brinckmann: Der Berufsstand des Architekten als freier Beruf ist im Visier der europäischen Wettbewerbs- und Dienstleistungspolitik. Wir Architekten und Stadtplaner müssen daher Politik und Gesellschaft mit unserer Qualifikation und Leistung überzeugen, um Berufsbezeichnung und Berufsfeld zu sichern. Unser Aufruf an die Bauherren: »Do it with an architect!«

2

Welche Schwerpunkte möchten Sie in Ihrer Arbeit setzen?

Krüger: Musikalische Bildung im Zeichen der Ganztagsschule, einen Musikfonds zur Förderung aktueller Musik, Schutz und Wert des geistigen Eigentums, verstärkte Vernetzung Richtung Europa, Sicherung der Künstlersozialkasse.

Ettinger-Brinckmann: Als Querschnitts-, als alles durchdringende Aufgabe muss die Förderung der Baukultur im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen: Jedes einzelne Gebäude, jede Straße, jeder Platz bestimmt die Gestaltung unserer Städte, unserer Umwelt. Es ist gemeinsame Aufgabe von Bauherren, Stadtplanern, Architekten und Öffentlichkeit hier auf höchste Qualität zu setzen: Kein Haus ist nur privat, es ist immer auch öffentlich. Deshalb sollten Wettbewerbe als qualitätsicherndes Instrument das Regelverfahren bei der Vergabe von Planungs- und Bauaufgaben sein.

3

Welche Komposition sollte unbedingt unter den Schutz der UNESCO gestellt werden?

Krüger: Wichtiger ist der Schutz durch die GEMA! Die 9. Beethoven bedarf des Schutzes nicht, eher ein noch nicht geschriebenes gemeinsames Oratorium eines jüdischen Komponisten und einer palästinensischen Komponistin.

Ettinger-Brinckmann: Die Schönheit eines Ortes wird nicht durch ein Gebäude allein geprägt, sondern gerade durch eine Vielfalt hervorragender Bauten und ihr Zusammenspiel.

4

Menschen sollten sich mit kulturpolitischen Fragestellungen beschäftigen, weil…

Krüger: …»Kultur […] Lebensweise des Menschen (ist). Sie ist die Substanz, um die es der Politik zu gehen hat.« (Richard v. Weizsäcker 1987)

Ettinger-Brinckmann: …ohne öffentliche Aufmerksamkeit der Politik die Kultur abhanden kommen könnte.

5

Welches besondere literarische oder vertonte Sammlerstück wird in Ihrem Zuhause liebevoll abgestaubt, statt in den Müll zu wandern?

Krüger: Der völlig unbekannte französische Saxophonist Gérard Meyniel mit Orgelbegleitung – Mono –, 1969 gehört in einer Kirche am Cap Ferret, mit »Recital No.1«, lauter Schmankerl von Albinoni bis Lalo.

Ettinger-Brinckmann: Lass‘ es doch lieber Staub ansetzen! Nein: in der Literatur ist es für mich Homo Faber von Max Frisch und in der Musik Leonhard Cohens Suzanne, die ich niemals in den Müll befördern würde.

6

Mit welchem Staatsmann würden Sie sich gerne auf ein Glas Wein treffen, um über Kulturpolitik zu reden?

Krüger: Angesichts der möglichen Auswirkungen des angestrebten Transatlantischen Handelsabkommens TTIP auf unsere gesamte Kulturförderung mit Herrn Barroso.

Ettinger-Brinckmann: Ein Stündchen mit Herrn Barroso wäre schön, denn von der EU wird der kulturelle, der regionale Aspekt des Bauens immer mehr dem ökonomischen untergeordnet. Dann könnte ich ihm sagen, dass es Quatsch ist, die Auftragsvergabe bei den Architekten nach dem günstigsten Honorar zu vergeben, weil das im Gesamtlebenszyklus des Gebäudes eine minimale Rolle spielt, und dass es ebenso Quatsch ist, die Planung einer ländlichen Schule in Nordhessen von Finnland bis Portugal ausschreiben zu müssen.

7

Die Bebauung auf dem Berliner Alexanderplatz lässt in mir die Melodie von xy erklingen.

Krüger: Dazu ist mir noch nie Musik eingefallen.

Ettinger-Brinckmann: Die Bebauung auf dem Berliner Alexanderplatz lässt in mir die Melodie von »Spiel mir das Lied vom Tod« erklingen.

8

Für die Aneignung welches Kunstwerks würden Sie die Grenzen des Legalen ausdehnen?

Krüger: Für keines. Wenn ich sie legal erwerben könnte, die »Geburt der Venus« von Botticelli (Uffizien).

Ettinger-Brinckmann: Wie schön, aber auch welche Herausforderung, dass Architektur so gut wie immer im Blick der Öffentlichkeit steht und jeder sich das gebaute Kunstwerk aneignen kann, ohne es dem anderen zu entziehen.

9

Als Architektin bzw. als Schlagzeuger und Gitarrist werde ich den Moment nie vergessen, als…

Krüger: … ich 1977 mit Siegfried Behrend in der Berliner Philharmonie spielte.

Ettinger-Brinckmann: Als Architektin werde ich den Moment nie vergessen, als der Bau des Hauses, für das wir im Architekturwettbewerb zu Recht den 1. Preis gewonnen hatten, am Tag vor der Baugenehmigung abgeblasen wurde.

10

Die Elbphilharmonie ist aus musikalischer/architektonischer Sicht…

Krüger: … ein Griff nach den Sternen, die mit großen Umwegen erreicht werden: »per aspera ad astra«.

Ettinger-Brinckmann: Die Elbphilharmonie ist aus architektonischer Sicht sowohl Highlight wie Katastrophe, denn sie steht zugleich für kühne architektonische Gestaltung wie für dramatisches Missmanagement der Verantwortlichen.

BUNDESARCHITEKTENKAMMER (BAK)

Zusammenschluss der 16 Länderarchitektenkammern in Deutschland. Die BAK vertritt auf nationaler und internationaler Ebene die Interessen von 126.899 Architekten gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Auch wenn Architekten- und Bauordnungsrecht grundsätzlich Ländersache sind, fallen viele Entscheidungen in Berlin oder Brüssel. Seit Mitte September ist Barbara Ettinger-Brinckmann Präsidentin der Bundesarchitektenkammer.

DEUTSCHER MUSIKRAT

Dachverband für alle Bereiche des Musiklebens. Das kulturpolitische Sprachrohr für 90 länderübergreifende Fachverbände, die 16 Landesmusikräte sowie zahlreiche Einzel- und Ehrenmitglieder. Die Projekte des Deutschen Musikrates sind in der gemeinnützigen Projektgesellschaft zusammengefasst. Martin Maria Krüger wurde Mitte Oktober als Präsident des Deutschen Musikrates bestätigt.

Und willst Du nicht mein Bruder sein…

Gedanken zum Reformationsjahr aus jüdischer Sicht

STEPHAN J. KRAMER

Vom 500-jährigen Jubiläum der Reformation trennen uns noch vier Jahre, doch wird bereits weit im Vorfeld über die Reformation debattiert, mal pietätvoll, mal kritisch, mal theologisch und dann wieder politisch. Eigentlich verständlich, handelte es sich beim Beginn der Reformation um ein monumentales Ereignis in der Geschichte Deutschlands, des Christentums und des Abendlandes.

Ich maße mir nicht an, zu der innerchristlichen Diskussion über Luther und die Reformation beizutragen. Vielmehr möchte ich das Thema von Luthers Verhältnis zum Judentum und auf die historische Relevanz von Luthers Judenfeindschaft aus jüdischer Sicht aufgreifen.

Luther 2017

Mit dieser Kolumne begleiten wir das Reformationsjubiläum.

Dass Martin Luther ein Antisemit war, ist heute, glaube ich, unumstritten. Ich weiß wohl, dass es ein populäres Zitat aus seiner Schrift »Dass Jesus Christus ein geborener Jude sei« gibt. Dort sagte der Reformator, wenn er ein Jude gewesen wäre und die Christen gesehen hätte, so wäre er »eher eine Sau als ein Christ« geworden. Gelegentlich wird dieses Zitat als ein Zeichen für eine freundliche Gesinnung Luthers gegenüber den Juden propagiert. In Wirklichkeit war Luther durch und durch mit der damals vorherrschenden kirchlichen Auffassung einverstanden, das Judentum habe keine Existenzberechtigung.

Mit Blick auf die Juden ging es ihm darum, sie erfolgreicher zum Christentum bekehren zu können, wenn die von ihm geforderten Änderungen der Kirche erst durchgesetzt worden seien. Als diese Hoffnung nicht aufging, zeigte Luther seine Judenfeindschaft wieder ganz unverhohlen. In der Schrift »Von den Juden und ihren Lügen« forderte er Christen auf, Synagogen, jüdische Häuser und jüdische Religionsbücher zu verbrennen.

Wer also von Luthers »enttäuschter Liebe zu den Juden« spricht, verkennt den Kern der Sache. Wie es die Kirche seit der Frühphase ihrer Existenz getan hatte, sprach auch Luther den

Mehr als »enttäuschte Liebe« zu den Juden

Juden nach dem Erscheinen von Jesus die Existenzberechtigung als Juden ab. Und da die Juden trotz Luthers Hoffnungen ihrem Glauben treu blieben, ließ er den alten Judenhass ganz offen aufflammen. Das war keine enttäuschte Liebe. Das war der Zorn auf einen Unwürdigen, der sich dem Willen des Gebieters nicht beugt.

Hier hat Luther also nichts reformiert, sondern das Grundprinzip des christlichen Antijudaismus trefflich verwendet: Den Juden wird das Recht auf das Dasein abgesprochen. Das Judentum darf es eben nicht geben.

Die praktische Umsetzung dieses Prinzips fand im Laufe der Jahrhunderte diverse Formen, von der Zwangstaufe über Ghettoisierung – so wohnten die Juden wenigstens nicht unter den »reinen« Christen – bis hin zur Vertreibung. Die Nazis zogen aus der Ablehnung jüdischer Existenz schließlich die radikalste Konsequenz, die physische Vernichtung. So ist die Shoa durchaus im Zusammenhang mit der jahrtausendelangen Verneinung des Rechts der Juden auf Existenz zu sehen. An dieser Vorläufertradition hat Martin Luther einen nicht unerheblichen Anteil – und zwar nicht nur wegen des von ihm zu seinen Lebzeiten verbreiteten Judenhasses, sondern auch wegen der Wirkungsgeschichte seiner antisemitischen Lehren.

Nun geht es natürlich nicht darum, das Christentum als einen Vorläufer des Nazitums darzustellen, auch nicht implizit. Es gab ja auch zu Luthers Zeiten die andere Position – etwa bei Philipp Melanchthon oder seinem Onkel Johannes Reuchlin. Und natürlich sind die Kirchen von heute, weder die evangelische noch die katholische, mit Blick auf ihr Verhältnis zu Juden dort, wo sie vor Jahrhunderten, ja noch vor Jahrzehnten waren. Heute gehört die Anerkennung des Judentums zur Grundüberzeugung der Mehrheiten der beiden Konfessionen. Indessen ist ein historischer roter Faden des Antisemitismus, der sich durch viele Bereiche der abendländischen Geschichte zieht, auch hier nicht zu verkennen. Wenn die evangelische Kirche in Deutschland ein halbes Millennium seit Luthers Thesen feiert, sollte sie auch Luthers Antisemitismus als Teil ihrer Geschichte bewusst thematisieren.

Juden müssen keine Christen werden

Keine existenzielle Gefahr für uns heutige Juden, aber doch ein unnötiges Ärgernis sind Missionierungsversuche, wie sie von bestimmten evangelikalen Kreisen in Deutschland betrieben werden. Wer Juden die Heilsfähigkeit abspricht, spricht dem Judentum letztendlich ebenfalls die Daseinsberechtigung ab. Das ist beleidigend.

Selbstverständlich weiß ich, dass es in der EKD massiven Widerstand gegen die Judenmission gibt. Sehr eindeutig hat es im Jahr 2009 der damalige Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland Nikolaus Schneider formuliert: »Nach meiner festen Überzeugung beschreiten Christinnen und Christen, Kirchen und ihre Missionsgesellschaften einen theologischen Irrweg, wenn sie im Namen des Evangeliums versuchen, Jüdinnen und Juden von jüdischem Glauben und jüdischer Lebensgestaltung abzubringen und sie zu Mitgliedern christlicher Gemeinden zu machen. «

Es wäre zu wünschen, dass diese Position von der evangelischen Kirche noch umfassender vertreten wird, und zwar nicht nur aus politischen, sondern eben ganz klar aus theologischen Gründen. Das Reformationsjahr und die Vorbereitung darauf sind eine gute Gelegenheit zu betonen, dass Juden als Juden die Heilsfähigkeit besitzen und dazu nicht erst Christen werden müssen. Eine Festigung dieser Aussage in allen Bereichen und auf allen Ebenen des evangelischen Lebens – das gilt natürlich auch für die katholische Kirche – würde den jetzt schon fruchtbaren Dialog zwischen Juden und Christen weiter fördern und das geistige Fundament unserer Gesellschaft stärken.

Stephan J. Kramer ist Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland

Im Mittelpunkt des Interesses muss immer der Mensch stehen

Zum kulturpolitischen Wirken der Politikerin und ehemaligen Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth

HILMAR HOFFMANN

Wohl kein anderer konnte mit einer ähnlich breiten Ideenpalette für die kulturelle Stadtentwicklung die Bürgerschaft über eine lange Amtszeit so begeistern wie die erste Frau an der Spitze unserer hektischen hessischen Bankenmetropole: Petra Roth hat am Main exemplarische Maßstäbe für Deutschlands Kommunen gesetzt.

Petra Roth war die Kultur zur zweiten Natur geworden; wie keiner ihrer Vorgänger nach 1945 fühlte sie sich dem Universum der Kultur vorzüglich als politische Ermöglicherin zugehörig. Roth erlebt Kultur als ihr eingewohntes Lebensprinzip. Damit folgt sie ihrem sokratischen Impuls, »mit Kunst einen ständigen Dialog zu führen«. Mit ihrer funkelnden Omnipräsenz wurde sie bald selber als Subjekt der Frankfurter Kulturszene wahrgenommen.

Roths Erfolgsgarantie für eine konsequente Optimierung der kulturellen Infrastruktur ihrer Stadt verdankt sich ihrer Einsicht in das Gebot der Stunde, in Sachen Kulturentwicklung einen jeweils tragfähigen überparteilichen Konsens zu finden: Statt von den Zinnen der Partei hat sie aus der höheren Warte der Kultur im Magistrat den Schulterschluss gesucht und gefunden, um die Weichen auf Frankfurts kulturelle Zukunft umzustellen. Zur Tilgung der kulturellen Defizite wurden für eine differenzierte weltstädtische Kulturlandschaft gemeinschaftlich Bausteine gefunden, mit denen am Ende auch gebaut wurde. Es war wohl auch Roths Neigung zum wohltemperierten überparteilichen Ton und ihr »Komfort des Herzens«, die sie in der normativen Parteienkonkurrenz dreimal wählbar machten.

Zur Identifizierung der Bürger mit ihrer Stadt sollten jene Investitionen dienen, wie zum Beispiel jene in den Wiederaufbau der Alten Oper, in das vielteilige »Jahrhundertprojekt Museumsufer« (FAZ) oder, als dessen Paralleluniversum, der Bockenheimer Kultur-Campus. Bürgerhäuser und Bibliotheken in fast jedem Stadtteil rundeten deren offene Gestaltungsräume ab. Sämtliche Kulturprojekte wurden quer durch die politischen Lager einstimmig ins Leben gerufen. Auch die Akteure der hier höchst vitalen »nichtinstitutionalisierten« Szene der sogenannten Breitenkultur- und der Experimentierkünste erfreuen sich großer Resonanz unter einer bürgerlichen und intellektuellen Klientel ebenso wie unter Jugendlichen auf ihrer Suche nach Lebenssinn und Selbstverwirklichung. Unter Roths Kultur- und Wertehimmel halfen auch die zahlreichen Privattheater und freien Gruppen mit ihrer Reputation die Bildung jenes kollektiven Flairs erzeugen,

Als Kulturpolitikern ein Vorbild

das wir Zeitgeist nennen. Auch die Nachwehen der Studentenbewegung und ihrer Wahlverwandten erzeugten in der Stadt Goethes und Adornos eine kreative Atmosphäre.

Roth steigerte den Anteil für Kultur am Gesamtetat der Kommune auf zuletzt 10 Prozent; bundesweit liegt der Anteil bei mickrigen 1,9 Prozent. Allein dieser mit Abstand höchste Kulturetat der Republik wäre schon Grund genug, Petra Roth nach ihren »17 gewonnenen Jahren für die Kultur«, so der Untertitel von »Das Rothbuch«, ihr Lied zu singen - als Motivationsanreiz für kulturresistente Stadtoberhäupter. Denn »der Wettbewerb der Städte geht über die Kultur«, mahnte Roth als Präsidentin des Deutschen Städtetags ihre Kollegen an.

Petra Roth ist sich der Notwendigkeit bewusst, das kulturelle Erbe und unser historisches, ja kanonisiertes Wissen bis in die Nischen hinein zu überprüfen. Denn nur in den überlieferten Ressourcen der Künste und des Denkens ist deren heute noch Gültiges in unsere differenzierte Lebenswelt hinüberzuretten. Historie nennt sie einen prinzipiellen Bildungswert. Entsprechend gelte es jenseits allen medialen Fortschritts, aus der Herleitung von Identitäten aus der Geschichte Geist und Verstand zu bereichern, um mit deren Hilfe wiederum eigene Ideen auszubilden. Und: das klassische Erbe sei weniger das, was wir bedingungslos verehren, als vielmehr das, was uns hilft zu leben. Wer zu wenig über historische Traditionen wüsste, bliebe in der Unstetigkeit des Lebensgefühls unserer Zeit zu sehr auf das bloße Hörensagen angewiesen, und das sei nicht genug.

Roth definierte den in steter Gärung befindlichen Bildungs-Begriff »Kultur für alle« als Schlüssel für einen folgenreichen kulturellen Aufbruch. Als Politikerin unterwirft sie diesen Begriff wie auch das »Bürgerrecht auf Kultur« (Hermann Glaser) der ständigen Musterung und Reflexion, um sich dessen die Zeiten übergreifendes Credo für ihre eigene Kulturpolitik zu versichern.

Petra Roth nutzte ihren frühen Ruhm als vom Volk gewählte Oberbürgermeisterin, um in den kulturellen Sollbruchstellen ihrer drei Amtsvorgänger rechtfertigende Gründe dafür zu finden, eine launenabhängige kommunale Kulturpolitik auf den Dauerprüfstand zu stellen, um den Besitzstand zu sichern und wenn notwendig zu erweitern.

Einer Marginalisierung der Kultur und der Künste will Roth mit erhöhter politischer Aufmerksamkeit entgegenwirken, um ihnen den gebührenden Respekt zurückzuerstatten. Es gelte gerade in einer Stadt wie Frankfurt nicht zu unterschätzen, was deren Bürgern traditionell der Respekt für die Kultur bedeutet und erst recht in Zeiten notorischer Einsparungshysterien. Mit ihrer Maxime, Kultur sei »das Herz der Kommunalpolitik, keinem anderen Erbe sind wir so verpflichtet, wie dem Kulturellen«, erklärt sie Kulturpolitik zum notwendigen Kontinuum besonders in frostigen Zeiten allgemeiner Ratlosigkeit. Sie möchte mit Hilfe der Kultur die Bedingungen für ein gelingendes Leben als ihr politisches Ziel formulieren. Für sie sind Kultur und Künste eine Pflichtaufgabe der weit ausgestreckten öffentlichen Hände.

Die Stadt Frankfurt verdankt ihre Metropolennote außer einer großen Angebotspalette der Kultur-Institutionen auch jenen Bürgern, die vom vielfältigen Bildungsangebot Gebrauch machten, wie jene bunte Phalanx produktiver Geister, die mit ihren Visionen, Ideen und Handlungen den kulturellen Humus bepflanzen halfen: Die Schriftsteller und Sachbuchautoren, Publizisten und Redakteure, Maler, Musiker und Musikanten, Satiriker und Karikaturisten und all die anderen kreativen Wiedergänger wie jene hier besonders agile Spezies auf der intellektuellen Spötterbank.

Neben dem hohen Eigenwert der Künste und der Kultur hat Roth vorzüglich das Humankapital für die Urbanisierung der Bankenmetropole als Standortvorteil klug genutzt. Als lebensdienliches Elixier ihrer auch ganz persönlichen Lebensweise wurde ihr kulturell definiertes Frankfurt für Roth zum Gravitationszentrum auch ihrer eigenen Emotionen. Emotionen von Politikern erhöhen deren Aufmerksamkeit.

Nicht an der öffentlichen Kulturförderung rütteln

Als Repräsentantin des Deutschen Städtetags zündete das Tandem Petra Roth und Christian Ude das Debattenfeuer jedes Mal neu, sooft sie mit verschärfter Wortwahl die materielle Schieflage der Kommunen anprangerten und dabei die Berliner Politik nicht gut aussehen ließen. Petra Roth war aber nicht etwa die glamourösere Variante Udes. Er nobilitierte sie vielmehr zu Recht mit dem Titel »Jeanne d'Arc der Städte«.

Deutschlands Städte profitierten von diesem Pas de deux zweier forsch vorwärtsdenkender und deren Zunft inspirierender Oberbürgermeister. Beide sind eben keine Lokalmatadore, sondern weltläufige Urbanisten. Als unsere traditionsbewussten Städte durch Phänomene wie millionenfacher Immigration oder später durch die digitale Evolution stark verändert wurden, erforderte das gefährdete Städtetagsaxiom der sozialen Gerechtigkeit gegensteuernde Initiativen zu entwickeln. Frankfurt hat für die Garantie dessen, was einst Kant mit der Idee vom »Weltbürgerrecht« auf den moralischen Begriff gebracht hatte, im Städtetag exemplarische Impulse für die integrative Beheimatung der Zuwanderer gegeben. Roths Einfluss im Städtetag war unvergleichlich.

Ein buchstäblich existenzielles Element für die Entfaltung von kultureller Vielfalt sind die Menschen selber: Unsere städtische Lebenswelt war übrigens zu keiner Zeit monokulturell. Sie war schon immer reich an unterschiedlichen Kulturen. In einer Stadt wie Frankfurt mit einem 30-prozentigen Bevölkerungsanteil ausländischer Herkünfte mischen sich die verschiedensten nationalen Gruppen, fremde Ethnien, Religionen, Sprachen, Kulturen und schließlich auch die ausländischen Konsortien der Banken und des Managements usw. Sie alle sind das Unterfutter dessen, was als Multikulturalität das hohe gesellschaftliche Gut einer Metropole ausmacht.

Mit ihrem leidenschaftlichen Plädoyer für eine neue Inwertsetzung der Kultur durch die Autorität des Deutschen Städtetags haben Kultur und Bildung schließlich eine ganz neue politische Gewichtung in deutschen Städten und Gemeinden erlangt. In der Zeitschrift P&K formulierte Petra Roth in deren Mai-Ausgabe 2010 glasklare Ziele zur Kulturpolitik: »Der Städtetag erachtet die Kultur für gesellschaftspolitisch systemrelevant. Kunst- und Kulturförderung sind unter den Gesichtspunkten Identitätsbildung, Integration, Chancengleichheit und Erwerb kognitiver Kompetenzen wichtig für die Abfederung der gesellschaftspolitischen Folgen allgemeiner Wirtschaftskrisen. Bei notwendigen kommunalen Einsparungen sollte von überproportionalen Kürzungen im Kulturbereich allein unter Hinweis auf den rechtlich freiwilligen Aufgabencharakter abgesehen werden. Ziel sollte sein, die kulturelle Infrastruktur und die Vielfalt der Kulturlandschaft auch bei schwieriger Finanzlage zu erhalten.«

Mit dem Prinzip der Subsidiarität auf ihrer Fahne gab Frontfrau Roth zu Protokoll: »Gerade wenn die finanziellen Handlungsspielräume immer enger werden, müssen alle staatlichen Ebenen ihre Kräfte bündeln und ihre Kompetenzen einbringen, um den Bürgern moderne Dienstleistungen bestmöglich zu liefern.« Im Falle einer unvermeidlichen Finanzkrise litte vor allem die kommunale Kultur, denn diese als fälschlich sogenannte »freiwillige Ausgabe« würde zuallererst geschröpft. Gestrichen würden vorzüglich immer jene »freiwilligen Leistungen«, mit denen genau alles das, »was das Leben in der Stadt erst erträglich und vielleicht lebenswert macht, erhalten und gefördert wird.« Ihr aus der selbstbewussten Identifikation mit dem Amt gewonnenes Selbstbild »Ich als Städtetag« war kein Roth´scher Versprecher, sie meinte es so, und tatsächlich war Roth es ja auch. Dabei agierte sie nicht als selbstherrliche Sonnenkönigin, sondern als Haupt ihrer großen kommunalen Familie, die Kulturpolitik zum autonomen Kern einer selbstsicheren Stadtpolitik macht.

Als Bundestagspräsident Norbert Lammert am 5. November im Frankfurter Historischen Museum »Das Rothbuch« vorstellte, sprach er sich energisch dafür aus, dass an der Kulturförderung durch die öffentliche Hand nicht gerüttelt werden dürfe. Historisch bedingt sei diese Förderung in Deutschland »eine Erbschaft und Errungenschaft, die wir mit Klauen und Zähnen verteidigen müssen«. Auf die internationale Städtekonkurrenz anspielend, gab Norbert Lammert zu bedenken, dass »eine Stadt erst gar nicht mehr anzutreten brauchte, die für kulturell irrelevant gehalten wird«. Dieser Satz gehört ins Stammbuch des Frankfurter Magistrats als ständige Wiedervorlage: Kaum hatte Petra Roth die Fäden aus der Hand gelegt, folgte sogleich der erste Schlag ins Kontor der Kultur: Läppische 4 Millionen Euro für Roths letztes Desiderat, ein Romantikmuseum, wurden vom Stadtkämmerer kurzerhand gestrichen. Für dessen Bau hatte sie die anteiligen Mittel bei Bund, Land und Sponsoren noch locker machen können. Kaum zu glauben: Gekürzt wurde prompt auch der Kulturetat um 9,2 Millionen! Wird Schmalhans in Frankfurt jetzt wieder Küchenmeister wie in den sechziger Jahren, als der große Pan des deutschen Theaters Harry Buckwitz wegen geringster Etatüberziehung aus der Stadt gejagt wurde?

Roth repräsentiert die Kulturpolitik im Deutschen Städtetag

FOTO: GABY GERSTER

Hilmar Hoffmann war von 1970 bis 1990 Kulturdezernent in Frankfurt. Petra Roth war dort von 1995 bis 2012 Oberbürgermeisterin. Kürzlich erschien von Hoffmann »Das Rothbuch. 17 gewonnene Jahre für die Kultur« im SocietätsVerlag

Die Rote Liste

Mit der Roten Liste bedrohter Kultureinrichtungen, einer Analogie zu den bekannten »Roten Listen« bedrohter Tier- und Pflanzenfamilien, werden in jeder Ausgabe gefährdete Kulturinstitutionen, -vereine und -programme vorgestellt. Ziel ist es, auf den Wert einzelner Theater, Museen oder Orchester, seien sie Teil einer Kommune oder einer Großstadt, hinzuweisen. Oft wird die Bedeutung einer kulturellen Einrichtung den Nutzern erst durch deren Bedrohung deutlich. Erst wenn Empörung und schließlich Protest über mögliche Einschnitte oder gar eine Insolvenz entstehen, wird den Verantwortlichen bewusst, wie stark das Museum, Theater oder Orchester mit der Struktur und der Identität des Ortes verbunden ist.
Diesen Bewusstseinsprozess gilt es anzuregen. Politik & Kultur stellt dazu die Arbeit einzelner Einrichtungen vor und teilt sie ein in Gefährdungskategorien von 0 bis 4. Ob und welche Veränderungen für die vorgestellten Einrichtungen eintreten, darüber werden wir Sie fortlaufend informieren.

GEFÄHRDUNGSKATEGORIEN

Kategorie 4	Gefährdung aufgehoben/ungefährdet
Kategorie 3	Vorwarnliste
Kategorie 2	gefährdet
Kategorie 1	von Schließung bedroht
Kategorie 0	geschlossen

Benachrichtigen Sie uns über die Lage Ihnen bekannter Kultureinrichtungen! Senden Sie uns dazu Ihre Vorschläge an info@politikundkultur.net.

DEUTSCHES FERNSEHBALLETT, MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK

- Gründung: 1962
- Tätigkeitsfeld: Fernsehballett
- Finanzierung: Aufträge des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der Privatwirtschaft
- Homepage: www.deutsches-fernsehballett.de

FOTO: THOMAS NITZ

1

Das Fernsehballett wurde im Jahr 1962 im Auftrag des Deutschen Fernsehfunks der DDR gegründet. Nach der Wiedervereinigung wurde es vom neugegründeten Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) übernommen und war von da an fester Bestandteil des MDR-Programms. Das Fernsehballett wirkte in zahlreichen Fernsehshows mit. 1999 übertrug der öffentlich-rechtliche Sender seine Anteile an die Drefa-Holding, eine Tochtergesellschaft. Im Februar 2012 kaufte der Berliner Fernsehproduzent Peter Wolf den Mehrheitsanteil der Drefa-Holding am Fernsehballett auf. Seitdem ist das Deutsche Fernsehballett also in privater Hand und wird von den Sendern nur noch gebucht.
Im November 2013 wurde bekannt, dass das Fernsehballett seinen Betrieb Ende März 2014 wegen Auftragsmangels einstellen muss. Peter Wolf will nun den MDR auf Schadensersatz verklagen, da angeblich Auftritte für das Jahr 2014 in MDR-und ARD-Sendungen zugesagt wurden.

KULTURWERK RIESA, SACHSEN

- Gründung: 1991
- Tätigkeitsfeld: Soziokulturelles Zentrum
- Finanzierung: Stadt Riesa, Landkreis Meißen, Kulturraum, Bund, Spenden, Sponsoring, Eigenmittel, Projektförderungen
- Homepage: www.www.kulturwerk-riesa.de

FOTO: KULTURWERK RIESA

1

Das Kulturwerk Riesa ist aus dem 1991 gegründeten ElBimbo Jugendpflege hervorgegangen. Der Soziokulturelle Verein hält mit der Wechselbühne, dem Mehrgenerationenhaus/Kulturwerkstatt ART, dem Offenen Jugendhaus und dem Offenen Bücherschrank ein vielfältiges Angebot an Kursen sowie Veranstaltungen im Bereich der darstellenden und bildenden Künste bereit. Das Kulturwerk Riesa, der bisher durch die Stadt Riesa mit ca. 50 Prozent seines Gesamthaushaltes finanziell unterstützt wurde, ist als wichtiger Akteur im Bereich Kultur und Soziokultur und im kulturellen Leben der Region fest etabliert. Im Zuge einer anstehenden Haushaltslücke von 3 Millionen Euro plant die Stadt nun dem soziokulturellen Verein sämtliche Fördermittel ab 2014 zu streichen – in Summe 201.000 Euro. Dies hätte die Schließung all seiner Einrichtungen zur Konsequenz. Eine Petition für den Erhalt des Kulturwerks Riesa finden Sie online unter: *https://www.openpetition.de/petition/online/fuer-die-erhaltung-der-kulturlandschaft-riesas.*

MUSEEN UND BIBLIOTHEKEN DER STADT GERA, THÜRINGEN

- Tätigkeitsfeld: Museen und Bibliotheken (Stadt- und Regionalbibliothek, Dix-Haus, Orangerie, Museum für Angewandte Kunst, Naturkundemuseum und Stadtmuseum)
- Finanzierung: Stadt Gera, institutionelle Zuschüsse Land Thüringen
- Homepage: www.gera.de

FOTO: J. HAUPTMANN

3

Nach einem Veto des Stadtrates gegen den Nachtragshaushalt und dem damit verbundenen Konsolidierungskonzept, verhing Geras Oberbürgermeisterin Viola Hahn einen Ausgabenstopp bei den freiwilligen Ausgaben, sodass am 7.11.2013 alle Bibliotheken und Museen der Stadt bis auf Weiteres schließen mussten. Dabei handelt es sich um die Stadt- und Regionalbibliothek und die Zweigbibliothek in Lusan sowie die fünf städtischen Museen. Einen Nachtragshaushalt genehmigt das Landesverwaltungsamt nur im Paket mit einem Sparkonzept. Dieses beinhaltete bisher unter anderem die Erhöhung der Eintrittsgelder für die Museen und eine Einschränkung der Öffnungszeiten. Einen Tag später wurde die Schließung wieder aufgehoben, man habe sich im Stadtrat angenähert. Das Sparvolumen bleibt erhalten, über die Sparmaßnahmen wird weiter diskutiert. Zudem soll nun der Standort des Museums für angewandte Kunst aufgegeben und die Sammlungen ins Kunstmuseum übertragen werden.

KULTUREINRICHTUNGEN IN KREFELD, NRW

- Tätigkeitsfeld: Kultureinrichtungen
- Finanzierung: Stadt Krefeld
- Homepage: Liste der geplanten Kürzungen unter http://www.rp-online.de/nrw/staedte/krefeld/die-komplette-liste-der-kuerzungen-aid-1.3821386

FOTO: MAXIMILIAN MENSING / PIXELIO.DE

2

Die kreisfreie Stadt Krefeld, gelegen am linken Niederrhein, steht unter erheblichem Spardruck. Die geplanten Kürzungen für Kultur und Soziales führen bei Bewohnern und Kultureinrichtungen teilweise zu erheblichen Protesten. Die angedachten Einsparungen betreffen u.a. die Kulturfabrik, Krefelder Musiker Initiative, Theater am Marienplatz, Rosenmontagszug, Kunst in Krefeld und den Verein für Heimatkunde. Viele Einrichtungen sollen 10-prozentige Kürzungen und mehr unterworfen werden. Die Ausgaben für den Künstlerverein Kunst in Krefeld sollen ebenso komplett gestrichen werden, wie die für das Frauenkulturbüro NRW. Von Planungssicherheit, geschweige denn von Perspektive, kann bei den meisten Krefelder Kunst- und Kultureinrichtungen momentan nicht die Rede sein. Erste Reaktionen auf das Sparvorhaben forderte den Groll der Kulturszene heraus. So heißt es etwa in der Stellungnahme von Kultur in Krefeld, dass der »entstehende Schaden dabei in keinem Verhältnis zu dem momentan zu erzielenden minimalem Sparerfolg« steht.

BISHER VORGESTELLTE GEFÄHRDETE INSTITUTIONEN

Institution, Bundesland	Aktuelle Gefährdung	( ) = bei Erstaufnahme
Archiv Frau und Musik, Frankfurt a.M., Hessen	1	(2)
Filmfestival Münster, NRW	2	(2)
Akademie der bildenden Künste Karlsruhe, Auß.St. Freiburg, BW	1	(1)
Anhaltisches Theater Dessau, Sachsen-Anhalt	2	(2)
Elfenbeinmuseum, Erbach, Hessen	2	(1)
Jüdisches Museum Dorsten, NRW	2	(2)
HfM Trossingen, BW	4	(2)
Kölner Kunst- und Museumsbibliothek, NRW	3	(2)
Landesbühne Sachsen-Anhalt	1	(1)
Galerie M, Berlin	0	(2)
Deutsches Stickmustermuseum Celle, Nieders.	0	(0)
Theater Trier, Rh-Pf.	1	(1)
Maison de France, Berlin	1	(1)
Bunker Ulmenwall, Bielefeld, NRW	3	(2)
Internationales Artistenmuseum, Brandenburg	0	(2)
Museum für Naturkunde und Vorgeschichte, Dessau, Sachs-A.	2	(2)
Fachlehramt für Musik und Kunst an Grundschulen, Berlin	1	(2)
Elektrohaus, Hamburg	4	(2)
Stadtbibliothek Essen, NRW	1	(3)
Studienzentrum für Künstlerpublikationen, Weserburg/Bremen	3	(2)
Das Archiv Potsdam, Brandenb.	0	(1)
SWR Sinfonieorchester, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg	3	(1)
Atelierhaus Prenzlauer Promenade Berlin	1	(1)
Theater der Keller, NRW	4	(1)

Die vollständige Liste finden Sie unter http://www.kulturrat.de/rote-liste-kultur

Verdunstungsprotokolle, Nachtdepeschen und Palmen in Öl

Der Maler Peter Sauernheimer

ANDREAS KOLB

In diesen Tagen zieht die Initiative »art but fair« ihre Kreise. Es ist eine Solidarbewegung von Individualisten, entstanden als Klagemauer auf Facebook, wo Künstler ihre schlechten Erfahrungen mit Gagen posteten. Inzwischen hat sich ein Verein gebildet, der unter dem Titel »art but fair« für angemessene Vergütung und allgemeine Wertschätzung von Künstlern kämpft, mit »Goldenen Regeln« und einem Gütesiegel für faire Bedingungen.

Von solchen Goldenen Regeln hat der 1940 geborene Berliner Maler und Autor Peter Sauernheimer nie geträumt. Der Künstler kann auf ein reiches Werk aus Malerei, Grafiken, Cartoons, Gedichten und Prosa blicken. Doch reich ist er damit nicht geworden. Auch seine Brotberufe wie Galerist in Berlin, Lektor beim Fischer Verlag, Maler und Schaufensterdekorateur spülten zeitlebens zu wenig Erlöse in seine Kasse. Er gehört fraglos zu der Spezies kreativer Menschen, die, wenn sie von ihrer Kunst nicht leben können, lieber nebenher Taxi fahren oder Wohnungen renovieren, als in einen bürgerlichen Beruf umzuschulen.

Das Malen ruht zurzeit – doch seine literarische Arbeit floriert: In der Schublade liegen ein abgeschlossenes Manuskript »Erläuterungen zur Poesie der Indianer Nordamerikas nebst Zeremonialgesängen, Jagd- und Kriegsliedern und Gebeten« sowie ein Kinderbuch mit dem Titel »Jakob Grünlich – Geschichten vom Einsiedler«. Ein märchenhaftes Kinderbuch, charakterisiert es der Autor, in dem der Held Grünlich sehr skurrile Abenteuer im Wald und mit Tieren erlebt. Ein Krimi ist in Arbeit. Er spielt in Frankreich – Sauernheimers ehemaliger Heimat – schließlich lebte er für fünf Jahre hauptsächlich in dem Künstlerort Vallauris in der Nähe von Cannes. Zusammen mit seinen Malerkollegen Traudbert Erbe und Herbert Weitemeier produzierte er in Vallauris Sonnenuntergänge, Stilleben und Seestücke – mal die Palme links, mal die Palme rechts. »Yes, it's oil« sagte Sauernheimer den amerikanischen Touristen, Lex Barker war auch dabei, wenn sie wissen wollten, ob die mit Dispersionsfarben gemalten und anschließend mit Klarlack behandelten Gemälde echt seien.

Das Bewusstsein für unsere Verluste geht immer mehr verloren

Wer Sauernheimer näher kennenlernen will, dem sind zwei Bändchen empfohlen: Der Gedichtband »Nachtdepesche« (edition plejade, Berlin) und die »Verdunstungsprotokolle« (dragon pr, ISBN 3-00-012938-3), eine Sammlung von Gedichten und Prosa – oftmals autobiografisch eingefärbt.

FOTO: ANDREAS KOLB

Ein gewisser Kreuzberger Dichter

Er war so dünn
und so düster
dass er zweimal durch die Tür
hereinkommen musste
dass man ihn überhaupt
sah
Meistens jedoch
sah man ihn nicht
Er schrieb Gedichte
auf Zigarettenpapier
gelesen hat sie keiner
Manchmal haben sie
sie geraucht
und das Papier
gelobt –
es war dieses dünne
französische …

»Das Schreiben geht nebenbei. Ich habe nicht mit Schreiben angefangen, sondern mit der Malerei.« 1971, also erst im Alter von 31 Jahren, begann Sauernheimer zu schreiben, und dass seine erste Veröffentlichung 1973 in Aserbaidschan auf Russisch war, ist nur eine der vielen Anekdoten, die seine Vita ausmachen: Der Grund dafür war Sauernheimers Job bei der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, Kudamm beim Adenauerplatz. Dort lernte er einen Schriftsteller aus Baku kennen, der von seinem Berlinaufenthalt ein paar von Sauernheimers Gedichten gegen den Vietnamkrieg nach Baku mitgenommen hatte.

Zehn Jahre zurück: 1960 war Peter Sauernheimer nach Kreuzberg gezogen und dort »Kunde« in Herta Fiedlers Kneipe in der Kohlfurter Straße geworden. Gemeinsam mit den bereits erwähnten Freunden und Malerkollegen Traudbert Erbe und Herbert Weitemeier war der Maler Peter Sauernheimer Mitbegründer der legendären Künstlerkneipe »Die kleine Weltlaterne«. Dort hingen dann auch seine Bilder erstmals.

Sauernheimer kann auf acht Einzel – und 17 Gruppenausstellungen mit Berühmtheiten wie Picasso, Chagall oder Klimt zurückblicken. Anno 1969 hat die Stiftung preußischer Kulturbesitz zehn Cartoons von Sauernheimer angekauft. Sauernheimer einzuordnen ist nicht einfach – er fällt aus der Zeit: »Ein Baum für Magritte« etwa ist ein Bild, in dem Malerei zur Grafik wird. Auch beim »Denkmal für Astronauten« verwendet der Maler grafische Gestaltungsmittel und öffnet das Gemälde mittels einer an japanische Origami-Arbeiten erinnernde Rakete in die dritte Dimension. Zudem ist es durchaus satirisch gemeint: »Selbst den uns nächsten Stern Alpha Centauri«, so Sauernheimer, »wird die Menschheit nie erreichen können. Da steht Einsteins berühmte Formel im Wege. Alpha Centauri ist 4,2 Lichtjahre entfernt, ein Lichtjahr sind 9,46 Billionen Kilometer! Das Wort Astronaut ist nur eine Anmaßung, unrealistischer Quark!« Sauernheimers Bilder sind phantastische Erzählungen mit surrealem Touch – oder besser »surpolitischem«.

»Eine Galerie zu kriegen ist wie Lotto spielen« sagt Sauernheimer heute. Da gründete er doch lieber eigene: »Ich bin ein Genie, ich mach' ne Galerie.« 1960 eröffnete er die Galerie Kreuzberger Forum (wieder mit Erbe und Weitemeier), 1978 die Jerus'chalájim in der Bleibtreustraße und 1981 die AXOLOTL in der Bochumer Straße in Moabit. Im Zentrum der Ausstellungen bekannte und unbekannte Berliner Maler, sowie Grafik der 1920er-Jahre. Die Vernissagen waren voll, vor lauter Rauch sah man keine Bilder mehr. Doch außer ein paar Radierungen war nichts verkauft und so hieß es nach Jahresfrist wieder einmal: Wegen Reichtum geschlossen.

Die Kunst hat ihren Wert verloren, schreibt er in einem aktuellen kulturpolitischen Manifest: »In diesem Lumpensack West-Europa sind Kultur und Künste mit ihrem Latein am Ende. Von Edelfäule sprach damals noch Gottfried Benn. Heute ist es ordinäre Fäule. Moderne Barbarei, aber alles schön bunt. Die Gemälde berühmter Maler nur noch WANDAKTIEN (…) Wir haben das Bewusstsein von unseren Verlusten längst verloren, und so leiden wir an Knappheit keinen Mangel.« (Sauernheimer, 2013)

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

301 Jahre »Nachhaltigkeit«

Über eine gar nicht so neue Idee…

GEORG RUPPELT

Seit Anfang der Neunzigerjahre des letzten Jahrhunderts spielt das Thema »Sustainable development – nachhaltige Entwicklung« eine große Rolle in der Diskussion um Ökologie, Politik und soziale Gerechtigkeit. Der Begriff der Nachhaltigkeit hat seitdem erhebliche Weiterungen und Spezifizierungen erfahren, meint aber im Grundsatz den Erhalt natürlicher Ressourcen, damit sie auch zukünftigen Generationen zur Verfügung stehen.

Doch die Idee von der Nachhaltigkeit ist keine Erfindung unserer Tage. In der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek und auch in anderen alten Bibliotheken kann man ein Buch im Original einsehen, das vor 301 Jahren erschienen ist, nämlich die »Sylvicultura oeconomica oder Haußwirthliche Nachricht und Naturmäßige Anweisung zur Wilden Baum-Zucht«. Man kann auch eine gut kommentierte Neuausgabe im Buchhandel erwerben, die zum 300-jährigen Jubiläum des Buches 2013 erschienen ist.

Es ist das erste deutsche, in sich geschlossene forstwirtschaftliche Werk, und es enthält an einer Stelle das Wort »nachhaltend«: Im Kapitel VII »Von Nothwendigkeit und Nutzen des Holtz=Anbaues« heißt es: *»Wird derhalben die gröste Kunst/Wissenschaft/Fleiß und Einrichtung hiesiger Lande darinnen beruhen / wie eine sothane Conservation und Anbau des Holtzes anzustellen / daß es eine continuirliche beständige und nachhaltende Nutzung gebe / weiln es eine unentberliche Sache ist / ohne welche das Land in seinem Esse [lat., das Sein, Dasein] nicht bleiben mag. Denn gleich wie ander Länder und Königreiche / mit Getreyde, / Viehe / Fischereyen / Schiffarthen / und andern von Gott gesegnet seyn /[…] also ist es allhier das Holtz […]«.*

Der Verfasser, Hans Carl von Carlowitz (1645–1714), entstammte altem sächsischem Adel. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften widmete er sich naturwissenschaftlichen und bergbaukundlichen Studien. Auf einer Kavalierstour durch Europa konnte er seine Kenntnisse über den knappen Rohstoff Holz beträchtlich erweitern. Mit 32 Jahren wurde er zum sächsischen Vize-Berghauptmann ernannt — ein einflussreicher, hochdotierter Posten. 1711 stieg er zum Oberberghauptmann auf und gehörte damit noch für drei Jahre bis zu seinem Lebensende zu den mächtigsten Männern im Sachsen Augusts des Starken.

In seiner »Sylvicultura oeconomica« von 1713 plädierte von Carlowitz für einen pfleglichen Umgang mit den Schätzen der Natur und gegen den damals überall üblichen Raubbau an ihr. Mit einer einzigen Erwähnung des Wortes »nachhaltend« wurde er zum Begründer der Idee von der Nachhaltigkeit.

Diese Idee ist übrigens auch für Bibliotheken, Archive und Museen grundlegend, denn auch sie weisen über die kurze Menschen-Existenz hinaus und dienen zukünftigen Generationen.

Georg Ruppelt ist Direktor der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek Hannover

Kulturmensch Monika Grütters

Im Vorfeld fiel ihr Name besonders häufig, wenn es darum ging, über die Nachfolge von Bernd Neumann zu spekulieren. Nun hat sie es tatsächlich geschafft: Monika Grütters ist neue Kulturstaatsministerin. In der Kulturpolitik gilt Grütters als Schwergewicht.
Seit 2009 leitet sie als Vorsitzende den Bundestagsausschuss für Kultur und Medien. War zudem Mitglied des Ausschusses für Bildung und Forschung, Obfrau im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Die gebürtige Münsteranerin ist Vorstand der Stiftung »Brandenburger Tor«, die Bildung, Kultur und Wissenschaft fördert, und lehrt Kulturmanagement an der Hochschule für Musik Hanns Eisler. Mit Monika Grütters folgt eine erfahrene und anerkannte Kulturpolitikerin Bernd Neumann als Kulturstaatsministerin.

FOTO: CHRISTOF RIEKEN

Politik & Kultur

Zeigt her eure Bräuche...

THEMA

FOTO: AR KREATIV&MEDIA

Aus Fehlern lernen?

Was kann man bei der Vergabe des Titels immaterielles Kulturerbe aus den Erfahrungen mit dem materiellen Kulturerbe ableiten und verbessern?

EVA-MARIA SENG

Nominierungen auf Listen, gar auf Listen, die Weltgeltung haben sollen, bedeuten zugleich Kanondiskussionen. Dies wirft – gleich über welchen Kanon wir diskutieren, einen literarischen, kunsthistorischen, ethnologischen –, sofort eine Reihe von Fragen auf:
1. Die Frage nach der Repräsentativität der Werke, 2. nach den Trägern des Diskurses, 3. nach der gesellschaftlichen Akzeptanz und damit gegebenenfalls nach der Rezeption und 4. nach dem Einfluss der Öffentlichkeit auf diese Prozesse. Ihnen möchte ich im Folgenden am Gegenstand der Welterbeliste nachgehen.

Die Liste des materiellen Kulturerbes der Welt

Nach Vorläufern in den 20er und 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts kam es im Zuge der Völkerbunddiskussionen, wo Überlegungen eines Schutzes des gemeinsamen Kulturerbes der Menschheit diskutiert wurden, unter dem Dach der Vereinten Nationen (gegründet 1945) zur Gründung der Unterorganisation UNESCO, zuständig für die Förderung von Erziehung, Wissenschaft und Kultur. Dort wurde schon im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Haager Abkommens für den Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten (1954) zu Beginn der 1950er-Jahre eine Denkmalkommission eingerichtet, die den Generaldirektor der UNESCO in Fragen des Schutzes von künstlerischen, historischen und archäologischen Stätten beraten sollte. Diese Kommission entsandte auch schon bald Experten zur Beratung bei technischen Fragen, insbesondere auch bei Grabungen und beim Aufbau eines nationalen Denkmalschutzes in den neu gebildeten Staaten, vor allem den Entwicklungsländern. Eine dieser Missionen war denn auch die Rettungsaktion und Translozierung der Tempel in Abu Simbel, notwendig geworden durch den Bau des Assuan-Staudamms bzw. die Aufstauung des Nils. Unter dem Eindruck dieses technischen Großprojekts in einem Entwicklungsland, das sowohl das kulturelle Erbe als auch die Natur nachhaltig beeinflusste, erarbeitete die Denkmalpflegekommission der UNESCO gemeinsam mit der Weltnaturschutzunion (IUCN) eine Resolution, die Schutzstandards und Erhaltungsmaßnahmen schon bei der Planung solcher Großprojekte einforderte. Bei der seit Ende der 60er-Jahre von der UNESCO-Generalversammlung angestrebten Konvention zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt waren Vertreter von ICOMOS, des Internationalen Museumsbundes (ICOM), des Internationalen Studienzentrums für die Erhaltung und Restaurierung von Kulturgut (ICCROM), führende Denkmalpfleger der UNESCO-Mitgliedstaaten und die Weltnaturschutzunion eingebunden. Am Ende einigte man sich 1972 auf einen Kompromiss, indem man einerseits den Schutz auf die immobilen Kultur- und Naturgüter beschränkte und andererseits sich auf zwei Listen einigte, nämlich eine von der Kulturabteilung geforderte Liste der hilfebedürftigen Stätten, die sogenannte Rote Liste, und eine von der Weltnaturschutzunion angestrebte exklusive Liste der Kultur- und Naturerbestätten der Menschheit.

Der Denkmalschutz rückte ins Zentrum des Interesses

Beide Seiten verständigten sich darauf, den Schutz auf die immobilen Güter zu beschränken, um nicht eine Vorentscheidung über das europäische Erbe zu treffen. Dies dürfte auch angesichts der gerade erfolgten Unabhängigkeit ehemaliger Kolonien und angesichts der damit aufkommenden Diskussionen um Beutekunst, der Frage nach dem Besitz von Kunstwerken und der Rückforderung von Kulturgut aus europäischen oder amerikanischen Museen erfolgt sein. Zielte also die Hilfeliste, die Rote Liste, eher auf eine zeitlich gebundene, diskursive Konzeption eines Schutzes, so hatte das Inventar (Welterbeliste) eher ein auf empirischer wissenschaftlicher Basis erstelltes eindeutiges endgültiges Verzeichnis vor Augen. Damit stand die Konvention unter dem Vorzeichen der europäischen und amerikanischen Wissenschaftstraditionen, die den Kulturerbe- bzw. Denkmalschutzbestimmungen einerseits und den Naturschutzbestimmungen andererseits zugrunde lagen. Die seit den 1950er-Jahren insbesondere von dem Anthropologen Claude-Levi Strauss in zahlreichen Reden vor der UNESCO vertretenen Vorstellungen von Mensch-Umwelt-Beziehungen jenseits reiner Naturschutzvorstellungen wurden damit zurückgestellt.

Die Repräsentativität der Welterbeliste

Die Welterbekonvention ging seit ihrer Verabschiedung grundsätzlich von einer Gleichrangigkeit aller Kulturen der Welt aus. Voraussetzung für eine Aufnahme sowohl im Bereich des Natur- als auch Kulturerbes war »the outstanding universal value«, also der »außergewöhnliche universelle Wert« des Guts. Dies legt auch eine inhaltliche Ausgewogenheit der Welterbeliste sowohl zwischen Natur- und Kulturerbe als auch der Regionen der Welt an sich nahe.

Natur- und Kulturerbestätten sind gleichermaßen wichtig

Schon nach den ersten Listungen 1980 wurde vom Welterbekomitee zunächst ein Gleichgewicht zwischen Natur- und Kulturerbestätten angemahnt, 1987 und 1989 eine globale Referenzliste von kulturellen Stätten, auch der Nichtvertragsstaaten, eingefordert. Diese Forderung mündete 1994 in die Bildung einer Expertengruppe für die Erarbeitung einer »globalen Strategie für eine ausbalancierte, repräsentative und glaubwürdige Welterbeliste«. Diese fasste 1993 in einer Global Study die Defizite der Weltkulturerbeliste zusammen: Europa war gegenüber dem Rest der Welt allein schon quantitativ überrepräsentiert, historische Städte, christliche Monumente, insbesondere aus der Gotik oder überhaupt dem Mittelalter waren gegenüber Objekten aus anderen Epochen zu stark vertreten. Das galt auch für die elitäre Architektur. Überhaupt standen die Zeugnisse des Christentums gegenüber denen anderer Religionen und Glaubensrichtungen zahlenmäßig weit im Vordergrund. Diese bislang in erster Linie historisch und ästhetisch orientierte Typologisierung zur Aufnahme in die Welterbeliste werde laut jener Studien der Vielfalt des Kulturerbes der Welt nicht gerecht. Vielmehr müsse die Welterbeliste die kulturelle Vielfalt der Menschheit widerspiegeln. Hintergrund dieser Diskussion ist der immer wieder vorgebrachte Eurozentrismus der Welterbeliste. Dieser habe nicht zuletzt seine Ursachen in den Aufnahmekriterien, die den abendländischen Vorstellungen von Kunst- und Denkmalpflege entsprängen und anthropologische Gesichtspunkte lange Zeit nicht beachteten.
Zwischenfazit: Repräsentativität und Kanon? Der Kanon veränderte sich inhaltlich, begrifflich und quantitativ in Richtung auf eine wesentlich breitere Repräsentanz des Welterbes.

Die Träger des Diskurses

Um es gleich vorweg zu sagen: Es gibt keine Weltjury, die die Schätze der Menschheit mustert und auf ihren Wert für die Weltgemeinschaft prüft. Auswahl und Vorschlagsrecht liegen bei den Vertragsstaaten. Der Verfahrens-

Fortsetzung auf Seite 16 ►

Fortsetzung von Seite 15

gang verweist auf drei Diskursebenen bei der Identifizierung und Benennung von Erbestätten:

1. Eine erste, übernationale Diskursebene jenseits eurozentrischer Maßstäbe, die an der Herausbildung einer globalen identitätsstiftenden Kanonbildung mitwirkt. Beteiligt sind hier Experten verschiedener Kulturkreise, insbesondere Vertreter von ICOMOS und ICCROM.

2. Eine zweite, nationale Diskursebene, die insbesondere von Kunsthistorikern bzw. in erster Linie von den Landesdenkmalämtern getragen wird. Sie haben in der Regel auch die ersten Kandidaten für die Welterbeliste vorgeschlagen.

3. Eine dritte, regional-partikularistische Diskursebene zeigt sich insbesondere seit den 1990er Jahren im Bemühen um einen Proporz unter den einzelnen Bundesländern, der sich auch an der Tentativliste ablesen lässt. Zunehmend ist in den vergangenen Jahren eine Verlagerung der Initiativen auf die regionale örtliche politische Ebene festzustellen. Insbesondere der nationale und regionale Diskurs werden dabei von einer hohen Medienresonanz begleitet.

Zwischenfazit: Träger des Kanons? Der Kanondiskurs verlagert sich von einer Diskussion unter Fachleuten in politische Gremien.

Gesellschaftliche Akzeptanz und Rezeption

Die Welterbeliste wird auf nationaler und regionaler Ebene weithin akzeptiert. Akzeptanzprobleme zeigen sich jedoch in dem Augenblick, in dem Stätten auf die Rote Liste gesetzt werden, also aus der Liste gestrichen werden sollen, so im Falle Kölns und der Hochhausdiskussion oder der Diskussion um die Waldschlösschenbrücke in Dresden. Andererseits wird auch eine Nichteintragung als Zurücksetzung empfunden. Die Rezeption der Welterbestätten durch die Bevölkerung und durch Kulturtouristen ist dagegen sehr groß. Aufschlussreich könnten hier vielleicht die Beobachtungen aus dem Bauhaus in Dessau sein, dass sich das Besucherprofil in den letzten zehn Jahren deutlich von einem Fachpublikum zugunsten eines allgemein kulturinteressierten Publikums gewandelt habe. »Durch die Bewerbung als Welterbestätte in unterschiedlichen Medien kommen zunehmend Personen, die eigentlich mit dem Bauhaus wenig Inhaltliches assoziieren. So bekommen wir Gelegenheit, auch diese Gäste vor allem innerhalb von Führungen mit der Bedeutung dieser Welterbestätte vertraut zu machen«, so die stellvertretende Direktorin.

Zwischenfazit: Rezeption und Kanon? Eine breitere Rezeption führt auch zu einer inhaltlichen Erweiterung des Kanonbegriffs in Richtung einer bildungsmäßig-gesellschaftlichen Relevanz der Welterbestätten.

Der Einfluss der Öffentlichkeit auf die Zusammenstellung der Welterbeliste

Öffentlichkeit und Politik versuchen zunehmend Einfluss auf die Zusammenstellung der Welterbeliste zu nehmen. Sie beteiligen sich damit an der Kanondiskussion und werden zu Elementen der Kanonbildung. Diese Entwicklung basiert insbesondere auf dem Initiativrecht der Staaten bei der Nominierung bzw. bei der Erstellung der Tentativliste. Allerdings reagiert das Welterbekomitee mit zunehmender Verschärfung der Vorschriften, Restriktionen bei der Auslegung und infolgedessen mit Zurückweisungen. Eine frühzeitige Diskussion und ein allseitiges Bemühen um eine ausgewogene, repräsentative Liste mit möglichst breiter Akzeptanz auch der deutschen Welterbestätten jenseits von Kommerz- und Proporzdenken täten hier not.

Zwischenfazit: Bei Kanonbildung stoßen politische und ökonomische Interessen mit wissenschaftlich reflektierten Auffassungen von Kulturwissenschaftlern aufeinander.

Auswirkungen der Kritik und Weiterentwicklung der Welterbeliste auf die Definition und die Aufnahmekriterien für das immaterielle Kulturerbe

Substanz bzw. Materialität spielte in den Formulierungen von 2003 nur noch eine untergeordnete Rolle als Trägerschicht. Stattdessen traten Tradierung, Wiederholung und Weitergabe kultureller Praktiken in den Vordergrund, wobei das immaterielle Kulturerbe von Generation zu Generation weitergegeben, ständig neu geschaffen, gestaltet und vermittelt werden soll, und zwar von den Gemeinschaften und Gruppen in Auseinandersetzung mit der Natur und ihrer Geschichte. Dies vermittle ihnen ein Gefühl von Identität und Kontinuität. Keinesfalls sollten also »Idealtypen« oder vorgefundene Versionen notiert oder dokumentiert werden, da dies die Gefahr eines Einfrierens, einer Konservierung, eher: Normierung, dieser sich ständig ändernden Praktiken bewirken würde. Das Kriterium der Authentizität war damit durch das Prinzip der dynamischen Tradierung ersetzt worden. Trotz alledem wurde den Vertragsstaaten die Erstellung von Inventaren des immateriellen Kulturerbes aufgegeben.

Im Hintergrund dieses Ansatzes steht eine Vorstellung von immateriellem Kulturerbe als allem nicht Stofflichen, nicht Verbalen, nicht Notierten oder Dokumentierten und nimmt damit Vorstellungen von illiteraten Gesellschaften, d. h. von nichtschriftlichen Kulturpraktiken wieder auf.

Dreierlei wäre hier anzumerken: 1. Wie wir inzwischen aus der Hirnforschung wissen, werden auch mündlich überlieferte Praktiken, insbesondere Aufführungsakte neuronal aufgezeichnet, dokumentiert und synchronisiert. Ebenso werden Praktiken und Bewegungsabläufe wie beim Tanz dem Körper der Tänzer eingeschrieben. Ähnlich verhält es sich aber auch bei den Dingen oder Objekten, denen ihre Nutzung, Gebrauch, Umnutzung eingeprägt sind.

2. Wandeln sich auch mündlich tradierte Praktiken und Ausdrucksformen sowohl intentional als auch implizit und nicht zuletzt kennen Bräuche bei scheinbarer äußerer Kontinuität vollkommene Neudefinitionen oder Umschreibungen. So waren bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Europa in ländlichen Gebieten Bettelbräuche in der Winter- und Weihnachtszeit weit verbreitet, die inzwischen allenthalben in Schenk-Bräuche umgewandelt worden sind. Die äußere Form, Jahreszeit und Anlass blieben dabei gleich, erfuhren aber eine vollkommen neue Sinn-Anpassung. Auch das ist uns aus der Architektur bzw. von Denkmalen hinreichend bekannt.

3. Wie wir aus den erinnerungskulturellen Diskursen der vergangenen Jahrzehnte wissen, vollzieht sich das kulturelle Gedächtnis über Generationen hinweg in einer Gruppe in Form von Speicherung, stetiger Wiederholung und Vermittlung des Sinns der Erinnerungsfiguren. Ein Komplex identitätssichernden Wissens wird «in Gestalt symbolischer Formen wie Mythen, Liedern, Tänzen, Sprichwörtern, Gesetzen, heiligen Texten, Bildern, Ornamenten, Malen, Wegen» oder Landschaften objektiviert – wie Jan Assmann dies formulierte – und in Festen und rituellen Begehungen »möglichst abwandlungsfrei reproduziert«. Die ritengestützte Zirkulation ist demnach nach Assmann geradezu von einem »Wiederholungszwang« geprägt. Das Innovations- und Informationspotenzial ist bei mündlicher Überlieferung gering; erst die Schriftform befreit den Autor oder Träger der Überlieferung von der festgefügten Form und ermöglicht es ihm, einen neuen Beitrag hinzuzufügen, Fremdes einzubauen, da er frei vom Zwang der Wiederholung sei.

Was bedeuten diese Erfahrungen nun für die anstehenden Nominierungen des immateriellen Kulturerbes?

Im Augenblick scheinen die verschiedenen Länder mit der Erstellung eines Kanons des immateriellen Kulturerbes beschäftigt zu sein. Man hat die Form von Eingaben bzw. Bewerbungen gewählt, die dann durch Jurys in den Ländern und auf Bundesebene evaluiert werden sollen. Da das Phänomen und die Diskussion um das immaterielle Kulturerbe und die Bewerbungsmöglichkeit in weiten Kreisen der bundesrepublikanischen Bevölkerung bislang aber wenig bis gar nicht bekannt ist, sind in diesem ersten Durchgang insbesondere Bewerbungen von organisierten Verbänden, Gruppen und Vereinen eingegangen. Die Einbindung von jugendkulturellen Phänomenen oder Gruppen mit Migrationshintergrund und unterschiedlichster hybrider Gruppen ist hier freilich notwendig. Weitere Meldungen müssten fortlaufend möglich sein, um sowohl den Diskurs in der Gesellschaft erst überhaupt zu initiieren – über welche Art von Kultur wir und in der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts uns verständigen können und wollen –, als auch Abschließungs- und Einfrierungsprozesse zu verhindern und allererst Bewerbungen bislang nicht einschlägigen immateriellen Kulturerbes erst zu entdecken.

Zunehmender Einfluss von Öffentlichkeit und Politk

Die Träger des Diskurses auf den unterschiedlichen Ebenen lassen sich im Augenblick kaum ausmachen, da wir im Bereich des immateriellen Kulturerbes keine organisierte staatliche Denkmalpflege vorfinden, die dafür zuständig wäre. Auch auf wissenschaftlicher Seite gibt es keine dafür zuständige Disziplin. Für die Erfassung und Auswahl sollten Wissenschaftler unterschiedlichster Disziplinen herangezogen werden, nämlich u.a. neben Ethnologen, Volkskundlern, Linguisten, Anthropologen, Museumsfachleuten, Botanikern bzw. Naturerbe-Spezialisten, Landschaftsforscher, Historiker, Soziologen etc. eingebunden werden. Zugleich müsste die Abgrenzung bzw. die Wechselwirkung zwischen materiellem und immateriellem Kulturerbe diskutiert werden. Darüber hinaus hätten Diskurse über die Problematik der Festschreibung oder Zuschreibung versus Veränderung sowie über die Verschriftlichung und Kodifizierung von oraler Kultur zu erfolgen. Entsprechend den Erfahrungen aus der Eintragung der materiellen Güter auf die Welterbeliste sollte nicht eine additive Sammlung sich faktisch wiederholender Einzelphänomene das Ziel sein. Vielmehr sollten Natur und Kultur unter ökologischer Perspektive einer Zusammenschau unterzogen werden.

FOTO: CLEMENS SCHKODA

In der Oberlausitz findet an einem Sonntag im Mai das traditionelle Maibaumwerfen statt

Eva-Maria Seng ist Professorin und hat den Lehrstuhl für Materielles und Immaterielles Kulturerbe an der Universität Paderborn inne

Die drei Welterbelisten finden Sie unter www.unesco.de/ike-liste.html. die aktuellen Neueinträge unter www.unesco.de/8352.html

Mehr als nur schöne alte Bräuche

Das erste Bewerbungsverfahren in Deutschland zum UNESCO-Übereinkommen ist abgeschlossen

STEPHAN DORGERLOH

Welterbestätten wie das Taj Mahal oder die ägyptischen Pyramiden, die Ruinen der Maya oder die chinesische Mauer, das Schloss von Versailles, der Kölner Dom oder das Bauhaus in Weimar und Dessau sind hinlänglich bekannt. Seit mehr als 40 Jahren setzt sich die UNESCO für den Schutz von Naturlandschaften und historischen Stätten ein. Der damit verbundene Welterbetitel sichert ihnen die entsprechende Aufmerksamkeit. Dahinter steht das berechtigte Anliegen, »dass Teile des Kultur- oder Naturerbes von außergewöhnlicher Bedeutung sind und daher als Bestandteil des Welterbes der ganzen Menschheit erhalten werden müssen«. Für historische Bauten, wegweisende Dokumente und Naturlandschaften ist das vergleichsweise einfach zu bewerkstelligen.

Was aber ist mit den gewachsenen kulturellen Traditionen, Festen, Handwerkstechniken, die seit Jahrhunderten weitergegeben werden, aber in vielen Fällen nirgends fixiert sind? Was wird aus mündlichen Traditionen, darstellenden Künsten, Bräuchen, Ritualen, Wissen und Praktiken im Umgang mit der Natur? Gerade in den Ländern und Regionen, deren kulturelle Tradition stärker vom immateriellen als vom materiellen Kulturerbe geprägt ist, stellen sich diese Fragen verstärkt.

Immaterielles ist nur schwer fassbar

Was hierzulande mitunter belächelt und kontrovers diskutiert wird nach dem Motto: Sollen jetzt auch Karneval, Oktoberfest oder die Thüringer Bratwurst auf die Liste eines schützenswerten Kulturerbes gesetzt werden, hat also durchaus seine Berechtigung. Wir schauen sehr stark auf ein Kulturerbe, das in Bauten oder Dokumenten seine Spuren hinterlassen hat. In anderen Regionen der Welt sieht das vielfach anders aus.

Diesem Anliegen dient letztlich auch das UNESCO-Übereinkommen zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes, das 2003 beschlossen wurde. Bis heute sind ihm über 150 Staaten beigetreten. Aus gutem Grund soll damit das immaterielle, das heißt das lebendige kulturelle Erbe, eine besondere Wertschätzung erfahren. Hauptziele der Konvention sind die Erhaltung dieses Kulturerbes und seine Achtung auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene sowie die internationale Zusammenarbeit und Unterstützung.

Mit dem Beitritt zur Konvention am 10. Juli 2013 hat die Bundesrepublik Neuland betreten. So mussten Strategien und Mechanismen gefunden werden, um eine möglichst breite Partizipation von Menschen und Gruppen zu gewährleisten, die das lebendige kulturelle Erbe in seinen vielfältigen Ausdrucksformen pflegen und weitergeben. Dazu galt es ein Verfahren zu entwickeln, das möglichst viele Akteure erreicht und zur Teilnahme animiert. In den Beratungen der 16 Bundesländer unter dem Dach der Kultusministerkonferenz wurde deshalb in Abstimmung mit dem Bund ein mehrstufiges Verfahren festgelegt: Am 3. Mai 2013 erfolgte der bundesweite Start der ersten Ausschreibungsrunde mit einem einheitlichen Bewerbungsverfahren und einheitlichem Kriterienkatalog. Gemeinschaften, Gruppen und Einzelpersonen als Träger einer kulturellen Ausdrucksform im Sinne der UNESCO-Konvention waren aufgerufen, sich bis zum 30. November jeweils in dem für Kultur zuständigen Landesministerium zu bewerben. In den sich jetzt anschließenden länderseitigen Auswahlverfahren sollen regionalspezifische Themen eine besondere Berücksichtigung erfahren. Bei einem kulturellen Erbe, das länderübergreifend von Bedeutung ist, sieht das Verfahren eine frühzeitige Abstimmung der Länder vor, um – wie etwa beim Köhlerhandwerk – eine gemeinsame Bewerbung zu ermöglichen.

Spannender Sondierungsprozess

Bis Mitte April 2014 trifft nun jedes Land eine Vorauswahl und wird bis zu zwei länderspezifische Vorschläge – gegebenenfalls durch weitere länderübergreifende ergänzt – an das Sekretariat der Kultusministerkonferenz übermitteln. Das Sekretariat wiederum erstellt aus diesen Vorschlägen eine Liste, die im Frühsommer an das bei der Deutschen UNESCO-Kommission eingesetzte unabhängige Expertenkomitee weitergeleitet wird. Dieses Gremium prüft die Anträge nach fachlichen Kriterien und trifft eine entsprechende Auswahl. Anschließend bestätigen Kultusministerkonferenz und Beauftragter für Kultur und Medien Ende 2014 die Auswahlempfehlungen. Bis zur endgültigen Entscheidung ist es allerdings noch ein weiter Weg. Da der internationale Nominierungsprozess insgesamt ca. zwei Jahre dauert, werden erste Nominierungen aus Deutschland frühestens im Jahr 2016 in die repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit aufgenommen werden können.

Wir befinden uns also derzeit mitten in einem spannenden Sondierungsprozess. Gab es bislang eine Vielzahl von Anfragen und Medienankündigungen zu beabsichtigten Anträgen, erfahren die Länder jetzt erstmals, welche Kulturtraditionen tatsächlich angemeldet worden sind. Nun steht die Frage, welche Bewerbungen jeweils die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen in besonders geeigneter und eindrucksvoller Weise sichtbar machen. Hierbei geht es nicht um einen »Wettbewerb um die schönste Tradition«, wie es der Vorsitzende unseres Expertenkomitees, Prof. Dr. Christoph Wulf, auf den Punkt gebracht hat. Auch sollen Bräuche nicht museal konserviert werden. Ziel der Konvention bleibt vielmehr die Wertschätzung und der Respekt vor dem gelebten kulturellen Erbe, das in besonderer Weise Identität vermittelt und sich auch weiterentwickelt.

Die Bundesländer sind dankbar, dass sich renommierte Expertinnen und Experten bereit erklärt haben, diesen ersten Entscheidungsdurchgang zu begleiten und Auswahlempfehlungen zu erarbeiten. Vermutlich wird die Frage, was denn nun zum immateriellen Kulturerbe in Deutschland zu zählen ist, weiter für kontroverse Diskussionen sorgen. Die öffentlichen Debatten bereits kurz nach dem bundesweiten Start haben hier schon einen kleinen Vorgeschmack gegeben. Letztlich bringen uns solche Diskussionen auch inhaltlich weiter. Ich freue mich jedenfalls darauf, dass nun das lebendige kulturelle Erbe sowohl in den Ländern als auch bundesweit in den Fokus rückt. Verdient haben es diese Kulturtraditionen schon längst.

Stephan Dorgerloh ist Kultusminister Sachsen-Anhalts und Präsident der Kultusministerkonferenz

FOTO: CLEMENS SCHKODA

Das Osterreiten ist ein altes religiöses Ritual in Form einer Prozession, bei welchem die Auferstehung Jesu Christi verkündigt wird. Es wird bis heute in der katholischen Oberlausitz als sorbischer Brauch gepflegt

Tradition als Identitätsstrategie

Das immaterielle Kulturerbe der Sorben

CLEMENS SCHKODA

Die Domowina – Bund Lausitzer Sorben e. V. begrüßt den Beitritt Deutschlands zur UNESCO-Konvention zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes im Jahr 2013 außerordentlich. Sie engagiert sich seit ihrer Gründung am 13.10.1912 für den Erhalt der sorbischen Sprache und Kultur und wird durch diesen Schritt der Bundesregierung in ihrem Handeln bestärkt.

Der Dachverband der sorbischen Vereine und Verbände sieht es als seine Verpflichtung, sich gemeinsam mit Trägern öffentlicher Belange an diesem Prozess aktiv zu beteiligen. Dementsprechend werben die Sorben in einem länderübergreifenden Verfahren mit Sachsen und Brandenburg für ihr reiches kulturelles Erbe. Die Lausitzer Sorben sind eine ethnische Minderheit im östlichen Teil Deutschlands. Ihr Siedlungsgebiet erstreckt sich vom Süden Brandenburgs bis in den Osten Sachsens. Ca. 60.000 Menschen bekennen sich als Sorben. Sie sprechen zwei sorbische Sprachen, Obersorbisch und Niedersorbisch, die zur westslawischen Sprachgruppe zählen. Ein Großteil der Sorben ist evangelischer oder katholischer Konfession.

Ein Blick in die Geschichte des kleinen westslawischen Volkes zeigt: Gegen Ende der Völkerwanderung hatten rund zwanzig sorbische Stämme in dem Raum zwischen den Flüssen Oder, Bober und Queis im Osten und der Elbe und Saale im Westen, zwischen dem späteren Berlin im Norden und den Mittelgebirgen im Süden Fuß gefasst. Die Sorben in der Ober- und Niederlausitz sind Nachkommen jener frühmittelalterlichen Siedler; das heutige Sorbisch – synonym dazu auch Wendisch – ist das einzige von den einstigen Stammesdialekten erhaltene slawische Idiom in Deutschland. Jedoch zeichnen sich die Sorben nicht nur durch ihre eigene Sprache aus, sondern auch durch Eigenarten in der materiellen (z.B. traditionelle Bauweise, Trachten) wie der immateriellen Volkskultur. Besonders hervorzuheben sind diesbezüglich die vielfältigen, lebendigen Bräuche im Jahreslauf. Sie werden aktiv gepflegt und sind wichtige Merkmale der sorbischen Identitätsstrategie. In Verbindung mit weiteren ethnischen Markern – wie den sorbischen Trachten oder der Verwendung der sorbischen Sprache – bilden sie wichtige Bausteine der ethnischen und kulturellen Selbstverwirklichung. Darüber hinaus leisten sie einen maßgeblichen Beitrag zur Vermittlung regionalspezifischen kulturhistorischen Wissens und gemeinschaftsbildender Festtraditionen.

Das sorbische immaterielle Kulturerbe zu schützen und zu pflegen ist ein Hauptanliegen des Dachverbandes Domowina. Die Organisation sieht sich in besonderer Verantwortung, das Bewusstsein für das kulturelle Erbe zu fördern und seine Pflege zu unterstützen. Neben einer eigenen Bewerbung um den Titel des immateriellen Weltkulturerbetitels der UNESCO strebt der Verband aus dieser Verantwortung heraus weitere Maßnahmen an, um das Bewusstsein dafür in Europa zu stärken.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, bemüht sich die Domowina, dem Thema immaterielles Kulturerbe in der Öffentlichkeit mehr Präsenz zu geben. Gemeinsam mit der Sektion CIOFF Deutschland will sie als Gastgeber des Weltkongresses des »Internationalen Rates für die Organisation von Folklorefestivals und Volkskunst« (CIOFF) im Herbst 2014 in der Lausitz das Thema platzieren und somit öffentlichkeitswirksam präsentieren und diskutieren. Der Weltkongress bietet den Sorben die Möglichkeit, zahlreiche Gäste aus Europa und aus der ganzen Welt einzuladen und auf diese Weise immens viel Wissen über

Jeder Einzelne kann seinen Beitrag zum Erhalt des Erbes leisten

das Thema immaterielles Kulturerbe ins Heimatland der Sorben, in die Bundesrepublik Deutschland, zu holen. Gemeinsam will sie mit Praktikern, Kulturschaffenden, Folkloreensembles aus aller Welt und weiteren Partnern, die Träger immateriellen Kulturerbes sind, darüber sprechen, welchen Beitrag jeder einzelne Mensch, jede einzelne Organisation und jeder einzelne Staat erbringen kann, um Kulturerbe zu beschützen und zu bewahren. Im Weiteren plant der Dachverband der Lausitzer Sorben im Juli 2015 das XI. Internationale Folklorefestival »Łužica«, das auf aktive und praktische Weise immaterielles Kulturerbe sichtbar und erlebbar machen soll.

Clemens Schkoda ist Referent für Kultur und Ausland beim Domowina – Bund Lausitzer Sorben

THEMA

Bei manch erzkonservativer Tradition hoffe ich insgeheim, dass sie sich rasch überleben sollte

Marie-Theres Albert im Gespräch

Anfang Dezember entschied die UNESCO in Aserbaidschans Hauptstadt Baku über Neuaufnahmen in die drei Listen des immateriellen Kulturerbes. Von den 45 Anträgen zu Bräuchen und Traditionen aus aller Welt, die dem zuständigen zwischenstaatlichen Ausschuss vorlagen, schafften es 30 Neueinträge in UNESCO-Listen des immateriellen Kulturerbes. Marie-Theres Albert ist seit 2003 Inhaberin des »UNESCO Chair in Heritage Studies« und nahm als Mitglied der deutschen Delegation an den Sitzungen des Komitees zur Aufnahme des Shrimp-Fischens in Belgien, des Weihnachtsrituals in der Republik Moldau und Rumänien sowie der türkischen Kaffeekultur teil.

Frau Albert, Sie kommen direkt aus Baku. Wie verlief das Auswahlverfahren?
Das Zusammentreffen in Baku war sehr interessant und erfahrungsreich. Es war wunderbar zu sehen, dass die UNESCO-Konvention zum immateriellen Kulturerbe Riesenschritte nach vorne gemacht hat. An dieser Konvention ist die ganze Welt beteiligt und nicht, wie im Fall des materiellen Kulturerbes, so stark auf Europa fixiert.

Den viel kritisierten Eurozentrismus in der Anwendung der UNESCO-Konvention zum materiellen Welterbe findet man also bei der Konvention zum immateriellen Weltkulturerbe nicht?
Im Gegenteil. Beim immateriellen Kulturerbe ist es der internationalen Gemeinschaft gelungen, kulturelle Ausdrücke weltweit zu erfassen.

Aktuell wurden die japanische Küche und der türkische Kaffee auf die Liste gesetzt. Vielleicht liegt das Problem hier nicht im Eurozentrismus, sondern ist ein, sagen wir, Kulinarisches. Wie kommt es eigentlich, dass das Thema Essen und Trinken eine so große Rolle spielt?
Das frage ich mich in der Tat auch und bin damit nicht allein. Vielleicht hat es damit zu tun, dass Esstraditionen in anderen Kulturen größere Bedeutungen haben als bei uns. Nur so kann ich mir die aktuell vorgenommene Erweiterung der mediterranen Küche erklären. Gute und gesunde Ernährung ist zum Beispiel in südlichen Regionen Europas bis heute ein wichtiger Faktor für das kulturelle und soziale Wohlbefinden der Menschen und wird deswegen auch anders gewertet als bei uns. Dennoch sehe ich solche Einträge mit gemischten Gefühlen. Aber wie gesagt, es geht nicht allein um unsere Traditionen, sondern darum, Vielfalt zu verstehen. Deswegen muss man auch Kompromisse eingehen können. Auf der anderen Seite wurden in Baku sowie in vorausgehenden Komitee-Sitzungen ganz großartige Vorschläge auf die Listen angenommen, die uns alle faszinieren, wie zum Beispiel Schattenspiele aus unterschiedlichen Kulturen, Puppentheater, außergewöhnliche Tänze oder Musik. Wir sollten stärker als bislang geschehen auf die positiven Seiten dieser Konvention sehen, statt an ihr herumzukritisieren, ohne ihre Ziele und Inhalte wirklich zu kennen. Sicherlich ist auch diese Konvention kritikwürdig. Aber allein die Tatsache, dass mit ihr Traditionen aus aller Welt am Leben erhalten werden können und dass uns durch diese Konvention vor Augen geführt wird, wie reich unsere Welt an kulturellen Traditionen und Ausdrucksformen, an Bräuchen und Künsten und nicht zuletzt an traditionellen Handwerkstechniken ist, ist etwas unglaublich Lohnenswertes und Positives. Insofern sollte man negative Begleiterscheinungen benennen, aber sich nicht daran abarbeiten.

In Deutschland scheint das Interesse an der Konvention zum immateriellen Kulturerbe bislang nicht besonders groß zu sein. Berichten Ihre Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern von einem ähnlichen Desinteresse der Öffentlichkeit?
Das kommt ganz darauf an, wen man fragt. In Belgien ist das Interesse am immateriellen Kulturerbe ausgesprochen groß. Belgien hat diese Konvention sehr früh ratifiziert und die Öffentlichkeit in den Prozess miteingebunden. In Italien und Spanien ist die Begeisterung für die Konvention ähnlich groß. Dass man bei uns das Thema immaterielles Erbe noch nicht wirklich zur Kenntnis genommen hat, hat vielleicht auch etwas mit der Tatsache zu tun, dass in Deutschland die Konvention erst relativ spät – nämlich im Sommer dieses Jahres – ratifiziert wurde. Leider machte sich die öffentliche Diskussion über diese Konvention bis dahin auch mehr an Negativbeispielen von Einträgen fest. Ein anderes Problem in der öffentlichen Wahrnehmung dieser Konvention ist, dass sie häufig mit der Welterbekonvention verglichen und gleichgesetzt wird. Leider wird auch diese Wahrnehmung den Zielen und Inhalten der Konvention zum immateriellen Erbe nicht gerecht. Ich glaube man kann wohl sagen, dass in der anfänglichen Informationspolitik um die Ziele und Inhalte dieser Konvention auch im Unterschied zur Welterbekonvention vielleicht etwas schief gelaufen ist. Das Interesse in der Öffentlichkeit ist dadurch wenig ausgeprägt worden. Dass die Menschen sich jetzt fragen, was neben der Welterbekonvention eine weitere Konvention denn nun wieder soll, verwundert daher nicht.

Das Ringen um die Aufnahme auf die Repräsentative Liste zum immateriellen Kulturerbe hat in Deutschland gerade begonnen. Pro Bundesland werden zwei Vorschläge ausgewählt. Einigen Bundesländern ist das offenbar zu wenig und sie erstellen, wie in Bayern geschehen, ihre ganz eigenen umfangreichen Listen. Ist ein solches Vorgehen nicht kontraproduktiv?
Die Kulturhoheit liegt bei den Ländern und wenn ein Bundesland der Meinung ist, seinen Schatz an immateriellem Kulturerbe in eine gesonderte Liste eintragen zu wollen, dann steht dem zunächst nichts im Wege. Das bedeutet jedoch nicht, dass sich die Länder über Beschlüsse und Regularien unserer föderalen Struktur hinwegsetzen können.

Um nicht beliebig zu werden, müsste es doch eine gewisse quantitative Begrenzung geben. Hand auf's Herz: nicht jede Sonderform eines Dorfschützenfestes verdient einen Listenplatz, oder?
Da stimme ich zu. Allerdings ist Einzigartigkeit hier kein ausschlaggebendes Kriterium. Wichtig ist beim immateriellen Kulturerbe, dass es eine gelebte Kultur repräsentiert und dass der Brauch, die Tradition oder das Wissen, von besonderer Relevanz für eine gesellschaftliche Gruppe ist. Diese Gruppe ist dann entsprechend in den Prozess der Nominierung eingebunden. Aber sicherlich wird man in Zukunft genauer prüfen, ob noch eine Form des Karnevals und andere »Doppelungen« aufgenommen werden sollten oder eben nicht.
Das Besondere an dieser Konvention ist, dass sie Identität zu stiften vermag. Stellen Sie sich einmal vor, es gibt zum Beispiel in Brandenburg oder in Berlin kleine Gemeinschaften, die eine ganz bestimmte Tradition pflegen. Diese Tradition ist ein wichtiger Bestandteil der Identität der dort lebenden Menschen. Diese dauerhaft lebendig zu erhalten, ist doch ein lohnenswertes Ziel. Ob jede Tradition auf eine Erbeliste gehört, das ist noch mal ein ganz anderes Thema, das im Kontext dieser Konvention des immateriellen Kulturerbes diskutiert werden muss. Zunächst aber geht es darum, existierende Traditionen in Zeiten der Globalisierung, in denen alles gleichgeschaltet wird, zu schützen und zu bewahren.

Darf ein Brauch, darf eine Tradition heutzutage nicht auch einfach mal sang- und klanglos aussterben?
Die Frage stelle ich mir auch immer wieder. Bei manch einer erzkonservativen Tradition hoffe ich insgeheim, dass sie sich rasch überleben sollte. Bei den hier bedachten gelebten Traditionen ist das etwas anderes. Diese sollten die Chance haben, sich in und mit den Gemeinschaften, in denen sie gelebt werden, weiterentwickeln zu können. Das macht ihre Dynamik aus. Mit der Konvention ist das Anliegen verbunden, eine gelebte Tradition unter den Herausforderungen der Globalisierung zu bewahren und voranzutreiben, um ihr so eine Überlebenschance in einer Zeit zu gewähren, in der »Gleichschaltung von kulturellen Ausdrücken« angesagt ist. Die Prämisse ist aber nicht schützen um jeden Preis. Was nicht entsprechend in Gemeinschaften verankert ist, kann auch verschwinden.

Welche Fehler, die in der Vergangenheit im Rahmen des materiellen Kulturerbes begangen wurden, gilt es beim immateriellen Kulturerbe zu vermeiden?
Natürlich wurde aus den Fehlern der Welterbe-Konvention gelernt. Zum einen hat es die UNESCO geschafft, vom viel kritisierten Eurozentrismus abzurücken und die Einschreibungen von kulturellen Ausdrücken in die Listen des immateriellen Erbes ausgeglichener zu verteilen. Zum anderen lehren uns eben diese Einträge in die immateriellen Listen, anders als bei der Welterbe-Konvention, dass wir weltweit mit einer Vielfalt von gelebtem Kulturerbe gesegnet sind. Dieses gilt es zu erfahren, zu begreifen und wertzuschätzen. Diese Konvention basiert auf einer lebendigen Kultur abseits des Mainstreams, das finde ich phänomenal.

Wie schätzen Sie die Gefahr ein, dass die Imzad-Musik der Tuareg oder das Trommeln und Tanzen in Manipur – beides Neueinträge auf die Repräsentative Liste – durch die Aufnahme als immaterielles Kulturerbe zu folkloristischem Kitsch für Welterbe-Touristen verkommen könnte? Welterbetitel haben ja sicherlich einen hohen Marketingwert.
Kommerzialisierung lässt sich, so glaube ich, nicht verhindern. Häufig stehen hinter den Anträgen zur Aufnahme als immaterielles Weltkulturerbe auch ökonomische Interessen. Sollten diese bei der Bewerbung aber zu präsent sein, wäre das sicherlich ein Grund der Nichteinschreibung. Je populärer eine Konvention wird, umso größer wird das Interesse, Geld mit dem Titel zu verdienen. Aber warum eigentlich nicht? Kultur als Entwicklungsfaktor findet bislang viel zu wenig Beachtung und von einer nachhaltige Nutzung eines kulturellen Ausdrucks können die Menschen, die diese Kultur leben, ja nur profitieren.

Das Interview führte Stefanie Ernst, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Kulturrat

IMMATERIELLES KULTURERBE / UNESCO

Die internationale Staatengemeinschaft hat am 17. Oktober 2003 auf der 32. UNESCO-Generalkonferenz das Übereinkommen zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes beschlossen. Damit wird auf nationaler und internationaler Ebene den vielfältigen gelebten Traditionen Aufmerksamkeit geschenkt. Nachdem 30 Staaten ratifiziert haben, trat das Übereinkommen am 20. April 2006 in Kraft. Deutschland trat dem Übereinkommen 2013 bei. Die Broschüre enthält die offizielle deutschsprachige Fassung des Übereinkommens sowie die deutsche Übersetzung der Richtlinien zur Durchführung des Übereinkommens (Stand: Juni 2012) und einen Faktenteil mit Hinweisen zu weiterführenden Informationen.

Die Broschüre finden Sie unter: www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Bibliothek/%C3%9Cbereinkiommen_zur_Erhaltung_des_immateriellen_Kulturerbes_2013.pdf

FOTO: KATHARINA VÖLLINGER

Der Springerzug in Herbstein, einer der wohl ungewöhnlichsten Karnevalszüge der Republik

Welttanzprogramm soll Kulturerbe werden

Allgemeiner Deutscher Tanzlehrerverband bewirbt sich um Aufnahme in UNESCO-Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes

HEIDI SCHUMACHER

Das im Jahr 1961 in Deutschland entwickelte Welttanzprogramm (WTP), als inhaltliche und methodische Umsetzung der Gesellschaftstänze, wird täglich von Tausenden von Menschen getanzt, in Tanzschulen unterrichtet, in Weiterbildungseinrichtungen vermittelt und in Vereinen gepflegt. Es ist ein wichtiges gemeinschaftsbildendes und grenzüberschreitendes System von Bewegungsabläufen zu Musik. Der Besuch einer Tanzschule gehört seit Generationen zu den »Initiationsritualen« des Übergangs von der Kindheit in die Welt der (jungen) Erwachsenen.

»Mit diesem Antrag macht der Allgemeine Deutsche Tanzlehrerverband (ADTV) erneut deutlich, dass er sich in erster Linie als Kulturträger und –vermittler versteht, er ist der konsequente Ausdruck seines selbstgewählten kulturellen Leitbildes als Profil und als gesellschaftliche Positionierung«, erläutert die Präsidentin des ADTV Cornelia Willius-Senzer. Der Antrag wird begleitet von wissenschaftlichen Empfehlungsschreiben.

Gabriele Brandstetter vom Institut für Theaterwissenschaft der Freien Universität Berlin betont den kulturellen Aspekt des WTP: »International ist Tanz eine Form der Kultur, die in besonderer Weise zum immateriellen Kulturerbe zählt: Mehr noch als andere Formen der Darstellenden Künste, z.B. Theater und Musik, ist Tanz in der Gesellschaft ein Kulturgut, das nur durch eine lebendige, körperliche Vermittlung besteht und weitergegeben wird. Seine Tradition ist nur sehr begrenzt über Schrift- und Bilddokumente zu erhalten, und auch Notationen und filmische Aufzeichnungen reichen nicht aus, um Tanz als wesentlichen Bestandteil des kulturellen Erbes sichtbar zu machen und in der Gesellschaft lebendig zu halten.« Gunter Kreutz vom Institut für Musik an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg verweist auf die soziokulturellen und gesundheitlichen Effekte des WTP. Er schreibt: »Das Welttanzprogramm vermittelt eine stilistische Bandbreite kulturspezifisch geprägter Traditionen und erfüllt damit eine historisch gewachsene soziokulturelle Aufgabe; (es) schafft gesellschaftliche Ressourcen zur Bewältigung soziokultureller Herausforderungen und fördert im Zusammenwirken von Musik und Bewegung individuelle körperliche, kognitive, emotionale und soziale Ressourcen, die über die Lebensspanne zu Wohlbefinden, Lebensqualität und Gesundheit signifikant beitragen.« Der Antrag wurde bei der Hamburger Kulturbehörde eingereicht.

Heidi Schumacher ist Beauftragte für Kultur und Europa des Allgemeinen Deutschen Tanzlehrerverbands

FOTO: NORBERT KIENING

Jan Prein unterstützt eine Kollegin aus Liberec an der Lithopresse während des Drucksymposions 2007 in der Druckwerkstatt des Berufsverband Bildender Künstler Schwaben-Nord und Augsburg

Weltweit einzigartige Orchesterlandschaft

Der Deutsche Musikrat beantragt die Aufnahme der Orchester in die Liste des nationalen immateriellen Kulturerbes

KATJA SANDSCHNEIDER

Der Deutsche Musikrat hat die Aufnahme der deutschen Orchesterlandschaft in die nationale Liste des immateriellen Kulturerbes der UNESCO beantragt. Die deutsche Orchesterlandschaft ist in ihrer Vielfalt und Professionalität weltweit einzigartig und trägt in hohem Maße zur internationalen Reputation von Deutschland als »Kulturland« sowie zur kulturellen Identität der Bürgerinnen und Bürger bei. Insbesondere die 131 professionellen Orchester sind Träger eines großen musikalischen Erbes und Akteure in einer lebendigen Musikszene, in der sich verschiedene Genres, Stilrichtungen und unterschiedlichste Musikkulturen entwickeln und entfalten.

In der Spielzeit 2011/2012 wurden in über 22.700 Konzerten und Aufführungen der Orchester über 12 Millionen Besucher erreicht. Das Angebot reicht hierbei von Opernaufführungen und Sinfoniekonzerten, über Festivals und Konzerttourneen bis hin zu Kinder- und Familienkonzerten. Gerade letztere erfahren vor dem Hintergrund der Nachwuchsförderung und Publikumsbindung eine immer größere Bedeutung.

Die Orchester haben in ihrer zum Teil jahrhundertelangen Tradition jeweils einzigartige Klangprofile entwickelt, die in der Praxis über Generationen weitergegeben und -entwickelt werden. Zusammenspiel, Spieltechniken, musikalische Verantwortlichkeiten und Klangästhetik können nur durch die aktive Teilhabe der Musiker in einem Orchester vermittelt werden. Soziale Bindungen unter den Orchestermitgliedern tragen bis heute in hohem Maße zur Identitätsbildung der Musiker und damit auch der kulturellen Identität der Rezipienten bei. Darüber hinaus gewährleisten die Klangkörper eine flächendeckende kulturelle Grundversorgung und sind damit Garant für die Sicherung der kulturellen Vielfalt und die kulturelle Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger. Voraussetzung und Basis für die professionelle deutsche Orchester- und Musikkultur war und ist die große Zahl von Schul-, Musikschul-, Jugend- und Laienorchestern. Sie bilden das Fundament einer musikinteressierten Gesellschaft, die Orchestermusik nicht nur rezipiert, sondern sie als künstlerische Ausdrucksform praktiziert. Insgesamt sind in Deutschland nahezu sieben Millionen Menschen im Bereich des Laienmusizierens aktiv oder fördernd engagiert. Der Deutsche Musikrat setzt sich vor diesem Hintergrund und auf Grundlage der »UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen« in engem Dialog mit seinen Mitgliedern für die deutsche Orchesterlandschaft als Grundpfeiler der kulturellen Vielfalt ein.

Katja Sandschneider ist Mitarbeiterin des Deutschen Musikrates

Traditionelle Drucktechniken

Aufnahme ins Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes

ANNEMARIE HELMER-HEICHELE & PRISKA STREIT

Als erstes druckgrafisches Verfahren entstand um 1400 der Einblattholzschnitt. Holzschnitt, Lichtdruck, Lithografie, Radierung und Siebdruck sind Beispiele für Druckverfahren, die ehemals im Buchdruck, Zeitungsdruck, zur Buchillustration oder generell zur Vervielfältigung genutzt wurden. Zur Zeit ihrer Entwicklung waren alle grafischen Techniken nicht für einen speziellen künstlerischen Gebrauch gedacht. Parallel zur industriellen Anwendung haben sich jedoch die druckgrafischen Techniken als künstlerische Ausdrucksweisen etabliert. Während die industrielle Herstellung von Druckerzeugnissen längst von anderen Verfahren abgelöst wurde, ist die bildende Kunst heute der Bereich, in dem die drucktechnischen Verfahren immer noch angewandt und weiterentwickelt werden. Aber auch im künstlerischen Bereich werden inzwischen die traditionellen Druckverfahren von modernen Techniken dominiert. Aufgrund des hohen handwerklichen Arbeitseinsatzes ist die Druckgrafik im Vergleich zu modernen Druckverfahren arbeits- und kostenintensiv. Dies wirkt sich auf die quantitative Produktion von traditioneller Druckgrafik aus. So ist z.B. das Lichtdruckverfahren fast vollständig verschwunden. Es wurde Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelt und ermöglicht die Herstellung von Druckerzeugnissen mit besonders feinen Linien- und Farbverläufen in einem Druckgang. Gab es Anfang des 20. Jahrhunderts allein in Deutschland noch über 200 Lichtdruckwerkstätten, existieren heute weltweit nur noch eine Handvoll, z.B. in Leipzig und Kyoto. Was früher noch ein Lehrberuf war, kann heute nur noch im künstlerischen Umfeld erlernt werden.

Die meisten der etwa 60 Landes- und Regionalverbände des BBK unterhalten Werkstätten für künstlerische Drucktechniken. Diese Einrichtungen helfen, das Wissen über diesen kulturellen Bereich zu erhalten und zu fördern, ebenso wie die Aufmerksamkeit und die Unterstützung der Kunst- und Kulturszene. Die Weitergabe dieser traditionellen Druckmethoden findet sonst nur noch in bescheidenem Umfang im Kunstunterricht, an Kunsthochschulen oder auch durch Kursangebote der Erwachsenenbildung statt. Diese Drucktechniken sind daher als traditionelle Handwerksformen schützenswert. Die Gefahr, dass diese Druckverfahren auch im Bereich der bildenden Kunst nicht mehr praktiziert werden, ist bereits jetzt schon absehbar.

Annemarie Helmer-Heichele ist Bundesvorsitzende und Priska Streit ist Mitglied im Bundesvorstand des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler

Schützenswerte Chorkultur

Antrag des Verbandes Deutscher KonzertChöre

EKKEHARD KLEMM UND RALF SCHÖNE

Die Tradition der deutschen Amateurchöre ist eine seit 1000 Jahren praktizierte Kunst- und Ausdrucksform, die im religiösen Umfeld der Kirchen ihren Ursprung hat. Im ausgehenden 18. und 19. Jahrhundert wurden die deutschen Laienchöre zum Schwerpunkt bürgerlicher Musikkultur und lösten sich vom feudalen Umfeld. Mit dieser Emanzipationsbewegung leisteten sie einen wichtigen Beitrag zur Bewusstseinsbildung der bürgerlichen Gesellschaft und damit zur Demokratiebewegung. Heute stellen sie das Rückgrat der Musikpflege und Musikausübung dar, ohne das die professionelle Musikausübung undenkbar ist. Die Laienchöre sind zugleich die Basis des Musikpublikums, Nährboden für künstlerischen Nachwuchs und musikalischer Partner in Tausenden von Konzerten und Aufführungen aller Art.

Die kreative Aneignung von Text und Musik sowie die künstlerische Vitalität der Menschen werden durch diese Aktivität der Chöre mobilisiert. Gleichzeitig richtet sich die Praxis des Singens auf eine identitätsstiftende Gemeinsamkeit und öffentliches Wirken. Musik wird damit tief in der Mitte der Gesellschaft verwurzelt. Menschen aller Schichten finden sich in Singvereinen, Singakademien, in philharmonischen Chören, Lehrergesangsvereinen, Volkschören, Hochschul- und Universitätschören, Kantoreien und Kirchenchören, Knaben-, Mädchen-, Frauen- oder Männer- sowie Schulchören, in jüngerer Zeit auch Gospel- und Jazzchören zusammen, um miteinander zu singen, zu proben und Aufführungen zu gestalten.

Die Musikpflege der deutschen Laienchöre manifestiert sich gegenwärtig in mindestens 60.000 Chören, die überwiegend in verschiedenen Chorverbänden registriert sind. Das entspricht einer Zahl von über 2,2 Millionen Einzelmitgliedern und Förderern von Chören. Im Jahr 2012 waren laut Statistik des Musikinformationszentrums Bonn (MIZ) 1.455.300 aktive (also singende) Mitglieder registriert, von denen 309.000 Kinder und Jugendliche waren. Hochrechnungen regionaler Umfragen ergaben, dass die Chöre in Deutschland jährlich über 300.000 Konzerte für rund 60 Millionen Zuhörerinnen und Zuhörer veranstalten. Diese Chöre und ihre Traditionen stehen für eine Diversität im Chorbereich, die weltweit ihresgleichen sucht und daher schützenswert ist.

Ekkehard Klemm ist Präsident und Ralf Schöne Generalsekretär des Verbands Deutscher KonzertChöre

THEMA

nmzmedia

Das Musik-Kultur-Politik-TV-Programm der nmz

Lucerne Festival 2013 – SWR Vokalensemble und Lucerne Festival Academy Orchestra im Konzert

Unter der Leitung von Pablo Heras-Casado brachten das SWR Vokalensemble Stuttgart und das Lucerne Festival Academy Orchestra im September große Vokal- und Orchesterwerke des 20. Jahrhunderts auf die Bühne: „Cummings ist der Dichter“ und „Le soleil des eaux“ von Piere Boulez, die 1. Kantate op. 29, die 2. Kantate op. 31 von Anton Webern sowie weitere Werke von Alban Berg, Luciano Berio, Igor Strawinsky und Béla Bartók. Sie finden alle Stücke bei uns online im kompletten Mitschnitt.

bunt und kühl
Big Band Jazz trifft Slam Poetry

Eine musikalisch-literarische Kollision, Fusion, Faszination. Dubstep, HipHop, Swing. Das Uni Jazz Orchester Regensburg mit seinem Leiter Christian Sommerer, die Kompositionsklasse der Kunstuniversität Graz mit ihrem Dozenten Ed Partyka und die Poetry Slammer Kaleb Erdmann, David Friedrich, Clara Nielsen und Thomas Spitzer. Liveshows, Buch, CD, DVD. Alles das ist „bunt und kühl“. Sehen Sie jetzt den Trailer zum Projekt auf unserer Homepage.

Die Deutsche Streicherphilharmonie
40 Jahre junge Spitzenklasse

Immer nur üben, Drill und Leistungsdruck? In der Deutschen Streicherphilharmonie des Verbands deutscher Musikschulen funktioniert das Musizieren auf höchstem Niveau ganz anders. 40 Jahre musikalische Nachwuchsförderung – jetzt im Trailer zum Filmportrait des Ensembles auf nmzmedia.de

kostenlos unter:
www.nmz.de

Kultur als Konfliktlösung?

Was man vom Status als immaterielles Kulturerbe erwarten kann – das Beispiel Mali

DAVID STEHL

Anfang Dezember kam in Baku, Aserbaidschan, der Zwischenstaatliche Ausschuss für die Erhaltung des immateriellen Kulturerbes zu seiner achten regulären Sitzung zusammen, genau zehn Jahre nachdem die UNESCO-Konvention zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbe (IKE) ins Leben gerufen wurde, unter anderem um Traditionen, Bräuche, Rituale und Feste in eine der beiden Listen aufzunehmen, die die Konvention vorsieht. 25 neue Elemente, darunter die traditionelle »Jamdani«-Webkunst aus Bangladesch oder das Krabbenfischen zu Pferde im belgischen Oostduinkerke fanden Einzug in die Repräsentative Liste (RL) des immateriellen Kulturerbes der Menschheit, vier weitere Elemente in die Liste des dringend erhaltungsbedürftigen immateriellen Kulturerbes, wie etwa die Paach-Zeremonie in Guatemala oder die mongolische Kalligraphie. Die dritte Liste, das Register für gute Praxisbeispiele zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes (IKE), nahm ein IKE-Inventarprojekt im spanischen Montseny-Naturpark auf.

Seit den ersten Einschreibungen im Jahr 2008 hat dieses Komitee insgesamt bereits 282 Elemente in die RL aufgenommen, während im selben Zeitraum nur 35 Elemente auf die Dringlichkeitsliste gesetzt wurden, und nur elf Projekte in das Register der guten Praxisbeispiele. Unübersehbar ist die sehr ungleiche Verteilung über die drei Listen mit eindeutiger Favorisierung der RL, die essentiell die Sichtbarkeit und die Bedeutungswahrnehmung für das IKE fördern soll.

Die Listeneinträge sind sehr ungleich verteilt

Für ein internationales Abkommen, das sich im Kern dem erhaltungsbedürftigen Kulturerbe verschrieben hat, mag es auf den ersten Blick nicht danach aussehen, als wäre den Staaten daran gelegen, die Einschreibungen zunächst für jene Kulturelemente zu nutzen, die es aus eigener Kraft und ohne konkrete Maßnahmen nicht vermögen, zukünftigen Generationen erhalten zu bleiben. Es überwiegt der Eindruck einer überwiegend zelebratorischen Sichtweise des IKE der Vertragsstaaten, mit einer oftmals überschätzten Bedeutung für den eigentlichen Erhalt der in die RL aufgenommenen Elemente. Gleichzeitig werden andere Mechanismen unzureichend genutzt, wie etwa die Dringlichkeitsliste, das Register, oder die finanzielle Unterstützung, die den Staaten durch den Fonds für das IKE im Rahmen der Konvention zur Verfügung steht.

Ungeachtet der häufig knappen Kapazitäten insbesondere in Entwicklungsländern, diese Mechanismen effizient zu nutzen, stellt sich die Frage, welche Erwartungen die Staaten an die Einschreibung ihres Erbes stellen…und was man effektiv davon erwarten kann. Auch innerhalb des Staates haben Erwartungen und Motivationen verschiedene Ausprägungen, da vor allem die Gemeinschaften, deren Kulturerbe eine Anerkennung durch die UNESCO ersuchen, ganz eigene Hoffnungen an eine Einschreibung richten. Die Frage, was man von diesem UNESCO-Status erwarten kann, ist demnach vielschichtig, mal richtet sie sich an den eigenen Staat, mal an die internationale Gemeinschaft, und sie hängt nicht zuletzt auch von der Liste ab, auf welcher ein Element eingetragen ist. Am Beispiel des westafrikanischen Mali, dessen Bemühungen um den Erhalt des IKE ich seit drei Jahren näher verfolge, lassen sich interessante Beobachtungen anstellen über die Dynamik, die sich seit längerem für das lebendige Kulturerbe entfaltet. Mali ist

Mündlich überlieferte Traditionen als Kulturerbe

berühmt für sein vielseitiges immaterielles und materielles Kulturerbe. Schon die Welterbestätten Timbuktu, Djenné oder das Dogon-Land, in bisher meist als »materielles« Kulturerbe betrachtet, wären ohne ihre immateriellen Komponenten undenkbar, was auch der sehr frühen Ratifizierung (im Juni 2005) der 2003-Konvention für das IKE sehr zuträglich war.

Auffällig ist, wie die malische Bevölkerung, vor allem die Jugend, sich zunehmend für dieses Erbe begeistert. Das berühmte »Festival au désert« beispielsweise, jenes Wüstenfestival, das jährlich in Essakane stattfindet (seit 2010 aber nach Timbuktu verlegt), sowie das kaum weniger erfolgreiche »Festival sur le Niger« in Ségou, haben es vermocht, Musik-, Tanz-, Handwerks- sowie mündlich überlieferte Traditionen nicht nur einem größeren Publikum nahezubringen, sondern dabei auch die praktizierenden Akteure in den Mittelpunkt zu stellen. Das malische Nationalmuseum etwa bietet Programme für Schulklassen sowie Veranstaltungen mit traditionellen Geschichtenerzählern an, was ebenfalls zur Schärfung des kollektiven Bewusstseins beigetragen hat.

Es sind solche Initiativen, sowie Inventarprojekte oder jene, die zur Einschreibung auf die UNESCO-Listen führten, die Mali eine gewisse Führungsrolle in Afrika bescherten. Die sieben Listeneinschreibungen spiegeln dies wider. Als kürzlich die Praktiken um das Imzad-Instrument, das von Tuaregfrauen gespielt wird, in die RL aufgenommen wurde, war es bereits die zweite Einschreibung, die gemeinsam mit den Nachbarstaaten Algerien und Niger erfolgte, nachdem schon die Praktiken um das Balafon-Xylophon der Senoufo in Mali, Burkina Faso und Côte d'Ivoire im Vorjahr Malis Bemühungen um internationale Kooperation zum Erhalt des IKE verdeutlichten. Solche multinationalen Bewerbungen sind

Die Kultur Malis ist durch Extremismus bedroht

wünschenswert, da sie die Möglichkeit weiterer gemeinsamer Initiativen fördern.

Das Beispiel Malis zeigt, dass das Erlangen des UNESCO-Status als immaterielles Kulturerbe nicht als punktuelles Ereignis der Veredelung gesehen werden sollte, sondern als Teil eines Prozesses, der idealerweise schon vor der Initiierung des Dossiers beginnen sollte. Zuallererst müssen die betroffenen Gemeinschaften und Akteure eingebunden werden.

Tatsächlich haben es einige Staaten geschafft, die Aufnahme in die UNESCO-Listen in einen laufenden Prozess des Kulturerbe-Erhalts zu integrieren, indem gezielte Vorarbeit durch Sensibilisierung, Mobilisierung der Gemeinschaft, Bildung, Inventarisierung, Forschung usw. geleistet wurde, gefolgt von Gesetzgebungsmaßnahmen und Stärkung der Institutionen. In diesem Sinne kann eine Einschreibung helfen, die notwendigen Kräfte des Staates für den längerfristigen Erhalt des IKE zu bündeln. Einschreibungen auf die Dringlichkeitsliste verhelfen zusätzlich einigen Staaten, sowohl interne als auch externe Ressourcen zu mobilisieren, da einige Einschreibungen Signalcharakter haben für jene, die die notwendigen Budgets auf staatlicher Ebene steuern, denn der neu erworbene Status verpflichtet auch die Staaten selbst mehr als nur moralisch.

Bewerbungsprozess und Einschreibung auf die UNESCO-Liste haben daher zunächst einen Effekt nach »innen«, wobei zu bedenken ist, dass mit einer Einschreibung gänzlich neue Herausforderungen für den Erhalt eines Elements entstehen können. In Mali etwa fiel auf, wie die wenigen erfolgreichen Festivals eine Welle von Nachahmungs-

Das Erlangen von Welterbestatus ist nicht nur ein punktuelles Ereignis

bemühungen auf noch so kleiner Kommunalebene bewirkten. Der UNESCO in Bamako wurde mit diesem Ziel vor zwei Jahren ein Antrag auf Unterstützung eines »Festivals« (samt Konferenz, Konzerten, Märkten) während der zweimal jährlich stattfindenden Transhumanz Yaaral und Degal angetragen, einer Pastoraltradition der Fulani des Nigerbinnendeltas, die seit 2008 UNESCO-Status genießt. Ungeachtet des Nutzens, den diese Initiative für den eigentlichen Erhalt der Tradition gehabt hätte, derartige Tendenzen der «Festivalisierung» des IKE sind riskant.

Mali ist heute jedoch ein Spezialfall: als im Frühjahr 2012 islamistische Gruppierungen den Norden Malis besetzten, folgte ein beispielloser Angriff auf die dortigen Kulturen. Die Zerstörung und Beschädigung von Moscheen, Mausoleen oder Manuskripten in Timbuktu, oder des Toguna – einer traditionellen Unterkunft des Rats der Dorfältesten – in Douentza im Dogon-Land, waren nur vordergründig gegen Konstrukte oder Objekte gerichtet. Tatsächlich zielten diese Handlungen auf kulturelle Identitäten und Gefühle einer im Namen einer radikal interpretierten Scharia einzuschüchternden Bevölkerung. Die Aufarbeitung dieser Krise wird daher nur dank einer Stärkung aller Kulturen Malis gelingen, damit die verschiedenen Ethnien und Gemeinschaften sich nicht nur versöhnen und zu einem Zusammenleben wieder befähigt werden; es geht auch darum, die tradierten Bräuche und Praktiken als Mittel zu Konfliktlösung und sozialem Frieden zu nutzen, ohne die selbst UNO-Friedensmissionen nicht auskommen könnten. Und tatsächlich: Zum ersten Mal in seiner Geschichte wurde nun in Mali eine UNO-Friedensmission mit dem Mandat ausgestattet, das Kulturerbe des Landes sichern zu helfen.

David Stehl ist Experte für Kulturerbe im UNESCO-Büro in Dakar (Senegal). Von 2001 bis 2010 arbeitete er in der Sektion für immaterielles Kulturerbe und im Sekretariat der 2003-Konvention der UNESCO in Paris, von 2011 bis Mitte 2013 leitete er die Kultureinheit des UNESCO-Büros in Bamako (Mali)

FOTO: JOAQUIM COELHO/FLICKR CC BY-NC-ND 2.0

Kulturerbe muss nicht in Stein gemeißelt sein

Zum Sinn und Wert von immateriellen Welterbetiteln in Afrika

ULF VIERKE

Es waren gerade afrikanische Staaten, die zusammen mit asiatischen das Anliegen vorantrieben, eigene UNESCO-Listen für immaterielles Kulturerbe zu schaffen. Die Forderung war verbunden mit einer Kritik am stark eurozentrischen Begriff von Kulturerbe, wie er in der UNESCO vorherrschte. Sind westliche Konzepte eines kulturellen Gedächtnisses oder Archivs, wie sie etwa in Deutschland prominent von Jan und Aleida Assmann formuliert wurden, universell anwendbar? Und inwieweit lässt sich ein von einer globalen Elite formuliertes kulturelles Erbe außerhalb ökonomischer und politischer Wertsetzung auch stimulierend für lokale Kulturen umsetzen? Zugleich hegte man die Hoffnung, dem immensen kulturellen Reichtum Afrikas, seinen performativen Traditionen, international Geltung zu verschaffen, nachdem diese bisher weitgehend im Schatten Europas und seiner in Stein gefassten Denkmalkulturen stand.

Kultur in ihren komplexen Verflechtungen dokumentieren

Das Ringen war erfolgreich: Schaut man sich die drei relevanten Listen immaterieller Welterbetitel an, so ist Afrika mit seiner Vielfalt an oral vermittelten kulturellen Techniken, Praktiken und Aufführungen, sehr präsent. Als symbolischer Akt ist der Nutzen der neuen Welterbetitel unbestreitbar. Gleichzeitig bleiben vielfältige Fragen offen. Die Kritik an immanenten Musealisierungs- und Folklorisierungstendenzen bleibt ebenso bestehen. Ebenso ist das Konzept von Kultur nach wie vor ein streitbares Thema: die nach dem zugrunde liegenden Konzept von Kultur und deren Implikationen für eine Bewertung als Weltkulturerbe. Konkret auf Afrika bezogen lässt sich z.B. fragen, ob angesichts einer in Europa kaum vorstellbaren kulturellen Heterogenität, Welterbetitel nicht nur nationalstaatliche Prestigeprojekte sind, die der Vielfalt auf lokaler Ebene kaum Rechnung tragen. Dies sei an einem Beispiel erläutert: Das Töpferhandwerk im Kgateleng-Distrikt in Botswana ist eine von vier Kulturpraktiken, die 2013 neu auf die Liste des gefährdeten Kulturerbes aufgenommen wurden. Mit dieser Liste will die UNESCO auf vom Aussterben bedrohte Kulturformen aufmerksam machen.

Die Gemeinschaft der Bakgatla ba Kgafela im Südosten Botswanas ist eine unter hunderten, wenn nicht tausenden allein in Afrika, in denen das traditionelle Töpferhandwerk vor dem Verschwinden steht, da industrielle Gefäße aus Plastik und Glas die Töpferwaren verdrängen. Eine vielleicht banale, aber dennoch legitime Frage muss am Anfang stehen, nämlich die, warum wir den Verlust von kulturellen Praktiken im Rahmen eines fortwährend stattfindenden Kulturwandels nicht akzeptieren und etwa mit Programmen grundständiger Dokumentation das Wissen bewahren. Des Weiteren ließe sich fragen, warum gerade die Töpferei der Bakgatla ba Kgafela als besonders schützenswert deklariert wird und nicht eine der vielen anderen? Was privilegiert eben diese eine lokale Ausprägung vor allen anderen, oder steht sie exemplarisch für eine Gruppe? Angesichts der immensen kulturellen Vielfalt scheint hier das Unterfangen der UNESCO nur stecknadelkopfgroße Miniaturschlaglichter zu ermöglichen. In Europa haben im 19. und 20. Jahrhundert viel stärkere kulturelle Homogenisierungsprozesse stattgefunden, die mit einer symbolischen Verdichtung im kulturellen Bereich einhergingen. Der symbolische Akt der Zuerkennung eines Welterbetitels ist hier an einem gänzlich anderen Umfeld entwickelt worden. In Afrika könnte er die laufenden Prozesse kultureller Flurbereinigung wenn nicht gar befördern, so doch zumindest als symbolisches Feigenblatt schamhaft bedecken.

In der Begründung der Listung des Töpferhandwerks im Kgateleng-Distrikt heißt es, dass es eng mit Glauben und traditionellen Praktiken verbunden ist. Aber welchen Nutzen hat es, diesen einen lokalen handwerklichen Bereich zu schützen, wenn der ganze kulturelle Kontext im Umbruch ist? Was soll da geschützt werden, die blutleere Hülle einer Technik? Im Fall der Töpferei im Kgateleng soll das Wissen zukünftig in Workshops weitervermittelt werden, auch um jungen Menschen Einkommensmöglichkeiten zu verschaffen. Aber allein die Kommerzialisierung wird den Charakter der Kulturtechnik fundamental verändern. Warum etwa sollte die Töpferei in diesem Kontext weiter nur Frauen vorbehalten bleiben? Warum sollten sie nur solchen vorbehalten bleiben, die Glauben, Sprache und insgesamt die Kultur in einer überkommenen Prägeart teilen? Das Wissen um die Technik ist sicherlich in Workshops vermittelbar, aber ersetzt es das traditionelle Lernen, wobei Töchter der Töpferinnen fast ohne verbalisierte Anleitungen, allein durch Nachahmen und Mithelfen sich die Technik aneignen? Technisches Wissen lässt sich weitergeben, nicht aber eine komplexe und weitgehend als körperliches Wissen erfahrene Kulturtechnik.

Das was vorgeblich geschützt werden soll, nämlich eine Kulturtechnik in ihrer Einbindung in ursprüngliche soziale, religiöse und andere Kontexte, wird verschwinden, denn es verschwindet mit den Menschen, die es inkorporiert haben. Das kann man bedauern, man kann es durch Wertschätzung versuchen aufzuhalten, verhindern wird man es nicht. Im Gegenteil, kultureller Wandel wird so eher angeregt, denn aufgehalten. Das ist für sich ja nicht einmal schlecht, auch wenn es nicht den Intentionen der Macher entsprechen mag.

Die größte Gefahr ist dabei, dass es offensichtlich von dem ablenkt, was dringender nötig wäre als Bewahrungsversuche, die doch nur emblematische Abziehbilder hervorbringen. Was wirklich Not tut, ist grundständige Dokumentation und Verstehen dieser Kulturelemente in ihren komplexen Verflechtungen mit einzigartigen Kulturen. Lokale Historiker, Linguisten und Ethnologen müssen dazu ermuntert werden, hier aktiv zu werden. Und hier hat die Arbeit der UNESCO vielleicht bereits jetzt schon ihren größten Nutzen auch vor Ort gezeigt, denn es sind gerade junge Wissenschaftler in Afrika, die ein neues Interesse an ihren lokalen Kulturen entdecken.

Ulf Vierke ist Leiter des Iwalewa-Hauses & des zentralen Archivs und Datenbanksystems der Afrikawissenschaften (DEVA) der Universität Bayreuth

Sehnsucht nach dem Gestern

Der Angriff der Zukunft auf die übrige Zeit hat begonnen

EIKE WENZEL

Möglicherweise wird der aktuelle Hype um Big Data und den NSA-Skandal auch für eine neue Debatte um unsere Erinnerungskultur sorgen. Der US-amerikanische Geheimdienst hat uns auf perfide Art und Weise demonstriert, dass man mittlerweile die ganze Welt quasi in Realzeit auf Datenspeicher bannen kann. Es ist also klar: Angesichts von Big Data brauchen wir neue Selektionsmechanismen, die unsere Erinnerung organisieren. Eine Retro-Welle überholt die andere. Waren wir nicht gerade noch im 1980er-Revival oder haben wir jetzt schon die 1990er-Partys hinter uns gebracht. Vergangenheit möchte erinnert werden, das trifft für Staaten, Kriege und andere singuläre Ereignisse zu, und es trifft natürlich auch auf unsere Popkultur zu. Was wäre Adidas ohne seine Heritage-Linie mit den verkulteten Schuhen, Taschen und Klamotten aus den frühen 1970er-Jahren? Der ewige Kontrahent Puma, der sich noch konsequenter als Lifestyle-Sportmarke profilieren wollte, hat erstaunlicherweise den Sprung zum Kultobjekt nicht geschafft.

Rückwärtsgewandtheit stellt die Sinnfrage – und das ist eigentlich fortschrittlich

Woher kommt diese Rückwärtsgewandtheit. Ist das noch normal, diese nostalgische Sehnsucht, das scheinbar melancholische Kramen im Gewesenen? Der seit Jahren anhaltende technologische Wandel – alle rund zwei Jahre verdoppelt sich die Rechnerleistung auf der Welt (Moore's Law) –, ein Ende dieser Entwicklung ist nicht absehbar – hat dazu geführt, dass sich Themen, Inhalte, Wahrheiten und Weltbilder in unendlich vielen Medien und Formaten präsentieren können. Der Megatrend Digitalisierung führt dazu, dass die Bites in einer Endlosschleife zirkulieren. Zuerst haben wir die Informationen digitalisiert. Mit den 3-D-Druckern beginnen wir jetzt auch, die Atome zu digitalisieren. Nach Bauplänen im Internet können wir schon jetzt mit einem 3-D-Drucker und ein paar Kilo Plastik- oder Metallgranulat einige Dinge vor Ort im stillen Kämmerlein ausdrucken. Hoch individualisierte Produkte, eine Fabrik@Home sozusagen, die Teile der Industrie zur Arbeitslosigkeit verdammen könnte. Das wird nach unserer Einschätzung in der Industrie in den kommenden Jahren jedoch noch keine Auswirkungen haben (andere Trendforscher sehen das ungleich optimistischer).

Seit rund zwei oder drei Jahren – eine genaues historisches Datum gibt es dafür wahrscheinlich nicht – ist zu beobachten, dass in einem relevanten gesellschaftlichen System wie der digitalen Wirtschaft der Angriff der Zukunft auf die Gegenwart begonnen hat. Big Data, neue Modelle und Softwareprodukte, die ungeheure Datenmengen immer intelligenter miteinander verknüpfen, machen es beispielsweise im Handel möglich, ziemlich genau vorauszusagen, welche Tiefkühlpizza wir morgen mögen werden. Im Silicon Valley nennt man diesen letzten Schrei der Marktforschung Predicitve Analysis – Datenkompetenz, die so minutiös arbeitet, dass tatsächlich Voraussagen, was zumindest Konsumverhalten angeht, von Computern für die nahe Zukunft möglich werden.

Rückwärtsgewandtheit sichert Identität in der digitalen Echtzeitgesellschaft

Mir geht es hier eher um die Erlebnisstruktur, die durch die Digitalisierung unseren Alltag zu beherrschen beginnt. Und diese Erlebnisstruktur lässt sich meines Erachtens so auf den Punkt bringen: Je mehr wir in der fluiden, flüchtigen und hochfluktuierenden Echtzeit-Datenkultur zu leben und zu denken gezwungen sind, umso mehr sehnen wir uns nach Orientierung, nach Raumzeit-Kontinuität, nach Entschleunigung und Sinn. Mit einem Wort: nach Identität in Zeiten der Hyperbeschleunigung. Und genau diesen Sinnzuwachs werden wir auch in den kommenden Jahren immer stärker in Modellen und Moden der Rückwärtsgewandtheit suchen.

Zukunft wird – in gewisser Weise – vorhersagbar

»Pregnancy Prediction« betitelt der amerikanische Lifestyle-Supermarkt »Target« seine neueste marktforscherische Errungenschaft. Einem Researcher-Team des Einzelhandelskonzerns ist es gelungen, Einkaufsverhalten so präzise auszuspionieren, dass »Target« beispielsweise die Schwangerschaft einer Kundin vorhersagen kann, bevor es die Kundin selbst weiß. Im Jahr 2012 ging ein Fall durch die amerikanische Presse, bei dem »Target« von der Schwangerschaft einer Minderjährigen über Research, Coupon-Aktionen etc. früher wusste als der eigene Vater (»New York Times«, 16.02.2012, »Forbes«, 16.02.2012).

Big Data gibt uns das vergiftete Versprechen, dass wir demnächst vielleicht sogar den Zufall besiegen können. Wir als Geschichtswesen spüren, dass damit etwas sehr Menschliches aus unserem Leben verschwinden würde: Alltag, Unberechenbarkeit, Kommunikation, Kreativität, Geistesblitze. Google möchte uns mit Assistenzsystemen wie »Google Now!« und die Datenbrille »Google Glass« weismachen, dass wir als Datenwesen in eine bessere Welt durchstarten. Wir als geschichtlich gewordene Individuen werden uns diesem Angriff der Zukunft auf die übrige Zeit mit Kräften widersetzen. Rückwärtsgewandtheit bedeutet zukünftig, Entschleunigung-Oasen zu schaffen: für sich selbst, für Entscheidungen, für Orientierung und Sinngebung. Rückwärtsgewandtheit bedeutet: wichtige Unterscheidungen aufrecht zu halten. Vor allem die Unterscheidung in das, was Vergangenheit (das, was passiert ist), was Gegenwart (das, was gerade geschieht) und was Zukunft ausmacht (das, was Realität werden könnte). Rückwärtsgewandtheit und auf seiner populärkulturellen Schwundstufe alle möglichen Retros und Reprisen können uns helfen, den Angriff der Zukunft auf die übrige Zeit abzuwehren.

Wir brauchen diesen zutiefst menschlichen Hang zur Rückwärtsgewandtheit, denn wir müssen zukünftigen Generationen mitteilen können, wie etwas geworden ist und wie man es in Zukunft vielleicht besser machen könnte. In der gegenwarts- und geschichtszertrümmernden Datenwelt der Googles et al droht uns diese schöpferische Qualität abhanden zu kommen.

Eike Wenzel ist Gründer und Leiter des Instituts für Trend- und Zukunftsforschung (ITZ)

FOTO: KATRIN KELLERMANN

Ein Klassiker des bayerischen Mundarttheaters: Der Brandner Kasper betrügt den »Boandlkramer« (Gevatter Tod) beim Kartenspiel und luchst ihm so weitere Lebensjahre ab

Mehr als nur gelebte Tradition

Das Amateurtheater der Mundarten und Minderheitensprachen als immaterielles Kulturerbe?

STEPHAN SCHNELL

Stellvertretend für weit über tausend Bühnen in Deutschland bewirbt sich der BDAT um die Anerkennung des »Amateurtheaters der Mundarten und Minderheitensprachen« als immaterielles Kulturerbe. Es ist die traditionelle künstlerische Form, in der sich Amateurtheatervereine mit ihrer Umwelt und ihrer Geschichte auseinandersetzen. Als kulturelle Praxis wird die Theaterkunst der Mundarten und Minderheitensprachen in den Vereinen von einer Generation an die nächste weitergegeben. Die Ritterschauspiele Kiefersfelden tun dies z.B. seit 1750. Durch das Spiel in der lokalen Mundart/Sprache vermittelt sich den Spielern und dem Publikum ein identitätsstiftendes Gefühl von Zugehörigkeit und Kontinuität. Das Theaterspiel in der »eigenen« Mundart bzw. Sprache ermöglicht dem Spieler nicht nur einen eigenen authentischen Ausdruck, sondern vermittelt immer ein spezifisches kulturelles Mehr, das nur in dieser Mundart/Sprache und in dem dafür notwendigen Spiel, und nicht anders, erlebbar wird.

Diese Form der Darstellenden Kunst ist an die Fähigkeit der Akteure gebunden, ihr Wissen und Können, ihre Traditionen, Sprachen, Feste, Rituale und soziale Formen zu pflegen, an nachkommende Generationen zu vermitteln und gemeinsam weiterzuentwickeln. Ihr liegt ein sehr weit gefasster Volkstheaterbegriff zugrunde. Die Stoffe reichen von Mythen, Legenden über Schwänke bis zur kritischen Auseinandersetzung mit der Historie und sozialen Gegenwart. Mit jeder Inszenierung und jeder Interpretation werden die Themen immer neu und immer wieder erfunden.Jede Generation entdeckt für sich neu, was sie an den Stoffen wichtig findet und wie sie diese vorgefundenen Formen auf ihre Weise fortführt.

Zugleich wird es, wenn auch noch mit regionalen Unterschieden, immer schwieriger, gesellschaftliche Anerkennung und in der Folge auch Nachwuchs zu gewinnen.

Mit seinem über Generationen überlieferten Wissen und den damit verbundenen vielfältigen Fertigkeiten, seinen Kunst- und Handwerkstechniken im Masken- oder Bühnenbau und bestimmten Aufführungspraktiken z.B. im Freilichttheater, ist das Amateurtheater eine wichtige kulturelle Ressource.

Das große kulturelle Erbe repräsentiert sich erst in der Vielfalt seiner Formen. Der BDAT stellt den Antrag bewusst für die Gesamtheit der vielfältigen Formen des Amateurtheaters der Mundarten und Minderheitensprachen. Denn es erscheint unmöglich, eine spezifische Form herauszuheben, ohne die anderen zugleich gering zu schätzen.

Stephan Schnell ist Bildungsreferent und Stellvertretender Geschäftsführer beim Bund Deutscher Amateurtheater

Einzigartige Vielfalt

Deutscher Bühnenverein schlägt deutsche Theaterlandschaft für die Liste des immateriellen Erbes vor

KATHRIN VOGEL

Der Deutsche Bühnenverein hat die historisch gewachsene Vielfalt künstlerischer Ausdrucksformen der einzigartigen deutschen Theater- und Orchesterlandschaft, insbesondere des Ensemble- und Repertoirebetriebs, für die Liste des immateriellen Kulturerbes der UNESCO vorgeschlagen.

Die deutsche Theater- und Orchesterlandschaft zeichnet sich aus durch eine in der Welt einmalige Vielfalt künstlerischer Ausdrucksformen. In Schauspiel, Figurentheater, Oper, Operette, Musical, Tanz, Konzert sowie in performativen Veranstaltungen unterschiedlichster Art verwirklichen sich diese Ausdrucksformen. Aus dem feudal-höfischen Repräsentationsbedürfnis und später aus einem spezifischen, bürgerlichen Gestaltungswillen erwachsen, verstehen sich die Theater und Orchester als Agenten einer lebendigen Tradition und als präsente Akteure in den gesellschaftspolitischen und ästhetischen Gegenwartsdebatten. Ihren kulturellen Raum findet diese künstlerische Vielfalt nicht nur in den öffentlich getragenen Stadt- und Staatstheatern sowie Landesbühnen, sondern auch in einer großen Zahl von Privattheatern und freien Gruppen. Hinzu kommen die vielen Musik- und Theater-Festivals sowie weit über 100 Theater- und Sinfonieorchester unterschiedlicher Größe. Gerade dieser Reichtum macht das immaterielle Kulturerbe aus.

In dieser Vielfalt eröffnen Theater und Orchester jene immer rarer werdenden Räume der Teilhabe eines gemeinsamen Erlebens und lebendigen Austauschs. Dabei verstehen sich ihre Mitarbeiter als Mitgestalter unseres Gemeinwesens. Durch ihre direkte, kontinuierliche, der Vermittlung künstlerischer Prozesse dienenden Arbeit, die sie mit und für Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Milieus – auch im Hinblick auf Interkulturalität – leisten, tragen sie wesentlich zur kulturellen Bildung bei. Dies gilt insbesondere für die Kinder- und Jugendtheater.

Die große Bedeutung dieser Kulturlandschaft liegt darin, dass sie auf neue soziale, kulturelle, politische Entwicklungen und sich daraus ergebende Probleme und Verhältnisse flexibel zu reagieren weiß und Veränderungen als Herausforderung begreift, um sich immer wieder neu zu erfinden. Tragende Elemente ihrer künstlerischen Arbeit sind Ensemble und Repertoire. Das gilt vor allem für die Stadt- und Staatstheater, die Landesbühnen sowie die städtischen und staatlichen Orchester. Mit denselben Künstlern in immer wieder anderen Stücken begegnen sie ihrem Publikum und veranlassen es zur Reflexion.

Kathrin Vogel ist Mitarbeiterin des Deutschen Bühnenvereins

Moderner Tanz

Stilformen und Vermittlungstraditionen der Rhythmus- und Ausdruckstanzbewegung

CLAUDIA FLEISCHLE-BRAUN

Die Gesellschaft für Tanzforschung hat die zu Beginn des 20. Jahrhunderts sich neu formierenden modernen Tanzstile und Ausbildungstraditionen der Rhythmus- und Ausdruckstanzbewegung in den Mittelpunkt ihrer Bewerbung zur Aufnahme in das bundesweite Verzeichnis der immateriellen Kulturgüter gestellt. In der Zeit der Weimarer Republik entstanden durch das Wirken von Einzelpersönlichkeiten wie Rosalia Chladek, Rudolf von Laban, Mary Wigman Gret Palucca, Kurt Jooss und andere. verschiedene ästhetische Stile und auch differente Vermittlungspraktiken des modernen, freien und expressiven Tanzes.

Angeregt durch die Lebensreformbewegung und die Diskurse der gesamten Kunst-Avantgarde waren die Tanzschaffenden auf der Suche nach neuen Ausdrucksformen des Körpers, auch in Abgrenzung zur damaligen konventionellen klassischen Bühnentanzkunst. Mit ihren innovativen künstlerisch-choreografischen Ansätzen und Vermittlungsmethoden prägten sie nachhaltig den Bühnentanz der Moderne und ebenso die Tanzpädagogik. Denn die meisten Protagonisten haben ihre künstlerischen Auffassungen sowie die Ergebnisse ihrer Bewegungsforschung und die Prinzipien ihrer Lehre in den von ihnen gegründeten Schulen und Ausbildungsstätten verbreitet und in »Meisterkursen« theoretisch und praktisch weitervermittelt. Die Rhythmus- und Ausdruckstanzbewegung hat nicht nur die Bühnentanzkunst revolutioniert, sondern sich auch in besonderer Weise für die künstlerische Betätigung und Schulung von Laien engagiert (unter anderem durch das Bewegungschorwesen).

Die künstlerischen Education Projects und die Community-Dance-Projekte zeitgenössischer Tanzpädagogen greifen heute auf diese Ideen zurück. Aufgrund der in einigen Stilen äußerst ausgereiften Bewegungstechniken und Methoden der Körperbildung und ihrer experimentell-explorativen und prozessorientierten Vermittlungsweise sind die verschiedenen Ausrichtungen des modernen expressiven Tanzes auch heute noch in verschiedenen Ausbildungskontexten eine Grundlage der zeitgenössischen Tanzausbildung.

Um allerdings die besonders elaborierten Ausprägungen der Rhythmus- und Ausdruckstanzbewegung in ihrer Differenziertheit und Eigenständigkeit zu erhalten, wäre es förderlich, wenn die Arbeitsweisen und Lehrmethoden (Chladek-System, Elementarer Tanz, Laban-System, Jooss-Leeder-Methode und andere) des im deutschsprachigen Raum entstandenen modernen expressiven Tanzes in ihrer Gesamtheit in das Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes in Deutschland aufgenommen würden. Daher haben an dieser Bewerbung alle Gruppierungen und Einrichtungen mitgewirkt, die mit der Weitervermittlung des modernen Tanzerbes und der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Rhythmus- und Ausdruckstanzbewegung befasst sind.

Claudia Fleischle-Braun ist Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Tanzforschung

Der Klang der Glocken als Kulturerbe

Ein Diskussionsimpuls

JAKOB JOHANNES KOCH

Unter dem Titel »Sounds and Noises from Berlin« kann man auf www.berlincast.com die originalen »Soundscapes« Berlins anhören, also die Klanglandschaften öffentlicher Plätze der Stadt. Mehr als 50 akustische Fingerabdrücke etwa vom Gleisdreieck, den Hackeschen Höfen oder dem Görlitzer Ufer sind da eingestellt. Dieses ungewöhnliche Projekt macht neugierig, dem »Sound of Berlin« einmal mit eigenen Ohren ganz bewusst und »live« nachzuspüren.

Hier also der Bericht vom Feldversuch. Mildes Wetter in Berlin-Mitte, kurz vor Mittag. Ort: Straßencafe an der Kupfergrabenbrücke Ecke Zeughaus. Augen zu und Ohren auf. Presslufthämmer von der Schlossbaustelle. Nebenan kämpft Tech-House-Musik mit russischer Akkordeon-Folklore. Ein Skateboard klappert. Ein Helikopter und natürlich Autos, Autos, Autos. Doch plötzlich: Ein Metall wird angeschlagen, ein reiner Ton mit edlem Nachhall. Und dann wieder und wieder. Richtig, es ist tatsächlich eine Glocke, aus Richtung Dom. Aus der Gegenrichtung nun drei Glocken im ernsten Moll-Akkord, das muss die Hedwigskathedrale sein. Auf einmal läutet's jetzt aus allen Himmelsrichtungen: energisch von der Marienkirche, fröhlich von der Sophienkirche, ein wenig dörflich von der Golgathakirche, silbrig von der Parochialkirche, majestätisch von der Versöhnungskirche und wie ein weicher, samtener roter Teppich die feierliche Terz der Bartholomäuskirche. Ein Percussions-Ensemble auf höchstem Niveau. Ein Umsonst-und-draußen-Konzert, das den Alltagslärm nicht überbrüllt, sondern ihn umarmt. Das ist die Soundscape von Berlin-Mitte an einem normalen Werktag kurz nach Zwölf.

In fast allen europäischen Städten wird mittags ein solches Glocken-Konzert gegeben. Und das ist nur eine Etüde im Vergleich zur »Sinfonie der Tausend«, die sonntags zwischen neun und zwölf ertönt, wenn die großen Geschwister mit einstimmen: die Bronze-Riesen mit ihren Alt- und Bassstimmen. Live, nicht vom Band. Und jeweils ganz und gar original. Das heißt: Nur oberflächlich klingt jede Glocke gleich; die unverwechselbare Mischung aller Geläute einer Stadt macht ihre Soundscape zum Unikat.

Erstaunlich, dass auf berlincast.com das tägliche Glocken-Konzert, das Berliner Unikat, gar nicht vorkommt. Warum eigentlich? Seit Berlins Stadtgründung erklingt es – mit einigen Jahren

»Place Branding« für ihre Städte

erzwungener Pausen – täglich und jene Webpräsenz, welche die »Sounds from Berlin« feilbietet, überhört es … .Die Glocken machen seit mehr als 1.000 Jahren erfolgreiches »Place Branding« für ihre Städte und trotzdem sind sie gemeinhin kein Thema. Dieses Überhören ist kein Grund für Kritik, nein, es ist grundmenschlich. Das, was uns tief vertraut ist, hören wir, indem wir es überhören. Wer hört schon das eigene Atemgeräusch? Der Glockenklang über dem Himmel von Berlin gehört so selbstverständlich zur Berliner Luft, Luft, Luft, dass man ihn vermeintlich nicht eigens dokumentieren muss. Und das gilt auch für Bochum und Oldenburg und Eschweiler und so weiter.

So schön dieses Vertrautsein ist – es ist zweischneidig. Noch vor zwanzig, dreißig Jahren läuteten die Glocken drei- bis fünfmal am Tag in zahllosen, kunstvoll variierten, der Tageszeit und dem weltlichen wie kirchlichen Kalender subtil angepassten Motiven. Heute läuten sie werktags vielerorts nur noch einmal, nämlich mittags. Mit Rücksicht auf jene, die den bronzenen Wohlklang eigenartiger Weise als »Lärm« empfinden, wird zunehmend die Läutedauer auf drei Minuten und die Schlagkraft des Klöppels auf 60 Dezibel reduziert. Nicht wenige Glocken sind ganz verstummt, weil ihre historischen Holzjoche in den Extrem-Sommern 2003 und 2010 schrumpften, weil die Kirchtürme durch die seismischen Schwingungen baufällig wurden, weil die bis zu 1,2 Tonnen schweren Glocken-Klöppel über ihrer harten Arbeit Haarrisse bekamen und weil für alle hier nötigen Sanierungsarbeiten kleineren Kirchengemeinden das Geld fehlt. So kommt es, dass der Klang der Glocken peu à peu abnimmt; unmerklich, in scheinbar moderaten Dosen. Werden sie – betriebswirtschaftlich unrentabel und immer im Clinch mit dem Immissionsschutzgesetz – irgendwann einmal ganz schweigen? Wie sagte schon Arthur Schopenhauer: »Meistens belehrt uns erst der Verlust über den Wert der Dinge.«

Das »Übereinkommen zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes« der UNESCO hat Schutz und Erhaltung des »dringend erhaltungsbedürftigen immateriellen Kulturerbes« zum Ziel. Demnach zählen zum immateriellen Kulturerbe »Bräuche, Darstellungen, Ausdrucksformen, Wissen und Fertigkeiten – sowie die dazugehörigen Instrumente, Objekte, Artefakte und kulturellen Räume – (…), die Gemeinschaften, Gruppen und gegebenenfalls Einzelpersonen als Bestandteil ihres Kulturerbes ansehen«. Dass der Klang der Glocken internationales Kulturerbe schlechthin ist, ist unstrittig: vom Ur-

Kultur jenseits der Sprachgrenzen

sprungsland China bis zur christlichen Liturgie, von Schiller bis Pink Floyd, vom Chronometer bis zum Friedenssymbol, vom Hochzeitsjubel bis zum Toten-Signal, vom Katastrophenwarner bis zum kollektiven Ausdruck von Dank und Erinnerung. Angesichts des schleichenden Verstummens des Glockenklangs ist dieser dringend erhaltungsbedürftig – und zwar nicht nur der Glockenklang europäisch-christlicher Tradition, sondern genauso auch der Glockenklang tibetisch-buddhistischer, japanisch-shintoistischer und indisch-hinduistischer Kulturräume.

Jüngst wurde von verschiedener – nicht nur kirchlicher – Seite angeregt, etwa die Aachener Heiligtumsfahrt, die Fronleichnamsprozession oder den römisch-katholischen Ritus der Messfeier in die »Repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit« der UNESCO aufzunehmen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Wallfahrt, Sakramentsprozession und Messfeier streng für sich genommen nicht *Kultur*, sondern *Kultus* sind. Sie sind kulturprägend, aber an sich vorkulturell. Ihre Wirkung ist Kulturerbe, sie selbst aber sind Religionserbe. Beim Klang der Glocken ist das anders. 1. Er ist ein textloser und damit neutraler Naturton-Klang, erzeugt durch das Artefakt hochkultureller handwerklicher Tradition. Es gibt ihn schon seit 5.000 Jahren, also lange vor Gründung des Christentums. 2. Er ist interkulturell: Ob Domglocke, buddhistische Tempelglocke, Shintō-Schrein-Glocke usw. – sie alle vermitteln jenseits der Sprachgrenzen Feierlichkeit, Zeitmarkierung und Transzendenz. 3. Er ist Kultur im umfassendsten Sinne: ein Teil allgemeine Lebensgestaltung (z.B. Uhrenschlag), ein Teil Friedensarbeit (z. B. Friedensglocken in Hiroshima und Berlin), ein Teil Politik (z.B. Staatsglocke in Notre Dame de Paris), ein Teil Brauchtum (z.B. Totensonntagsgeläut), ein Teil Kunst (z.B. Carillon-Spiel), ein Teil kollektives kulturelles Gedächtnis (z.B. Glockengeläut zum 50. Jahrestag des Mauerbaus) und ein Teil Religion (z.B. Einladung zum Gottesdienst sowie Markierung wichtiger liturgischer Momente). Dieses zugleich Strukturelle und Holistische ist deckungsgleich mit dem weithin zum Konsens gewordenen modernen Kultur-Begriff, wie ihn etwa F. de Saussure oder E. Cassirer eingeführt haben.

Fazit: Der Klang der Glocken (nicht die Glocke selbst) – wo immer auf der Welt er ertönt – entspricht sehr gut dem, was die UNESCO als »immaterielles Kulturerbe« geschützt und erhalten wissen will. Man sollte ihn für die Aufnahme in die Liste vorschlagen.

Jakob Johannes Koch ist seit 2000 Kulturreferent im Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz und deren Delegierter in der Deutschen UNESCO-Kommission

Harmonie statt schräger Töne

Interview mit Angelika Kutz über Konflikte in Orchestern und deren Beilegung

Angelika Kutz ist Rechtsanwältin, Mediatorin und Kulturmanagerin. Ihre Unterstützung bei der Beilegung eines Konfliktes kommt u.a. dann zum Einsatz, wenn die Atmosphäre in einem Orchester in Schieflage geraten ist.

Sind Opernorchester eigentlich streitlustiger als Kammerorchester oder Rundfunkorchester?
Eine Orchestertypus-bezogene Streitkultur habe ich bislang nicht beobachten können. Streitigkeiten hängen von den unterschiedlichsten Faktoren ab und die Auseinandersetzungen in den Orchestern sind sehr individuell. Wenn es »kracht«, dann sind die Konfliktanlässe in der Regel ähnlich. Zumeist werden sie (mit) verursacht durch die besonderen Arbeitsbedingungen der Orchestermusiker im Gegensatz zu manch anderem Beruf.

Bekommen Sie Anfragen von Laienorchestern wie Profiorchestern?
Streitigkeiten machen natürlich auch vor Laienorchestern nicht Halt. Im Unterschied zu den Profiorchestern haben Musiker im Laienbereich die Möglichkeit, das Orchester zu verlassen und ein neues zu suchen. Im Profibereich ist dieser Schritt deutlich schwieriger, wenn nicht gar an manchen Stellen unmöglich. Auf professioneller Ebene ist der Konflikt häufig schärfer, da der Zwang zusammenzubleiben aus ökonomischen Gründen für jeden einzelnen Musiker viel größer ist.

Sind denn Orchestermusiker besonders anfällig für Stress?
Stress ist in der Arbeitswelt heutzutage sehr verbreitet. Der Arbeitsalltag in einem Orchester unterliegt speziellen Arbeitsbedingungen. Es geht oft sehr hektisch zu, es ist wenig planbar, großer Zeitdruck herrscht und nicht zu vergessen ein enormer Leistungsdruck durch gestiegenen finanziellen und personellen Wettbewerb.

Haben die Schlagzeilen der letzten Monate und Jahre über das Orchestersterben die Lage weiter verschärft?
Je schwieriger die Arbeitsumstände, desto größer der Druck, der auf den Beschäftigten lastet. Was, wenn ich meinen Arbeitsplatz verliere, was, wenn ich keine neue Anstellung im sowieso engen Arbeitsmarktsegment für Orchestermusiker mehr finde? Die Lage ist generell angespannt, so dass jeder zusätzlich ausgeübte Druck die Konfliktanfälligkeit erhöht. Empirische Studien zum Zusammenhang von Orchestersterben und Konfliktzunahme im Orchester liegen aber meines Erachtens bislang noch nicht vor. Generell ist zu beobachten, dass viel zu lange gezögert wird, bis sich die Betroffenen professionelle Hilfe holen, um ihre Konflikte beilegen zu können. Verfestigen sich Konflikte erst einmal über einen längeren Zeitraum, ist es schwierig, sie zu beheben.

Und wer erbittet Ihre Hilfe und Ihren Rat, wenn es dann kracht?
Die Anfragen kommen von den Orchestervorständen, von Orchestermanagern oder auch von den Musikern selbst. Zentral ist, dass die Orchesterleitung die Mediation mitträgt und unterstützt. Die alles entscheidende Voraussetzung ist allerdings, dass die Konfliktbeteiligten einen Einigungswillen haben, sonst funktioniert es nicht.

Nachdem Sie hinzugezogen wurden, wie sieht dann die praktische Arbeit an der Konfliktlösung aus?
Es ist sehr wichtig, die Streitbeilegung auch räumlich von dem täglichen Arbeitskontext zu trennen. Die Neutralität des Verhandlungsumfeldes soll gewährleistet sein. In einem ersten Schritt verfassen die eigentlich Beteiligten eine sogenannte Anlassschilderung. Auf einer DIN-A4-Seite stellen die Beteiligten ihre Sicht der Dinge dar. Diese Darstellung ist ausschließlich für mich und meine Vorbereitung gedacht. Mediation ist ohnehin ein absolut vertrauliches Verfahren, entsprechende Verschwiegenheitsregeln finden sich in meinem Vertrag, den ich mit dem jeweiligen Orchester schließe. Aufbauend auf den Anlassschilderungen stelle ich Hypothesen über die eigentliche Konfliktursache auf und lege das für den Einzelfall aufgrund der individuellen Konfliktsituation jeweils notwendige weitere Verfahren (Teilnehmer der Mediation, zeitlicher Rahmen etc.) fest. Die ersten Gespräche mit den Musikern in der Gruppe sind dann sehr stark sachebenenorientiert. Danach wird festgelegt, mit welchen Themen die Beteiligten beginnen möchten und dann erst geht es um die Gefühlsebene. Diese nach Ebenen getrennte Vorgehensweise hat den großen Vorteil, dass eine Beruhigung erzielt wird und die Betroffenen besser miteinander ins Gespräch finden.

Nimmt das ganze Orchester an den Sitzungen teil?
Das ist von Fall zu Fall unterschiedlich. Wenn das Orchester im Ganzen »betroffen« ist, dann muss die Klärung unter Beteiligung aller herbeigeführt werden. Konflikte zwischen zwei Stimmen oder innerhalb einer Stimme müssen entsprechend mit den Beteiligten geklärt werden. Streitigkeiten ziehen oftmals Kreise, denn so ein rein zahlenmäßig »kleiner« Konfliktherd streut mittel- und langfristig. In der Konfliktes-kalationssystematik sprechen wir im Fall der Ausweitung von »Alliierte sammeln«, also dem Ausweiten des Konflikts durch das Miteinbeziehen potenzieller Verbündeter. Das gilt es zu vermeiden, weil es die Situation weiter verschärft.

Wie lange dauert so ein Prozess ungefähr?
Über die Zeit einer Mediation kann ich aufgrund der Unterschiedlichkeit jedes Konfliktes keine pauschale Angabe machen. Ausschlaggebend sind die Komplexität des Konfliktes und die Bereitschaft der Betroffenen zur Konfliktbereinigung.

Gibt es Konflikte, die unlösbar sind?
Ob eine Lösung gefunden wird oder nicht, entscheide nicht ich als Mediatorin, sondern das entscheiden die Beteiligten.

Mich würde noch interessieren, wie sind Sie eigentlich zu dem Beruf als Orchestermediatorin gekommen?
Mit ungefähr zehn Jahren begann ich in Orchestern zu spielen. Im nicht-professionellen Kontext machte ich erste Erfahrungen, was es bedeutet, wenn ein Orchester zerstritten ist. Dabei ist doch jede/r Einzelne in so einem großen Apparat ganz wichtig, um das, was der Komponist ausdrücken wollte, auf die Bühne zu bringen. Während meiner jahrelangen Orchestererfahrung, später auch im Profi-Kontext, kam ich immer wieder mit Konflikten im Ensemble in Berührung. Ich habe mehr als einmal beobachtet, dass die Menschen mit der Liebe zur Musik ihre Karriere starteten und durch viele Zwänge, Stress und Streit ist vielen Musikern später die Freude am Beruf und vielleicht auch am Musizieren abhanden gekommen. Diese Beobachtungen haben dazu geführt, dass ich Mediation als Verhandlungsunterstützung nicht nur in familiären Kontexten und im Arbeitsleben, sondern auch zusätzlich speziell für Orchester anbiete.
Das besondere bei Orchestermusikern ist, dass sie einmal angestellt, in dieser Personenkonstellation oftmals bis zur Rente bleiben. Vielleicht verlässt mal der eine oder andere Kollege das Orchester, im Großen und Ganzen ändert sich aber nicht viel. Büßen die Musiker ihre Spielfreude ein, begleitet sie dieser Mangel eventuell ihre ganze Musikerlaufbahn. Als Mediatorin probiere ich, diese Sackgassen vermeiden zu helfen.

FOTO: PRIVAT

Eine orchestertypusbezogene Streitkultur habe ich bislang nicht beobachten können. Die Auseinandersetzungen sind sehr individuell

Hören Sie bei einem Konzertbesuch unmittelbar heraus, ob es zwischenmenschliche Misstöne im Orchester gibt?
Wenn ich vor Ort bin, muss ich die Musiker gar nicht unbedingt spielen hören, um zu merken, dass etwas nicht stimmt. Wenn man entsprechend geschult ist, kann man dies allein schon durch Beobachtung erkennen. Gleichzeitig höre ich natürlich auch, ob ein Orchester miteinander harmoniert oder nicht. Wenn es zwischenmenschlich knirscht, leidet automatisch die Qualität. Und das kann sich letztlich heute niemand mehr leisten.

Das Interview führte Stefanie Ernst, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Kulturrat

www.orchester-mediation.de

Die Studie gliedert sich in vier Teile. Nach einer Einführung wird im ersten Teil eine Bestandsaufnahme zum Arbeitsmarkt Kultur vorgenommen. Dabei wird sowohl auf die Ausbildung für diesen Arbeitsmarkt, die Arbeitgeber, die abhängige Beschäftigung wie auch die Selbständigen eingegangen. Im weiteren Teil wird eine explorative Analyse des sozio-ökonomischen Panels zum Arbeitsmarkt Kultur vorgenommen. Danach werden Daten der Künstlersozialversicherung dezidiert ausgewertet. Im letzten Teil erfolgt eine Zusammenschau der Untersuchung.

Jetzt bestellen: www.kulturrat.de/shop.php

ISBN: 978-3-934868-30-4
336 Seiten · 17,80 Euro
Auch im Buchhandel erhältlich.

Schutz der Privatheit ist Grundlage der Demokratie

Deutscher Kulturrat unterstützt Aufruf der Schriftsteller gegen die systematische Überwachung

Der Deutsche Kulturrat unterstützt den internationalen Aufruf der 560 Schriftsteller gegen die systematische Überwachung im Internet durch Geheimdienste wie die amerikanische NSA. In dem Aufruf, der am 10.12.2013 in der FAZ und in weiteren 31 Zeitungen weltweit abgedruckt wurde, fordern die Schriftsteller eine verbindliche internationale Konvention der digitalen Rechte.

Der Deutsche Kulturrat unterstützt das Anliegen der Schriftsteller, die demokratischen Werte in der digitalen Welt zu verteidigen. Wir teilen die Sorge über die Massivität der digitalen Ausspähung durch Geheimdienste.

Die Freiheit des Geistes, der Künste, der Meinungsäußerung und der Medien sind Grundpfeiler der Demokratie. Gerade für künstlerische und journalistische Arbeiten ist es unabdingbar, dass jeder frei und ohne Sorge vor Bespitzelung kommunizieren, telefonieren, im Netz recherchieren und arbeiten kann. Die Debatte um Datensicherheit darf sich nicht auf technische Fragen beschränken. Der Deutsche Kulturrat sieht vielmehr die Notwendigkeit einer umfassenden gesellschaftlichen Diskussion über den Umgang mit Daten, Medienethik und den Wert von Informations-, Meinungs- und Kunstfreiheit für unsere Demokratie im digitalen Zeitalter. Der Aufruf der Schriftsteller ist ein sehr wichtiger Schritt zur Anregung einer solchen Debatte.

Wir verlangen von der Bundesregierung, dass sie einen starken Datenschutz für alle Bürgerinnen und Bürger garantiert. Nicht, weil eine völlige Überwachung heute technisch möglich ist, darf sie gemacht werden, sondern im Gegenteil, der Schutz der Privatheit und der Intimsphäre jedes Einzelnen sind Grundlagen eines demokratischen Gemeinwesens.

FOTO: SERAPH / PHOTOCASE.COM

Regulierung für alle Medien?

Vom Rundfunkstaatsvertrag zum Medienstaatsvertrag

HELMUT HARTUNG

Im Mai dieses Jahres hat Olaf Scholz, Erster Bürgermeister Hamburgs, die Forderung erhoben, anstelle des Rundfunkstaatsvertrages einen Medienstaatsvertrag zu erarbeiten. Die Rundfunkstaatsverträge, die zwischen den 16 Bundesländern abgeschlossen worden sind, haben Fragen des privaten und öffentlich-rechtlichen Hörfunks und Fernsehens behandelt und diese Medien auch reguliert. Ein solcher Medienstaatsvertrag, auf den Olaf Scholz als erster Ministerpräsident drängt, ist nicht nur eine lineare Weiterentwicklung des Rundfunkstaatsvertrages in den Online-Bereich, wie es auf den ersten Blick erscheint, sondern er hätte Konsequenzen für alle Medien, die traditionellen wie die Neuen.

Der Politik muss es bei einer medienpolitischen Neuordnung darum gehen, Vielfalt dort sicherstellen, wo Informationen von den Lesern und Zuschauern gefunden werden können. Das sind zwar noch einzelne Medienkanäle wie Fernsehsender, gedruckte Zeitschriften oder Zeitungen oder die Online-Seiten von Medien, aber es werden zunehmend die Plattformen, auf denen zwar im Prinzip alles verfügbar, aber oft nur theoretisch auffindbar ist. Dazu kommen wichtige Fragen der Netzneutralität, des freien Zugangs zu Angeboten, des fairen Wettbewerbs zwischen neuen und traditionellen Medien. Der digitale Wandel, der unsere Medienlandschaft verändert, ist durch vier Faktoren gekennzeichnet:

- Die Medieninhalte werden überall verfügbar.
- Jeder Inhalt konkurriert mit allen anderen um Aufmerksamkeit.
- Die Zahl der Möglichkeiten, Informationen aufzunehmen, übersteigt bereits die Verarbeitungskapazität der Nutzer.
- Die Wertschöpfungsketten verändern sich.

Diese Faktoren beeinflussen die inhaltlichen Konzepte und Geschäftsmodelle aller Medien und sie haben Konsequenzen für die gesellschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Dazu gehören bisher neben den Rundfunkstaatsverträgen die Landesmediengesetze, aber auch Gesetze, für die der Bund zuständig ist, wie das Telekommunikationsgesetz, das Kartellrecht, das Urheberrecht oder das Jugendmedienschutzgesetz. Das alles soll in einem Medienstaatsvertrag miteinander verknüpft und aufeinander abgestimmt werden. Das heißt, die bisher unterschiedlichen Interessen und rechtlichen Voraussetzungen für die Presse, das Fernsehen, den Hörfunk, die Online-Angebote und die Plattformen sollen künftig in einem Rechtsrahmen geregelt werden.

Dazu müssen auch bisherige Grundsätze infrage gestellt werden, zu denen unter anderem unterschiedliche Werberegelungen offline und online, differierende Regelungen für Bewegtbild oder eine Fernsehzentriertheit beim Medienkonzentrationsrecht gehören. Aber möglicherweise auch, dass Inhalte der Presse keinerlei Regulierung unterliegen.

Für diese und andere Fragen benötigen wir einen medienpolitischen Grundkonsens, der nicht technisch, sondern gesellschaftlich zu bestimmen ist. Dabei geht es um grundlegende Werte wie Freiheit und Öffentlichkeit. Unsere Demokratie ist ohne Öffentlichkeit nicht denkbar, deshalb darf sie nur behutsam gesetzlich und staatlich gesichert werden, weil sie gefährdet ist, wenn sie nicht freiheitlich durch Medien gewährleistet wird. So betonte der SPD-Politiker Olaf Scholz in der eingangs erwähnten Rede: »Wir sollten es uns als Länder zutrauen, einen Medienstaatsvertrag zu schreiben, der auf Artikel 5 des Grundgesetzes aufsetzt, eine umfassende Medienordnung auf der Höhe der digitalen Zeit beschreibt und so das vielfach geforderte level playing field absteckt.« Ein level playing field auch für digitale Geschäftsmodelle von Verlagen.

Artikel 5 des Grundgesetzes formuliert in Absatz 1: »Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.«

> **Wir brauchen einen medienpolitischen Grundkonsens**

Das bedeutet, dass natürlich auch ein künftiger Medienstaatsvertrag die Freiheit der Presse respektieren muss. Andererseits verändern sich auch die Inhalte der Medienhäuser, werden Bewegtbildangebote für Verlage immer wichtiger. Bereits 2011 existierten 1.500 deutschsprachige Web TV-Angebote, davon 300 auf Verlagswebsites. In einer aktuellen Umfrage des Verbands Deutscher Zeitungsverleger (VDZ) bezeichneten 44 Prozent der Verlage Bewegtbildangebote als erstrangiges Wachstumsfeld. Wie sollen diese Web-TV-Angebote in einem künftigen Medienstaatsvertrag behandelt werden?

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Fernsehen aufgrund der Intensität des optischen Eindrucks und der größeren Reichweite im Verhältnis zu anderen Medien eine Sonderstellung eingeräumt. Aus dieser einzigartigen Rolle des Fernsehens leitet das oberste Verfassungsorgan sowohl einen besonderen Schutz als auch die Notwendigkeit der Regulierung ab. Eine besondere emotionale Wirkung für die Meinungsbildung weisen aber alle Bewegtbildinhalte auf, unabhängig davon, ob sie in einem Fernsehkanal gesendet oder über eine Online-Seite genutzt werden und unabhängig davon, ob man sie als Rundfunk definiert oder nicht. Das wirft die Frage auf, ob ein künftiger Medienstaatsvertrag um eine Regulierung von Medieninhalten herumkommt oder ob sie unregulierten, »unbewegten« Presseinhalten gleichgesetzt werden können.

Helmut Hartung ist Chefredakteur des medienpolitischen Fachmagazins promedia

Konsultationen statt Reformen?

Von einer Bewegung im Europäischen Urheberrecht kann nicht die Rede sein, meint unsere Autorin

CHRISTINE GERLACH

Die europäischen Urheberrechtsregelungen müssen modernisiert und die Lizenzvergabe muss erleichtert werden, wobei ein hohes Schutzniveau im Bereich der Rechte des geistigen Eigentums zu gewährleisten und die kulturelle Vielfalt zu berücksichtigen ist.« Dieser Satz stammt nicht etwa aus dem letzten Positionspapier des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu einer der zahlreichen Konsultationen der Europäischen Kommission, sondern aus den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Oktober 2013.

Dieser Satz ist in vielerlei Hinsicht bemerkenswert. Zum einen im Hinblick auf die Kommissionspolitik der letzten Jahre, zum anderen aber, und das ist viel wichtiger, im Hinblick auf die Forderung selbst.

Mit Beginn der Amtszeit von Michel Barnier als EU-Kommissar für Binnenmarkt verknüpften sich viele Hoffnungen, dass sich im Urheberrecht in Brüssel endlich etwas tun werde. Nun neigt sich die Amtszeit der Europäischen Kommission dem Ende zu, Legislativvorhaben sind noch vor den Europawahlen im Mai 2014 abzuschließen, neue Vorhaben werden nicht mehr auf den Weg gebracht. Was also ist geschehen? Was erreicht?

Es waren vor allem Jahre der Konsultationen: von einer Konsultation zu »Content Online« über eine Anhörung zum Thema »audiovisuelle Produktionen« bis hin zur Konsultation zum »Grünbuch über den Online-Vertrieb von audiovisuellen Werken in der EU: Chancen und Herausforderungen für den digitalen Binnenmarkt«. Darüber hinaus wurde der Industrie-Dialog »Lizenzen für Europa« ins Leben gerufen und schließlich ist bereits eine weitere Konsultation zur Modernisierung der europäischen Urheberrechtsregelungen angekündigt.

> **Es bedarf einer Vereinfachung der Lizenzvergabe**

2011 wurde der Richtlinienvorschlag zu verwaisten Werken und eine Mitteilung zum Binnenmarkt für Rechte am Geistigen Eigentum (sog. IPR-Strategie) veröffentlicht, 2012 der Richtlinienvorschlag »über die kollektive Wahrnehmung von Urheber- und verwandten Schutzrechten und die Vergabe von Mehrgebietslizenzen für die Online-Nutzung von Rechten an Musikwerken im Binnenmarkt« vorgelegt.

Fazit: zwei Richtlinienvorschläge, drei Konsultationen, die sich auf für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk relevante Bereiche beziehen, eine weitere in Vorbereitung und ein Dialog. Aus Sicht des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist dies ein enttäuschendes aber gleichzeitig auch erwartbares Ergebnis. Enttäuschend, weil die Richtlinie zu den verwaisten Werken die drängende Archivproblematik der Rundfunkanstalten nicht löst und dafür auch nicht konzipiert worden ist. Auch die Richtlinie zum kollektiven Rechtemanagement und multiterritorialen Lizenzen für Online-Musik ist ebenfalls nicht geeignet, die Massenrechteklärung für Rundfunkanstalten im digitalen Zeitalter zu vereinfachen. Im schlimmsten Fall wird es die Rechteklärung sogar weiter verbürokratisieren und den Verwaltungsaufwand steigern. Kosten, die besser direkt in kreatives Schaffen investiert werden könnten.

Erwartbar, weil wahrscheinlich keine andere Materie in Brüssel so komplex und von Fallstricken durchzogen ist, wie das Urheberrecht. Dass sich die Kommission hinter zahllosen Konsultationen versteckt, ist da nur nachvollziehbar. Zudem sind Konsultationen ja prinzipiell wünschenswert, um zu verhindern, dass die Kommission an den Bedürfnissen der Betroffenen vorbei Recht setzt.

Umso hoffnungsvoller stimmen einen da die Ratsschlussfolgerungen: Dass für einen digitalen Binnenmarkt die Lizenzvergabe, bei Gewährleistung eines hohen Schutzniveaus der Rechteinhaber und Berücksichtigung der kulturellen Vielfalt, erleichtert werden muss – diese Forderung blieb allzu lange ungehört in der Kommission.

Internet, Tablets und Smartphones sind schon lange kein Neuland mehr. Connected TV ist inzwischen ein etablierter Begriff. Die Bürger haben eine legitime Erwartung zumindest an ihre öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, dass sie Zugang zu den Programmen getreu dem Martini-Prinzip anywhere, anytime, any place bekommen können. Dazu bedarf es jedoch einer Vereinfachung der Lizenzvergabe. Dass dabei ein hoher Schutz der Rechteinhaber gewährleistet werden muss, ist für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk selbstverständlich, befindet er sich doch selber in einer Doppelstellung als Rechteinhaber und Rechtenutzer und weiß, dass es eines ausgewogenen Systems bedarf. Vereinfachte Lizenzvergabe bedeutet dabei keinesfalls, dass weniger Geld an die Künstler gezahlt werden soll, sondern im Gegenteil, dass das Geld, das derzeit in Transaktionskosten verloren geht, effektiver genutzt wird. Eine vereinfachte Lizenzvergabe hätte für die Kreativen darüber hinaus den Vorteil, dass ihre Werke künftig im Internet noch stärker als bisher verbreitet werden könnten.

Eine vereinfachte Lizenzvergabe würde aber nicht nur Rechteinhabern, Rechtenutzern und Verbrauchern zugute kommen, sondern auch der kulturellen Vielfalt. Derzeit steht vor allem der Zugang zu sogenannten Premium-Filmen und -Serien (vor allem amerikanische) im Vordergrund der Diskussionen. Übersehen wird dabei, dass dies nur einen verhältnismäßig kleinen Teil ausmacht, gemessen an den unzähligen Eigenproduktionen der Rundfunkanstalten. Nicht zuletzt diese Produktionen sind es jedoch, die die kulturelle Vielfalt abbilden und fördern.

Brüssel im Herbst ist trübe, trist und stürmisch. Doch ab und zu lässt sich auch hier die Sonne blicken. Bleibt zu hoffen, dass die (nächste) Europäische Kommission sich die Schlussfolgerung des Rates zu eigen macht und endlich handelt.

Christine Gerlach ist Referentin für europarechtliche & europäische Angelegenheiten im ARD-Verbindungsbüro

PRO & CONTRA

Urheber fordern zu Recht ihre Rechte

Replik auf Fred Breinersdorfers Artikel in der letzten Ausgabe (6/2013)

BRUNO KRAMM, JOHANNES THON UND ELLE NERDINGER

Für uns, für die Piratenpartei, kamen die Äußerungen von Fred Breinersdorfer, Drehbuchautor und Rechtsanwalt aus Berlin, zur Situation der Filmbranche im Internet überraschend, sind sie doch schlüssig und entsprechen weitgehend den Forderungen der Piraten. Hatte er sich doch 2012 mit einem offenen Brief an die Piratenpartei zum Urheberrecht noch ganz anders positioniert.

Die eigentlichen Rechteinhaber, die Urheber, fordern zu Recht ihre Rechte von den Verwertern zurück und das wird durch die Argumentation von Fred Breinersdorfer eindrucksvoll untermauert. Das Urheberrecht soll den Urhebern

Das Urheberrecht soll den Urhebern dienen

dienen, ihnen eine Lebensgrundlage bieten. Dies gelingt aber leider nur wenigen, außergewöhnlich erfolgreichen Künstlern. Die Masse der Urheber ohne Rekordumsätze wird vernachlässigt. Darüber hinaus wurde letztes Jahr in der Debatte um das Urheberrecht immer wieder die (traditionell) prekäre Lebenssituation vieler Urheber den neuen Kulturtechniken des Kopierens im Internet zugerechnet, statt die verkrusteteten Vorstellungen von Alltagskultur und Kulturmarkt aufzubrechen.

Vielmehr sollte Kulturpolitik als Staatsziel endlich verankert werden, Transparenz und den Zugang zur Künstlersozialkasse erleichtert, die Kulturförderung zeitgemäß gestaltet sein und nicht noch weiterhin auf Warnhinweismodelle und Verschärfungen des Urheberrechtes herumzureiten. Dies gängelt die Nutzer und Urheber gleichermaßen. Das Ziel dieser Kulturpolitik ist deutlich: In erster Linie geht es um das Weiterbestehen der veralteten Auswertungsmonopole und die Absicherung der bestehenden Netzwerke und Eliten des Kulturbetriebs.

So wurde der Begriff der raubkopierenden Gratiskonsumenten geprägt, anstatt die Chancen für Urheber im digitalen Wandel zu ergreifen und die Augen in Richtung der Wissensgesellschaft von morgen zu öffnen. Es wurde versäumt, diese Entwicklung mit zeitgemäßen Angeboten zu fördern und eine Kultur des Vertrauens und des Honorierens zwischen Künstler und Publikum zu etablieren. Die Band Deichkind hat diesbezüglich sehr treffend von »illegalen Fans« getextet. Das Publikum, ja die Liebhaber und Botschafter, Multiplikatoren von Kultur, werden marginalisiert und kriminalisiert.

Treffend stellt der Autor Breinersdorfer die Frage: Warum müssen viele Werke illegal verfügbarer sein als auf dem legalen Wege? Aktuelle Kunst und Kultur leidet auch darunter, dass schon ein empfehlendes Zitat ein unabwägbares Risiko für den begeisterten Nutzer darstellt. Intertextualität ist jedoch, reduziert ausgedrückt, kulturell gesehen eine wichtige diskursorientierte Kulturtechnik und gleichzeitig ökonomisch gesehen »kostenlose Werbung«. Bei Coverversionen von Songs ist es an dieser Stelle recht unkompliziert, führt Fred Breinersdorfer aus, diese sind ja durch eine Zwangslizenz bereits abgedeckt. Die Coverrock-Songs von Heino sind ein hervorragendes Beispiel aus der aktuellen Praxis. Die ursprünglichen Urheber wurden entsprechend vergütet. Keiner wurde »bestohlen«, ganz gleich ob sie einer Coverversion zugestimmt haben oder nicht. Heinos Coversongs waren rechtlich einwandfrei. Wer jedoch Stücke anderer im eigenen Werk zitiert, also Sampling betreibt, setzt sich teuren Abmahnungen und juristischen Auseinandersetzungen aus: Das berühmte Urteil »Metall auf Metall« ist hier ein Paradebeispiel des Irrsinns, der im Namen des Urheberrechts gegen die Kreativität aufgefahren wurde, wurde hier doch die Verwendung eines kurzen Samples als maßgebend für das ganze restliche, originäre Werk angesehen. Somit wird schnell klar, dass die Urheberschaft nicht die höchste juristische Relevanz findet, sondern das wirtschaftliche Interesse der Produzenten. Die Kriminalisierung von Nutzerverhalten macht Menschen zu Gesetzesbrechern, die zu den größten Unterstützern der Urheber zählen. Solange Filme oder Serien in Deutschland allein nur über sehr begrenzte legale Angebote on demand oder gar nicht verfügbar sind, gleichzeitig aber das Marketing für diese Medien global betrieben wird, bleibt dieses Problem weiter bestehen.

Die Urheber werden gegen ihr Publikum ausgespielt und die Spirale geht weiter nach unten, inklusive weiterer Einschnitte in Bürgerrechte und dem Verlust der kulturellen Selbstbestimmung. Solange Unternehmen, Rechteverwerter und andere eher unkreative Nutznießer und bloße Verwalter von Kreativität das letzte Wort haben, wird

Selbstbestimmung der Künstler ist wichtig

sich nichts ändern. Auch Künstler büßen durch die bestehenden Regelungen ihre Selbstbestimmung und Kreativität ein.

Fred Breinersdorfer hat sich mit diesem Thema intensiv auseinandergesetzt und die Größe gezeigt, seine Positionen zu überdenken und dies auch kundzutun, darüber freuen wir uns sehr, wir freuen uns über diesen unverkrampften, offenen Neustart der Debatte um das Urheberrecht, gerechte Bezahlung, das Leistungsschutzrecht und die Kulturpolitik. So können die Möglichkeiten für Urheber und Nutzer im Internetzeitalter ausgewogen betrachtet werden. Die breite öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema ist eines der wichtigsten Zukunftsprojekte, um in Deutschland endlich eine von Angst befreite und vorwärts gerichtete Vision der Wissensgesellschaft von morgen zu entwickeln.

Wir laden alle herzlich zu diesem Dialog ein.

Bruno Gert Kramm ist Beauftragter Urheberrecht der Piratenpartei Deutschland. Johannes Thon ist Beauftragter Kulturpolitik der Piratenpartei Deutschland und Elle Nerdinger ist Kulturbeauftragte der Piraten NRW

FOTO: GERD REIBER / FOTOLIA.COM

Im Zeitalter der großen digitalen Plünderung

Warum eine Zwangslizenz für Filme im Netz falsch wäre

MARTIN MOSZKOWICZ

Fred Breinersdorfer forderte in seinem Mitte Oktober in der letzten Ausgabe von Politik & Kultur abgedruckten Artikel eine umfassende Zwangslizenz für Filme im Internet. Filme schauen im Netz sollte grundsätzlich frei sein, so die Überlegungen Breinersdorfers – sobald die Urheber fair an den Werbeerlösen der digitalen Plattformen beteiligt werden

Wir leben im Zeitalter der großen digitalen Plünderung. Filme, Musik, Bücher, Videospiele, Software – alles wird gratis im Netz angeboten. Das ist zwar illegal, wird aber de facto geduldet. Es liegt auf der Hand, dass dies zunehmend gravierende Folgen für diejenigen hat, die kreative Werke geschaffen oder finanziert haben und darauf angewiesen sind, auch für deren digitale Nutzung bezahlt zu werden. Die Breinersdorf´sche Idee der Austrocknung des illegalen Marktes im Netz durch staatliche Zwangslizenzierung greift allerdings nicht. Denn wie soll eine Zwangslizenz den illegalen Onlineanbietern, die sich in Internet-Domains wie .to (Tonga) oder .be (Belize) tummeln und praktisch kaum zu verfolgen sind, das Geschäft kaputt machen oder auch nur erschweren? Zu hoffen, dass illegale Angebote gemieden werden, sobald genauso professionelle, genauso umfangreiche legale Angebote existierten, ist blauäugig. Eine Zwangslizenz hätte zudem katastrophale Folgen für den gerade im Aufbau befindlichen digitalen Markt.

Auch die Auswirkungen auf den nicht-digitalen Markt wären verheerend. Spielfilme fahren ihre Herstellungskosten schon lange nicht mehr im Kino ein, sondern vor allem durch Home Entertainment und Fernsehen. Wenn alle Filme nach einer Kinoauswertung via Zwangslizenz legal zum kostenlosen Download im Netz stünden – warum sollte dann ein DVD-Auswerter oder ein Fernsehsender noch Lizenzgelder zahlen? Und ohne diese Einnahmequellen wäre wiederum die Finanzierung von Spielfilmen unmöglich. Eine Zwangslizenz würde folglich marktwirtschaftliche Grundprinzipien außer Kraft setzen. Herauskommen würden bei einer solchen Außerkraftsetzung des Marktes nicht eine angemessene oder gar faire Vergütung, sondern willkürlich ermittelte Almosen.

Im Rahmen eines Zwangslizenzsystems müsste bei jedem Webseiten-Betreiber weiterhin der Umfang seiner Werbeerlöse kontrolliert werden, da dies ja die Grundlage der Abrechnung an den Urheber sein soll. Dies wäre, wenn überhaupt, nur mit zusätzlicher Überwachung möglich, deren Umfang wiederum alles Bisherige in den Schatten stellt.

Breinersdorfers Hoffnung, unter einem Zwangslizenzsystem wirtschaftlich besser zu fahren, ist völlig realitätsfremd. Das Ergebnis wäre vielmehr genau das Gegenteil des »stabilen, lebendigen Marktes«. Man kann den Markt nicht retten wollen, indem man ihn abschafft. Schließlich würde mit einer Zwangslizenz nicht nur der Markt für im Internet verbreitungsfähige Kulturgüter, sondern auch das Urheberrecht an sich weitgehend abgeschafft. Dies zöge wiederum Konsequenzen nach sich, die sich kein Urheber wünschen kann, und wäre im Übrigen verfassungswidrig. Das Urheberrecht muss nicht eingeschränkt, sondern gestärkt und geschützt werden.

Last but not least wäre auch europarechtlich nur ein einheitliches Vorgehen aufgrund europaweit geänderter rechtlicher Grundlagen denkbar. Breinersdorfer selbst erkennt ja, dass ein Zwangslizenzsystem nicht auf Deutschland beschränkt sein könnte, sondern »überall« gelten müsste.

Die Verzweiflung der Kreativen ist groß, und es ist daher nachvollziehbar, dass entsprechend verzweifelte Vorschläge gemacht werden. Die Idee eines Zwangslizenzsystems ist jedoch untauglich und würde die Lage in jeder Hinsicht verschlimmern.

Die digitale Revolution ist im vollen Gange – und bei allen Möglichkeiten, die sich daraus auch gerade für die Kreativbranche ergeben, müssen zwei Dinge passieren, um die Ära der großen digitalen Plünderung zu beenden. Erstens brauchen wir einen attraktiveren Markt digitaler Angebote. Doch auch das denkbar perfekteste und

Legale Angebote im Netz werden die illegalen nicht ausmerzen können

kundenfreundlichste digitale Angebot kann nicht mit illegalen Angeboten konkurrieren, die den gigantischen Wettbewerbsvorteil haben, dass sie ihre Produkte und die daran beteiligten Künstler und Mitarbeiter nicht bezahlen müssen. Alle Märkte sind auf rechtsstaatlich garantierte Rahmenbedingungen angewiesen, und daher ist es – zweitens – notwendig, dass das Urheberrecht endlich ernst genommen und durchgesetzt wird. »Erlauben und Vergüten« – die Kernidee aller Überlegungen zur Verwertung in der digitalen Welt setzt ein funktionierendes und durchsetzbares Urheberrecht voraus. Die technischen Möglichkeiten dazu sind vorhanden. Woran es fehlt, ist Courage und der entsprechende politische Wille.

Martin Moszkowicz ist Produzent und Vorstand der Constantin Film AG für den Bereich Film und Fernsehen. Zu seinen 150 Filmen gehören etwa »Türkisch für Anfänger«, »Die Päpstin« und Polanskis »Gott des Gemetzels«

Resolution
Immaterielles Kulturerbe

Berlin, den 04.12.2013. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, begrüßt, dass die Bundesrepublik Deutschland im vergangenen Jahr die UNESCO-Konvention zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes ratifiziert hat. Damit setzt Deutschland innerhalb der UNESCO-Gemeinschaft ein deutliches Signal zum Schutz des Immateriellen Kulturerbes und unterstreicht damit die Bedeutung der immateriellen Kulturerbetraditionen für Kunst und Kultur in Deutschland. Neben der Erstellung nationaler Listen zum immateriellen Kulturerbe ist die Bundesrepublik Deutschland nunmehr auch vorschlagsberechtigt für die internationalen Listen zum Schutz des Immateriellen Kulturerbes.

Laut UNESCO-Konvention zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes wird unter immateriellem Kulturerbe folgendes verstanden: »Bräuche, Darstellungen, Ausdrucksformen, Wissen und Fertigkeiten – sowie die dazu gehörigen Instrumente, Objekte, Artefakte und kulturellen Räume – zu verstehen, die Gemeinschaften, Gruppen und gegebenenfalls Einzelpersonen als Bestandteil ihres Kulturerbes ansehen. Dieses immaterielle Kulturerbe, das von einer Generation an die nächste weitergegeben wird, wird von den Gemeinschaften und Gruppen in Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt, in ihrer Interaktion mit der Natur und mit ihrer Geschichte fortwährend neu gestaltet und vermittelt ihnen ein Gefühl von Identität und Kontinuität, wodurch die Achtung vor der kulturellen Vielfalt und der menschlichen Kreativität gefördert wird.« In der UNESCO-Konvention wird ausgeführt, dass das so beschriebene immaterielle Kulturerbe »unter anderem in folgenden Bereichen zum Ausdruck gebracht« wird:

»a) mündlich überlieferte Traditionen und Ausdrucksformen, einschließlich der Sprache als Träger des immateriellen Kulturerbes;
b) darstellende Künste;
c) gesellschaftliche Bräuche, Rituale und Feste;
d) Wissen und Bräuche in Bezug auf die Natur und das Universum;
e) traditionelle Handwerkstechniken.«

Bereits heute sind über 250 immaterielle kulturelle Ausdrucksformen auf der Repräsentativen Liste Immateriellen Kulturerbes der UNESCO verzeichnet, dazu zählen z.B. die Heilig-Blut-Prozession in Brügge, die tibetanische Oper in China, der argentinische Tango und anderes mehr. Weiter werden aktuell von der UNESCO 31 Ausdrucksformen auf der Liste des dringend erhaltungsbedürftigen immateriellen Kulturerbes geführt. Dazu zählen unter anderem der vietnamesische Ca trù-Gesang, der Kulturraum der katholischen Minderheit der Suiti in Lettland und der Ojikanje-Gesang aus Kroatien.

Hinter der Idee der Konvention zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes stehen, neben dem Schutz von Habitus und Habitat der Akteure, im Wesentlichen zwei Überlegungen: Erstens, dieses Wissen so aufzubereiten, dass es zugänglich wird, archiviert und für kommende Generationen bewahrt werden kann. Zweitens soll auf den besonderen Wert dieser kulturellen Praxen hingewiesen und jetzigen sowie nachfolgenden Generationen ein weltweiter und dauerhafter Zugang zu diesem Erbe geschaffen werden kann.

Der Deutsche Kulturrat ist erfreut, dass aus den Reihen seiner Mitglieder mehrere Vorschläge in die aktuelle Bewerbungsrunde für die nationale Liste zum Immateriellen Kulturerbe eingebracht wurden.

Die Mitglieder des Deutschen Kulturrates erhoffen sich von der Eintragung in die Liste des Immateriellen Kulturerbes eine stärkere Wertschätzung dieser immateriellen Formen des kulturellen Erbes, die durch mündliche Traditionen in den jeweiligen Gemeinschaften weitergegeben werden. Der Deutsche Kulturrat erwartet, dass dem mündlich weitergegeben immateriellen Kulturerbe nicht zuletzt durch die nationalen Listen Immateriellen Kulturguts auch in der kulturpolitischen Debatte mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Anders als bei dem aus Baudenkmälern und (Kultur-)Landschaften bestehenden materiellen Weltkulturerbe oder dem Dokumentenerbe existiert das immaterielle Kulturerbe genau genommen nicht als solches. Es manifestiert sich vielmehr immer nur im flüchtigen Moment der von lebendigen Menschen durchgeführten Performanz. Den audiovisuellen Medien kommt daher hinsichtlich der Vermittlung und der Archivierung des immateriellen Kulturerbes eine besondere Bedeutung zu. Es müssen neue transmediale Formen der Denkmalpflege entstehen. Der Deutsche Kulturrat unterstreicht, dass hierfür die entsprechenden Ressourcen bereitgestellt werden müssen und sieht neben den öffentlichen Händen insbesondere die öffentlich-rechtlichen Kulturproduzenten in einer besonderen Verantwortung. Mit Blick auf die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sowie den Kulturaustausch erwartet der Deutsche Kulturrat aus dem Diskussionsprozess um das nationale Immaterielle Kulturerbe in der Zusammenarbeit mit Staaten und Völkern, deren kulturelle Tradition stärker vom immateriellen als vom materiellen Kulturerbe geprägt ist, neue Impulse.

Die Vorauswahl der immateriellen Ausdrucksformen, die in die nationale Liste Immateriellen Kulturguts aufgenommen werden, trifft eine von der Deutschen UNESCO-Kommission eingesetzte Expertenkommission. Der Deutsche Kulturrat appelliert an die Mitglieder dieser Expertenkommission, bei ihrer Auswahl immaterieller kultureller Ausdrucksformen auf einen angemessenen Ausgleich zwischen den Künsten, Folklore und Brauchtum zu achten. Der Deutsche Kulturrat sieht kein Erfordernis Kulinaria in die Liste des immateriellen Kulturerbes aufzunehmen. Der Deutsche Kulturrat wird den weiteren Beratungsprozess zur nationalen Liste immaterieller kultureller Ausdrucksformen weiter begleiten.

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates
Zum Konsultationspapier der EU-Kommission Überprüfung bestehender MWSt-Rechtsvorschriften zu öffentlichen Einrichtungen und Steuerbefreiungen für dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten (TAXUD/CI)

Berlin, 04.12.2013. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, hat sowohl zum »Grünbuch der EU-Kommission über die Zukunft der Mehrwertsteuer. Wege zu einem einfacheren, robusteren und effizienteren Mehrwertsteuersystem KOM (2010) 695 endgültig« als auch zum Konsultationspapier der EU-Kommission »Überprüfung bestehender Rechtsvorschriften zu ermäßigten Mehrwertsteuersätzen« Stellung genommen.

Der Deutsche Kulturrat unterstreicht, dass dem Gemeinwohl dienende Einrichtungen im Kultur- und Mediensektor der Daseinsvorsorge dienen. Kulturangebote von gemeinwohlorientierten öffentlichen Einrichtungen befinden sich zwar mit privatwirtschaftlichen Einrichtungen in einem Wettbewerb um Aufmerksamkeit und Qualität, aber in keinem ökonomischen Wettbewerb. Insofern sieht der Deutsche Kulturrat auch kein dringendes Erfordernis, weitere regulierende Maßnahmen im Bereich der Mehrwertsteuer zu ergreifen. Der Deutsche Kulturrat konzentriert sich im Folgenden auf die im Fragebogen unter F3 bis F5 gestellten Fragen, in denen es um die unter Punkt 5 des Konsultationspapiers vorgestellten Reformoptionen geht.

Zu F3 – Punkt 5.1 – Vollbesteuerungsmodell

Ausdrücklich lehnt der Deutsche Kulturrat das unter 5.1 genannte Vollbesteuerungsmodell ab. Es würde bedeuten, dass die bestehenden Mehrwertsteuerbefreiungen für den auch namentlich erwähnten Kultursektor per se wegfallen würden, was der Deutsche Kulturrat für den falschen Weg hält.

Zu F3 – Punkt 5.5 – Punktuelle Änderungen – steuerliches Optionsrecht

Für zielführend hält der Deutsche Kulturrat hingegen die unter Punkt 5 »Punktuelle Änderung der geltenden Vorschriften« genannte erste Möglichkeit eines steuerlichen Optionsrechts für die jeweilige kulturelle Einrichtung. Bereits seit mehreren Jahren fordert der Deutsche Kulturrat die Einführung eines solchen Optionsrechts, mit dem den kulturellen Einrichtungen der Verzicht auf eine Umsatzsteuerbefreiung für kulturelle Dienstleistungen und damit der Anspruch auf Vorsteuererstattung ermöglicht wird. Bereits die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags »Kultur in Deutschland« hat in ihrem Schlussbericht (Bundestagsdrucksache 16/7000) ein solches Optionsrecht empfohlen, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass es sowohl öffentlich-rechtliche als auch privatrechtliche dem Gemeinwohl dienende Kultureinrichtungen gibt, die – entgegen dem eigentlichen Sinn und Zweck einer Entlastung der Kosten kultureller Dienstleistungen von der Umsatzsteuer – de facto umsatzsteuerlich belastet werden, weil sie aufgrund der Umsatzsteuerbefreiung nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt sind. Vor diesem Hintergrund wäre es sehr zu begrüßen, wenn Art. 137 Abs. 1 um den in Art. 132 Abs. 1 Buchstabe n) genannten Bereich der kulturellen Dienstleistungen erweitert würde.

Zu F3 – Punkt 5.5 – Punktuelle Änderungen – Ermäßigter Mehrwertsteuersatz für E-Books und Kunstgegenstände

Da sowohl E-Books als auch Werke der Bildenden Kunst insbesondere auch von dem Gemeinwohl dienenden Kultur- und Bildungseinrichtungen erworben werden, die aktuell regelmäßig nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt sind, ist es umso wichtiger, dass diese beiden Kulturgüter uneingeschränkt in den Anwendungsbereich des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes fallen.

In diesem Zusammenhang erinnert der Deutsche Kulturrat an seine Forderung für E-Books, den ermäßigten Mehrwertsteuersatz einzuführen. E-Books sind in der Regel weitgehend mit dem gedruckten Buch inhaltsgleich. Es ist deshalb unverständlich, wenn das gedruckte Buch mit dem ermäßigten und das digitale Buch mit dem vollen Mehrwertsteuersatz belegt werden.

Der Deutsche Kulturrat sieht darüber hinaus weiteren punktuellen Änderungsbedarf mit Blick auf die Bildende Kunst. Er ist zum einen der Auffassung, dass nicht nur die in Anhang IX Teil A der Mehrwertsteuersystem-Richtlinie genannten Kunstgegenstände unter dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz fallen, sondern insbesondere auch die Foto- und Videokunst, der künstlerische Siebdruck und die künstlerischen Designleistungen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum diese – nicht mehr ganz neuen – künstlerischen Ausdrucksformen derzeit noch vom ermäßigten Mehrwertsteuersatz ausgenommen werden. Zudem sollte die bildende Kunst unabhängig davon, von wem sie erworben wird, dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz unterliegen. Die derzeitige sachlich nicht nachvollziehbare Unterscheidung danach, ob der Erwerb der bildenden Kunst direkt vom Urheber erfolgt (also im Atelier des Künstlers, dann ermäßigter Mehrwertsteuersatz) oder von einem Galeristen (dann Regelsteuersatz), verkennt nicht nur die für die kulturelle Bildung und Vermittlung wichtige und notwendige Arbeit des Kunsthandels, sondern führt im Ergebnis auch dazu, dass insbesondere die Ankäufe zeitgenössischer Kunst durch öffentliche Kultureinrichtungen regelmäßig nicht dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz unterliegen. Vor diesem Hintergrund sollte die bildende Kunst in den Anhang III der Europäischen Mehrwertsteuersystem-Richtlinie aufgenommen und damit generell für die bildende Kunst ein ermäßigter Umsatzsteuersatz gewährt werden.

STELLUNGNAHMEN AUS DEM JAHR 2013

Konsultationspapier der EU-Kommission Überprüfung bestehender MwSt-Rechtsvorschriften zu öffentlichen Einrichtungen und Steuerbefreiungen für dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten (09.12.2013) – Anforderungen für Listen zum nationalen immateriellen Kulturerbe (06.12.2013) – Zehn kulturpolitische Forderungen an die neue Bundesregierung (27.09.2013) – Bundeskulturpolitik weiter stärken. Für ein eigenständiges Bundeskulturministerium (14.08.2013) – Kultur und Medien in der digitalen Welt (28.06.2013) – »Grünbuch über die Vorbereitung auf die vollständige Konvergenz der audiovisuellen Welt: Wachstum, Schöpfung und Werte« (27.06.2013) – Verbesserungen bei EU-Richtlinie zu Verwertungsgesellschaften sind dringend notwendig (27.06.2013) – Kulturelle Ausnahme ist bei geplantem Freihandelsabkommen zwischen EU und USA unverzichtbar (06.05.2013)

Das Kulturquartett!

Herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.

ISBN: 978-3-934868-27-4
368 Seiten, € 18,80

ISBN: 978-3-934868-28-1
322 Seiten, € 18,80

ISBN: 978-3-934868-29-8
156 Seiten, € 12,80

ISBN: 978-3-934868-31-1
404 Seiten, € 18,80

Jetzt bestellen
www.kulturrat.de/shop.php

Kurz-Schluss

Wie ich einmal in den Besitz der deutschen demokratischen Zukunft geriet

THEO GEISSLER

Mensch war das spannend: Ich meine jetzt nicht das mit ARD und ZDF quotengeil abgesprochene SPD-Mittelstands-Begehren um ihre pro-ökonomistische Parteilinie. Und auch nicht den »Voice-of-Germany«-Showdown für die Kandidatinnen und Kandidaten der üblichen CDU/CSU-Ministeramts-Sitz-Bepupser. Da war die Besetzungscouch dank NSA, BND und SPIEGEL-online doch längst abgefilmt und via Twitter und »Facebook« im Netz veröffentlicht. Unglaublich gut geheim gehalten und gegen alle publizistischen Info-Kauf- und Whistleblower-Angriffe verteidigt blieb allein ein Posten: Wer wird Staatsminister(in) für Kultur im Bundeskanzleramt?

Eine derart hohe mediale Wertschätzung hat auch der Ex-Amtsinhaber, Filmminister Bernd Neumann ,nie erfahren dürfen. Und wir Kulturschaffende können nur stolz sein, uns wertgeschätzt fühlen, dass hinter allen Parteikulissen um dieses Amt am härtesten gefightet wurde. Die Künste und ihre kompetente Vertretung: Ein Nageltest für unsere allzu oft als entscheidungsarm gescholtene Kanzlerin Angie. Sie hat sich, wie es auf den ersten Blick scheint, ein zweites Mal konsequent für die Energiewende entschieden. Weg von der Atomkraft. Weg von der bislang favorisierten MINT-Programmierung deutscher und importierter Kinder – hin zur Förderung von Kultur und Kreativität.

Umso erstaunlicher, als die SPD ihren Wahlkampf-Stinkefinger und Superpopulisten Peer Steinbrück als Bewerber für das deutsche Kulturamt nochmal motivieren konnte. Umso konsequenter, da die Schwesterpartei CSU dank aller Seehofer´scher Macht mit DJ Ötzi ausgerechnet eine gerade auch für die Sozen akzeptable populäre Restsocke in den Ring warf. Besonders hoch einzuschätzen, da die als zukünftige Koalitionspartner zärtlich umflirteten Grünen mit Gottes vorletzter irdischer Reserve, dem hilfsheiligen Rücktrittspapst Benedikt eine echte medienwirksame Kultur-Wuchtbrumme aufgeboten hatten.

Gegen diese Ultra-Brutalo-Konkurrenz hat sich ausgerechnet Monika Grütters durchgesetzt. Keine Intimfreundin von Angela Merkel in Sachen Ökonomie-Kompetenz und Kernphysik. Und sicher keine Kompromiss-Kandidatin. Als Hüterin der »Stiftung Brandenburger Tor« und Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien eine sehr ernstzunehmende Kennerin der Kulturszene, durchaus eigensinnig und mit kämpferischem Potenzial. Was kann sie im Kraftfeld der angesprochenen Energiewende bewirken?

Gerade der grobe Kampf um ihre Bestellung hat mich, den alten Intrigen-Schmied doch ein wenig nachdenklich, geradezu skeptisch gestimmt. Also zapfte ich meine immer noch irgendwie funktionierende Wolfgangs-Konnektion an – immerhin diene ich schon über zehn Jahre. Via Brieftaube erreicht mich dann vermutlich aus Schäubles ministerialem Umfeld folgendes irritierende Dokument:

»Zusatzparaphe zum Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD, unkündbar bis 1. Januar 2020:«

Die Vertragspartner sind sich einig, dass die Besoldung der Verantwortungsträger in der Bundesrepublik Deutschland viel zu niedrig ist. Im Vergleich zu viel weniger aufgabenbelasteten Amtsinhabern in den USA (Obama), Japan (Osaka), Italien (Omerta) – und sogar in Togo, Nordkorea oder Somalia liegt die BRD-Politiker-Besoldung an letzter Stelle. Grund dafür ist eine national völlig überschätzte irrationale Bewertung von sogenannter politischer Kultur gegenüber ökonomisch fundierten, real messbaren Gerechtigkeitsprinzipien. Deshalb nutzt die GroKo ihre demokratisch zugewiesene Mehrheit zu einer Grundgesetzänderung im Jahre 2015.

Zentrales Argument: Es werden immense Kosten gespart. Der sogenannte hochspesen- und personalintensive Bundestag samt ähnlich ineffektivem Bundesrat werden abgeschafft. Demokratische Wahlen gibt's via Facebook und Twitter. Aus Misch-Interpretationen unter Berücksichtigung der Börsenkurse werden Kompetenz-Tandems zwischen Wirtschaft und Politik gebildet – wie zwischen Heckler und Koch – und dem Ex-Ministerpräsident Hessens, Koch, wie zwischen Klaeden und Benz – also voll organisch und jedweden Lobbyismus überflüssig machend…

Dauer-Finanzminister Schäuble (mein Freund?) erhebt sich gemeinsam mit seinem Sparringspartner Fitschen zum Chef der Deutschen Bank. Bundeskanzlerin Merkel heiratet aus steuerlichen Gründen den verarmten Ex-Bundespräsidenten Wulff, übernimmt ARD, ZDF samt Deutschlandfunk als »Deutsche Welle« mit der Option unbegrenzter Werbeflächen. Joachim Gauck kauft mit Zustimmung des Bundeskabinettes für einen Euro alle Urheberrechte an Martin Luther. Horst Seehofer catcht sich in Kooperation mit Silvio Berlusconi die Privatfernsehkanäle und das Internet. Ursula von der Leyen wird als Verteidigungsministerin leitend in die Aufsichtsräte von Pfizer, Bayer und Nestlé bestellt (Verpflegung der Bundeswehr), … und so weiter. Alle Amtsträger sind bedacht. Nur Monika Grütters kommt nicht vor. Offensichtlich konnte kein potenter Kultur-Tandempartner ausgespäht werden. Das macht mir Angst. Vorsicht, Monika…- und alles Gute!

Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur

KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

KURZNACHRICHTEN

Öffentliche Anhörung im Landtag NRW
Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, sprach am 21. November im Landtag NRW in Düsseldorf bei der öffentlichen Anhörung zum Thema: »Die Kirchen als Diener am Gemeinwohl« über die Bedeutung der Kirchen für den Kultursektor.

Fachausschüsse
Die Vorsitzenden der Fachausschüsse des Deutschen Kulturates stehen nun fest. Gewählt wurden: Georg Halupczok (Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung, Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren) für den Fachausschuss Arbeit und Soziales, Christian Höppner (Deutscher Musikrat) für den Fachausschuss Bildung, Andreas Kämpf (Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung, Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren) für den Fachausschuss Europa/Internationales, Prof. Dr. Lothar Mikos (Erich Pommer Institut) für den Fachausschuss Medien, Prof. Dr. Peter Raue (Raue Rechtsanwälte) für den Fachausschuss Steuern und Prof. Dr. Gabriele Beger (Deutsche Literaturkonferenz, Bibliothek Information Deutschland) für den Fachausschuss Urheberrecht.

Jüdischer Gemeindetag
Beim Jüdischen Gemeindetag (21. bis 24. November) nahm der Geschäftsführer des Deutschen Kulturates, Olaf Zimmermann, als Referent am Workshop »Christlich-Jüdische Beziehungen« teil. Er diskutiere mit Rabbiner Henry G. Brandt, Dr. Nikolaus Schneider (EKD), Philipp Gessler (DeutschlandRadio) und dem Botschafter a. D. Mordechay Lewy.

Es tut sich was: 1. Relaunch bei kultur-bildet.de
»Kultur bildet. Das Portal für kulturelle Bildung« ist nun seit einem dreiviertel Jahr online und erfreut sich täglich wachsendem Interesse. Das Feedback unserer Nutzer hat uns dazu veranlasst, einige Veränderungen an der Internetplattform vorzunehmen, um den Zugang zu den zahlreichen Informationen auf unserem Portal zu erleichtern. Kultur bildet. ist übersichtlicher und nutzerfreundlicher geworden!

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Mohrenstraße 63,
10117 Berlin
Telefon: 030 . 226 05 280
Fax: 030 . 226 05 2811
www.politikundkultur.net,
info@politikundkultur.net

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Stefanie Ernst (Chefin vom Dienst),
Andrea Wenger, Barbara Haack,
Andreas Kolb , Carolin Ries

REDAKTIONSASSISTENZ
Jessica Föller,
Verena Kurz

ANZEIGENREDAKTION
Martina Wagner
Telefon: 0941 . 945 93 35
Fax: 0941 . 945 93 50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23
93053 Regensburg
www.conbrio.de

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
Ilja Wanka und 4S Design

LAYOUT UND SATZ
Petra Pfaffenheuser

Politik & Kultur erscheint 6 mal im Jahr.

ABONNEMENT
18 Euro pro Jahr
(inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Politik & Kultur
Mohrenstraße 63,
10117 Berlin
Telefon: 030 . 226 05 280
Fax: 030 . 226 05 2811
info@politikundkultur.net

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates (2–3 mal pro Woche) unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.

HINWEISE
Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der jeweils nächsten Ausgabe nennen. Sollte in Beiträgen auf das generische Femininum verzichtet worden sein, geschah dies aus Gründen der besseren Lesbarkeit. Selbstverständlich sind immer weibliche als auch männliche Gruppenangehörige einbezogen.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.